

Berufliche Bildung im Strukturwandel

Perspektiven und Optionen

Arthur Schneeberger

Bernd Kastenhuber

Wien 1999

ibw-Schriftenreihe Nr. 112



*Rainergasse 38, A-1050 Wien
Tel.: (01) 645 16 71-0, Fax.: Dw. 22*

Berufliche Bildung im Strukturwandel

Perspektiven und Optionen

***Arthur Schneeberger
Bernd Kastenhuber***

*unter Mitarbeit von
Matthias Ortner*

Wien 1999

ibw-Schriftenreihe Nr. 112

ISBN 3 - 900 671 - 761

Copyright by ibw-Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft

**Medieninhaber und Herausgeber:
ibw-Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft
(Geschäftsführer: Dr. Johann Steinringer)**

Satz und Layout: Ronald Damerius

**A-1050 Wien, Rainergasse 38/2. Stock
Tel.: (+431) 545 16 71 - 0
Fax.: (+431) 545 16 71 - 22
E-mail: info@ibw.at
<http://www.ibw.at/>**

**Diese Publikation wurde mit Unterstützung der Oesterreichischen Nationalbank
im Rahmen des OeNB-Jubiläumsfonds erstellt!**

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	5
1. URSACHEN DES MODERNISIERUNGSBEDARFS DER AUSBILDUNG	7
1.1 STRUKTURWANDEL DER BESCHÄFTIGUNG	7
1.2 VERÄNDERTE BILDUNGSSTRÖME.....	18
1.2.1 QUALIFIKATIONSSTRUKTURWANDEL	19
1.2.2 BILDUNGSSTAND NACH ALTERSGRUPPEN	20
1.2.3 NEUE PROBLEME IM ÜBERGANG NACH DER PFLICHTSCHULE.....	21
1.3 DER KONTEXT DES ALLGEMEINEN ARBEITSMARKTES.....	24
2. ANALYSE DER LEHRSTELLENPROBLEMATIK	26
2.1 DAS KIPPEN DES LEHRSTELLENMARKTES.....	26
2.1.1 KEIN DEMOGRAPHISCH BEDINGTES PHÄNOMEN.....	27
2.1.2 UMFANG DER LEHRSTELLENLÜCKE	28
2.1.3 GESCHLECHTSSPEZIFISCHER ASPEKT	29
2.2 LEHRSTELLENWÜNSCHE NACH BERUFEN.....	30
2.3 STÜTZUNGEN DES LEHRSTELLENMARKTES	32
2.4 GRÜNDE FÜR VERMITTLUNGSPROBLEME.....	33
2.5 AUSBILDUNGSREIFE FÖRDERN – ANGEBOT VERBREITERN	35
2.6 BILDUNGSBEZOGENER WERTWANDEL IN DER BEVÖLKERUNG	36
3. WEITERE PROBLEME?	38
3.1 ABSORPTION DES GESTIEGENEN BHS-ABSOLVENTENNEUANGEBOTS?	38
3.2 MANGEL AN SCHULPLÄTZEN?	39
3.3 QUANTITATIVE ABSTIMMUNG ZWISCHEN AUSBILDUNG UND BERUF	42
3.4 BRAUCHEN WIR EINE NEUE BASISBILDUNG?	46
4. PERSPEKTIVEN UND OPTIONEN	49
4.1 MODERNISIERUNG DER LEHRLINGSAUSBILDUNG	49

4.1.1 MODULARISIERUNG IN EINEM OFFENEN BERUFSKONZEPT	50
4.1.2 AKTUALISIERUNG DER LEHRBERUFSSTRUKTUR	52
4.2 FACHSCHULEN MIT ERWEITERTEM PRAXISANTEIL.....	53
ZUSAMMENFASSUNG	59
SUMMARY.....	61
TABELLENANHANG.....	63
LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	71
ADDITAMENTUM I:	
BERND KASTENHUBER:	
KOSTENTLASTUNG DER LEHRBETRIEBE SEIT 1997	75
ADDITAMENTUM II:	
ARTHUR SCHNEEBERGER:	
MODERNISIERUNG BERUFLICHER BILDUNG ALS REAKTION AUF SOZIALEN UND WIRTSCHAFTLICHEN WANDEL.....	97
ZU DEN AUTOREN	143

VORWORT

Die berufliche Bildung in Österreich wird – wie in anderen hochentwickelten Ländern auch – durch langfristige soziale und wirtschaftliche Veränderungen vor Anpassungsprobleme und Herausforderungen gestellt. Zwei wesentliche Bedingungsfaktoren sind dabei herauszuheben. Erstens: Nahezu alle Jugendlichen und Eltern erwarten sich heute weiterführende Bildung und Ausbildung nach Absolvierung der Schulpflicht. Zweitens: Der Strukturwandel in Richtung der technologisch und industriell fundierten Dienstleistungsgesellschaft zieht veränderte Beschäftigungsmöglichkeiten und berufliche Anforderungen nach sich.

Mit den damit gestellten Fragen befaßt sich eine derzeit laufende Studie am *ibw*-Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft, die vom *Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB)* gefördert wird. Die Studie analysiert die österreichische Entwicklung in der beruflichen Bildung und stellt diese in einen internationalen Vergleichskontext mit Ländern, die ebenfalls duale Ausbildungen in quantitativ bedeutendem Umfang eingerichtet haben (Deutschland, die Schweiz, die Niederlande, Dänemark).

Die vorliegende Publikation stellt das erste Ergebnis der Projektarbeit dar und hat die Entwicklung im Lande zum Gegenstand. Mitte 2000 wird ein zweiter Band aus den Projektarbeiten folgen. Dieser soll den internationalen Vergleich und Schlußfolgerungen aus österreichischer Sicht zum Gegenstand haben. Ziel der Studie insgesamt ist es, strukturelle Veränderungen und die damit verbundenen Reaktionen im Berufsbildungsbereich sowie institutionelle Gestaltungsmöglichkeiten anhand der Erfahrungen verschiedener Länder zu studieren und zur Diskussion zu stellen.



1. URSACHEN DES MODERNISIERUNGSBEDARFS DER AUSBILDUNG

Wo liegen die Probleme im Zusammenhang mit der beruflichen Erstausbildung? Gibt es einen breiten Konsens über die Ursachen der Probleme? Wenn man nach den langfristigen Ursachen von Veränderungen im Übergang von der Schule ins Erwerbsleben direkt oder indirekt in Form von organisierter Erstausbildung fragt, ist folgende These von Bedeutung:

Veränderungen der Ausbildung als Übergang von der Schule in das Erwerbsleben werden durch Veränderungen in *drei* Gesellschaftsbereichen angestoßen bzw. erfordern institutionelle Anpassungen: durch Veränderungen ...

- ... in der Struktur der Berufe,
- ... in der Wirtschaftsstruktur und ...
- ... der Bildungsströme nach der (allgemeinen) Pflichtschule.

1.1 Strukturwandel der Beschäftigung

Wirtschaftlicher und beruflicher Strukturwandel sind österreichweit empirisch evident. So machten landwirtschaftliche Berufe und Grundstoffhersteller Anfang der siebziger Jahre noch rund 20 Prozent der Berufstätigen in Österreich aus. Zu Beginn der neunziger Jahre waren es nur noch etwa 10 Prozent, während sich zu diesem Zeitpunkt bereits etwas mehr als 67 Prozent der Berufstätigen Dienstleistungsberufen zuordnen lassen. Anfang der achtziger Jahre betrug dieser Wert rund 61 Prozent, Anfang der siebziger Jahre etwas unter 53 Prozent.

Die Entwicklung seit der letzten Volkszählung lässt sich anhand von Mikrozensusdaten der Tendenz nach aufzeigen. Bei insgesamt weiter steigender Zahl an Erwerbspersonen (Zuwachs von 3,4 auf 3,8 Millionen) manifestiert sich eine Verschiebung der Berufsstruktur in Richtung der gesellschaftsbezogenen und technischen Dienstleistungen.

TABELLE 1:

**Erwerbspersonen nach Berufsabteilungen in Österreich:
Strukturveränderung im letzten Jahrzehnt**

Berufsabteilung	1987		1997		Differenz
	absolut	%	absolut	%	%-Punkte
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	292500	8,5	240700	6,3	-2,2
Produktionsberufe	903200	26,3	840400	22,0	-4,3
Bauberufe	185900	5,4	206400	5,4	0,0
Handels- und Verkehrsberufe	518700	15,1	581300	15,2	0,1
Dienstleistungsberufe	364100	10,6	462400	12,1	1,5
Technische Berufe	124800	3,6	189500	5,0	1,4
Büroberufe, Verwaltungsberufe; Rechtsberufe; Mandatare	681500	19,9	794800	20,8	0,9
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	309500	9,0	464000	12,1	3,1
Andere Berufsbereiche und unbekannt	49700	1,4	43300	1,1	-0,3
Insgesamt: Erwerbspersonen (Lebensunterhaltskonzept *)	3430000	99,8	3822900	100,0	

* zumindest 12 Stunden wöchentliche Erwerbstätigkeit

Quelle: ÖSTAT; Mikrozensus, ibw-Berechnungen

Der Anteilsverlust der Produktionsberufe (Rückgang von 26 auf 22 Prozent) bedarf aber einer Differenzierung. Während handwerkliches Personal mit Lehre in der Beschäftigung im privaten Sektor leicht verliert, weisen – so zeigen Befragungen im Auftrag des AMS – Anlagen- und Maschinenbediener und Mon-

tagefachkräfte steigende Beschäftigung auch in einem insgesamt schrumpfenden sekundären Sektor auf.¹

TABELLE 2:

**Berufstätige* nach Berufsabteilungen in Österreich
auf der Basis der letzten drei Volkszählungen**

Berufsabteilung	1971	1981	1991
<i>Land- und forstwirtschaftliche Berufe</i>	<i>420500</i>	<i>299224</i>	<i>222074</i>
Grundstoffhersteller	191700	172059	149960
Fertigungsberufe	538000	596982	590070
Bauberufe, Baunebenberufe	204100	201863	192402
<i>Produktionsberufe</i>	<i>933800</i>	<i>970904</i>	<i>932432</i>
Handelsberufe	262800	330610	382343
Dienstleistungsberufe, Bundesheer	380300	464845	586943
Verkehrs-, Transport-, Maschinistenberufe	337000	360714	361929
Büroberufe	364800	496298	555465
Technische und medizinische Fachkräfte, Lehrkräfte, Führungskräfte	290600	422812	588547
<i>Dienstleistungsberufe**</i>	<i>1635500</i>	<i>2075279</i>	<i>2475227</i>
Hilfskräfte o.n.B., Berufstätige o.n.B.	108200	66114	54549
Gesamt	3098000	3411521	3684282

* Berufstätige = Beschäftigte + Arbeitslose

** nicht ganz eindeutig zuordenbar auf der Ebene der Berufsabteilungen

Quelle: ÖSTAT, Volkszählungen; Prenner/Mesch 1998 (Werte für 1971)

Der Strukturwandel der Beschäftigung läßt sich neben der Beschreibung nach Berufen ebenso nach Wirtschaftssektoren und -abschnitten aufzeigen. In diesem Zusammenhang spielen allerdings auch kategoriale Veränderungen der

¹ Die Ergebnisse sind für mehrere Erhebungen dargestellt bei: Arthur Schneeberger: Qualifikationsentwicklung im marktorientierten Sektor, in: Mitteilungen des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft, Nr. 11/12, 1998, S. 5.

Statistik eine gewisse Rolle, ohne aber das Ergebnis wesentlich zu beeinflussen.

Auf Basis der neuen Klassifikation (ÖNACE 1995) ergibt sich für 1997 ein Anteil von 68 Prozent an unselbständig Beschäftigten im Dienstleistungssektor in Österreich insgesamt.² Quantitativ wichtig an der neuen Klassifikation³ ist z.B. die Zurechnung der Kraftfahrzeugreparatur und -wartung zum Handel und damit zum Dienstleistungssektor.

Internationale Vergleichsdaten lassen auf weitere Verschiebungen in Richtung Dienstleistungssektor schließen. Bereits 1996 wies die OECD Tertiärquoten z.B. für die USA, Kanada, Australien und die Niederlande von 72 bis 74 Prozent aus; auch andere hochentwickelte Länder, wie Schweden, Norwegen oder Belgien kommen auf etwas über 70 Prozent der Erwerbstätigkeit im Dienstleistungssektor.

Für Österreich liegen mittelfristige Prognosedaten vor. Diese sind nicht nur im Hinblick auf das weitere Dienstleistungswachstum, sondern auch im Hinblick auf eine wesentliche Differenzierung der erwarteten Beschäftigungsentwicklung im Produktionssektor aufschlußreich (siehe Tabelle 5).

Interessant ist hierbei zunächst, daß der weitere Tertiärisierungsprozeß der Beschäftigung innerhalb der Sachgüterproduktion in der Projektion von gegensätzlichen Entwicklungen gekennzeichnet ist, da der Technologiesektor seinen

² Siehe dazu: Peter Prenner, Michael Mesch: Beschäftigungstendenzen im österreichischen Dienstleistungssektor 1971-97 (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 70), Wien 1998, S. 23.

³ Seit 1995 wird die ÖNACE-Klassifikation anstelle der früheren „Betriebssystematik 1968“ verwendet. Wesentlich dabei erscheint z.B., daß nunmehr Kfz-Reparatur, Tankstellen, Reparatur von Gebrauchsgegenständen, Reparatur von Büromaschinen u.a. nicht mehr Wirtschaftsklassen der Sachgüterproduktion, sondern Wirtschaftsabschnitten des Handels und der Dienstleistungen zugeordnet werden.

Beschäftigtenanteil von 6,5 auf 6,6 Prozent erhöhen dürfte, während die übrigen Abschnitte des sekundären Sektors weiter schrumpfen sollten. In Summe würde der Beschäftigtenanteil der Sachgüterproduktion im Jahr 2002 auf unter 20 Prozent sinken.

TABELLE 3:

**Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen in Österreich:
Veränderungen der letzten Jahrzehnte**

Wirtschaftsabteilung	1971	1981	1991
Land- und Forstwirtschaft	460900	290500	214500
Energie- und Wasserversorgung	35500	41000	40200
Bergbau; Steine- und Erdengewinnung	27100	25900	13700
Verarbeitendes Gewerbe; Industrie	972300	1038700	960500
Bauwesen	262200	293000	298100
<i>Sekundärer Sektor</i>	1297100	1398600	1312500
Handel; Lagerung	356700	454100	525600
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	131600	174500	226700
Verkehr; Nachrichtenübermittlung	194900	218100	248700
Geld-, Kreditwesen, Privatversicherung; Wirtschaftsdienste	116200	190700	252000
Persönliche, soziale und öffentliche Dienste; Haushaltung und Hauswartung	514300	685100	904300
<i>Tertiärer Sektor</i>	1313700	1722500	2157300
Unbekannte Wirtschaft	60800	--	--
Gesamt	3132400	3411500	3684300
Verteilung nach Sektoren in Prozent	%	%	%
Anteil des Primärsektors	15	9	6
Anteil des Sekundärsektors	41	41	36
Anteil des Tertiärsektors	42	50	59

Quelle: ÖSTAT, Volkszählungen; Prenner/Mesch 1998 (Werte für 1971); ibw-Berechnungen

TABELLE 4:

**Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen,
Österreich, 1996
(Jahresdurchschnitt)**

Wirtschaftszweig (ÖNACE)	Absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischzucht	25878
Energie- und Wasserversorgung	31150
Bergbau; Steine- und Erdengewinnung	14580
Sachgütererzeugung	612204
Bauwesen	264524
<i>Sekundärer Sektor</i>	<i>922458</i>
Handel; Kfz-Reparatur und -instandhaltung, Gebrauchsgüter	491584
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	141915
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	224775
Kredit- und Versicherungswesen	110284
Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, unternehmensbezogene Dienstleistungen	191771
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	122000
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	135234
Unterrichtswesen	117060
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	465256
Private Haushalte	4680
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	3096
Präsenzdiener	12753
Karenzurlauber/innen	78750
<i>Tertiärer Sektor</i>	<i>2099158</i>
Insgesamt	3047253

Quelle: ÖSTAT: Statistisches Jahrbuch für die Republik Österreich 1997

TABELLE 5:

Unselbständig Beschäftigte nach Branchen 1997 - 2002

Wirtschaftssektor/Branchen	Beschäftigte 1997	Beschäftigte 2002	1997/2002 in %- Punkten
<i>Land- und Forstwirtschaft, Energie, Wasser</i>	1,9	1,7	-0,2
Versorgungsindustrie	3,6	3,2	-0,4
Grundstoffindustrie	3,0	2,8	-0,2
Bekleidung	1,5	1,3	-0,2
Sonstige Sachgüterproduktion	6,0	5,7	-0,3
Technologiesektor	6,5	6,6	+0,1
<i>Sachgüterproduktion</i>	<i>20,6</i>	<i>19,7</i>	<i>-0,9</i>
<i>Bau- und Baunebengewerbe</i>	<i>8,7</i>	<i>8,2</i>	<i>-0,5</i>
Handel, Lagerung, Instandhaltung, Reparatur	15,7	15,6	-0,1
Beherbergungs- und Gaststätten- wesen	4,7	4,6	-0,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	7,3	7,3	0,0
Geld- und Kreditwesen	3,6	3,5	-0,1
Wirtschaftsdienste	6,7	8,4	+1,7
Öffentliche Verwaltung, Sozial- versicherung	15,4	15,5	+0,1
Unterricht und Forschung	3,8	3,9	+0,1
Gesundheit, Veterinär-, Sozial- wesen	4,5	4,7	+0,2
Sonstige öffentliche und private Dienste	4,3	4,8	+0,5
<i>Dienstleistungen</i>	<i>65,9</i>	<i>68,2</i>	<i>+2,3</i>
Alle Wirtschaftsklassen	97,1	97,7	+0,6
Präsenzdiener und Karenzgeld- bezieherinnen	2,9	2,3	-0,6
Unselbständig Beschäftigte insgesamt	100,0 (n=3,055.600)	100,0 (n=3,172.500)	--

Quelle: Berechnungen nach Daten des Arbeitsmarktservice Österreich:
Arbeitsmarktvorschau 1999, Endbericht, Wien, Februar 1999, S. 198

Die weitere Entwicklung zur technologisch und industriell fundierten Dienstleistungsgesellschaft ist der globale Kontext des Ausbildungssystems der absehbaren Zukunft. Dies bedeutet, daß 7 von 10 der in Österreich ausgebildeten Jugendlichen mittel- bis langfristig in Dienstleistungsbranchen tätig sein werden.

Die Zahl der Beschäftigten in der österreichischen Industrie ist seit 1980 von rund 626.500 auf rund 455.200 (1995) gesunken. Während die Zahl der Angestellten um über 13 Prozent zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der Arbeiter um 33 Prozent zwischen 1980 und 1995 reduziert.⁴ Der durch steigenden Produktivitätsdruck am Weltmarkt direkt und indirekt erzwungene Beschäftigungswandel in der Industrie bildet den Kontext der Ausbildungsreduktion. Aus einer Firmenbefragung von 1994 geht hervor, daß reduzierter Bedarf und ein gut ausgebildeter Stock junger Facharbeiter relevante Motive der Ausbildungsreduktion in der Industrie waren.⁵

Firmen, deren Ausbildungssystem Nettokosten zu Ende der Lehrzeit produziert, können Ausbildung nur in dem Maße als betriebswirtschaftlich sinnvolle Investition rechtfertigen, als nach Ausbildungsabschluß Bedarf an den betrieblich Qualifizierten besteht und damit Opportunitätserträge gegenüber nichtausbildenden Betrieben lukriert werden können.

Der überdurchschnittliche Rückgang der Lehrlingszahlen im Vergleich 1987 – 1997 in der Sektion Industrie (siehe die übernächste Tabelle) ist daher personalwirtschaftlich verständlich zu machen. Der noch stärkere relative Rückgang der Lehrlingszahl in der Industrie bei den Mädchen hängt mit dem wachsenden Neuangebot an Absolventen kaufmännischer oder wirtschaftsberuflicher mittlerer und höherer Schulen zusammen.

⁴ Wirtschaftskammer Österreich: Industriebeschäftigte Österreichs 1936 – 1995, Wien 1996.

⁵ Siehe dazu: Arthur Schneeberger, Bernd Kastenhuber: Anfänger- und Abschlußquoten in der Lehrlingsausbildung (= Schriftenreihe des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft, Nr. 102), Wien 1996, S. 16ff.

TABELLE 6:

**Industriebetriebe und -beschäftigte in Österreich
(ohne Säge- und Bauindustrie), 1980 - 1995**

Jahr	Betriebe	Arbeiter	Angestellte	Insgesamt
1980	6677	441307	185194	626501
1981	6674	422911	180258	603169
1982	6583	398705	175522	574227
1983	6544	390534	171183	561717
1984	6584	390559	169736	560295
1985	6798	391283	170016	561299
1986	6979	381794	169832	551626
1987	7038	367873	167023	534896
1988	7130	364193	167453	531646
1989	7183	369959	170431	540390
1990	6905	370582	173763	544345
1991	6783	355914	172937	528851
1992	6554	335674	170600	506274
1993	6474	309062	163918	472980
1994	6427	305475	162633	468108
1995	6175	294908	160297	455205

Quelle: Industriebeschäftigte Österreichs 1936-1995, WKÖ Wien 1996

Die Lehranfängerabnahme in Dienstleistungsbranchen, z.B. im Handel, muß – soweit sie sich nicht demographisch erklären läßt – durch andere Einflußfaktoren als den Strukturwandel der Wirtschaft erklärt werden. Gründe hierfür können z.B. *in veralteten Berufsbildern* (etwa: „Kaufmann“ statt „Verkäufer und Berater“) *oder zu geringem Anteil an branchenspezifischer Qualifizierung* und damit Nutzenerwartung der Unternehmen in den beschäftigungswachstumsrelevanten Handelsbranchen liegen.

TABELLE 7:

**Sektionsspezifische Veränderung der Lehrlingszahlen in Österreich
Veränderung 1987 – 1997 in Prozent, (Stand 1987 = 100 Prozent)**

Sektion	Männlich	Weiblich	Gesamt
Gewerbe & Handwerk	-13,0	-17,9	-14,0
Industrie	-39,3	-46,1	-40,4
Handel	-29,4	-43,3	-39,8
Tourismus und Freizeitwirtschaft	-30,5	-24,7	-27,3
Geld-, Kredit- und Versicherungs- wesen	39,7	16,6	27,5
Verkehr	-38,0	2,4	-31,7
Nichtkammer	-16,7	92,4	16,4
Gesamt	-20,8	-29,1	-23,6

Quelle: Berechnungen nach der WK-Lehrlingsstatistik

Gleichzeitig ist zu beachten, daß die Motivation für Unternehmen im Handel wie auch anderen Dienstleistungsbranchen, über die Lehrlingsausbildung Fachkräfte zu rekrutieren, durch das wachsende allgemeine Arbeitskräfteangebot und das gewachsene Angebot an Absolventen und Drop-outs von weiterführenden Schulen und Studien reduziert wurde.

Dienstleistungsbranchen, wie der Finanzsektor, haben eine schwache Tradition in der Lehrlingsausbildung, dafür aber eine starke Tradition in der Rekrutierung aus vollzeitschulischer Berufsvorbereitung.

Relativ neue Dienstleistungsbranchen, wie der Informationssektor, greifen – soweit vorhanden – auf schulische Vorbildung zurück und beginnen erst mit dem Aufbau dualer Ausbildungen.

1.2 Veränderte Bildungsströme

Die Gründe für über den demographischen Rückgang hinaus abnehmende Lehrlingsaufnahme können aber auch in Umständen liegen, die nicht oder jedenfalls nicht unmittelbar aus dem Strukturwandel der Beschäftigung ableitbar sind. Es sind dies veränderte Bildungsambitionen in der Bevölkerung und damit zusammenhängende Veränderungen des Bildungsangebotes, dem eine wesentliche Steuerungswirkung der Bildungsströme zukommt.

Eine Analyse der Qualifikationsstrukturentwicklung seit 1971 in Österreich hat gezeigt, daß „der Rückgang der Beschäftigung von Personen mit Pflichtschulabschluß fast zur Gänze auf den endogenen Ausbildungseffekt, d.h. die Bildungsexpansion“⁶ zurückgeht. Der wirtschaftliche Strukturwandel hat – so wird von Biffi und Lutz weiter ausgeführt – sogar die Beschäftigung von Personen mit einfachen Qualifikationen gefördert.

Auf die Bedeutung der „angebotsseitig bedingten Tendenz zur formalen Höherqualifizierung“ weisen auch Lassnigg, Prenner und Steiner⁷ hin. Bei Fortsetzung der Entwicklung ist auch weiterhin mit einer „deutlichen Steigerung der Beschäftigung von AbsolventInnen der Hochschulen und der BHS“⁸ aufgrund der Erhöhung des Arbeitsmarktneuangebots zu rechnen.

⁶ Gudrun Biffi / Hedwig Lutz: Die Zukunft der österreichischen Berufs- und Qualifikationslandschaft. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des AMS Österreich, November 1998, S. 31.

⁷ Lorenz Lassnigg, Peter Prenner, Peter Steiner: Ausbildung – Beruf – Beschäftigung. Einige Entwicklungstendenzen in Österreich, in: SWS-Rundschau (38. Jg.), Heft 3/1998, S. 292.

⁸ Lassnigg, Prenner, Steiner, 1998, a.a.O., S. 292.

1.2.1 Qualifikationsstrukturwandel

Die wichtigsten Fakten zur Veränderung der Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung in Österreich in Langfristperspektive sind:

Der Anteil der Erwerbspersonen ohne weiterführenden Ausbildungsabschluß hat sich zwischen 1971 und 1997 von 51 auf 23 Prozent reduziert. Der Anteil der mittleren Qualifikationen hat sich im Beobachtungszeitraum von 39 auf 54 Prozent, der Anteil der höheren von 8 auf 23 Prozent erhöht.

Der Arbeitsmarkt hat die veränderten Bildungsströme aufgenommen, was aus bildungsökonomischer (Humankapitaltheorie) oder bildungssoziologischer (Filtertheorie) Perspektive alles andere als überrascht.

TABELLE 8:

Erwerbsbevölkerung nach formaler Qualifikation in Österreich

Höchste abgeschlossene Ausbildung	1971	1981	1991	1997
	%	%	%	%
Hochschule und hochschulverwandte Lehranstalten	3,1	4,7	7,2	8,7
Allgemeinbildende höhere Schule (AHS)	3,2	3,4	4,3	5,5
Berufsbildende höhere Schule (BHS)	2,1	4,0	5,6	9,1
Berufsbildende mittlere Schule (BMS)	7,8	11,8	13,0	11,5
Lehrlingsausbildung	31,2	35,5	40,5	42,2
Pflichtschule	51,2	40,6	29,4	22,9
Gesamt	100,0	100,0	100,0	99,9
In Absolutzahlen	3,097.987	3,411.521	3,684.282	3,884.000

Quelle: ÖSTAT, Volkszählungen, Mikrozensus (Labour-Force-Konzept)

1.2.2 Bildungsstand nach Altersgruppen

Soweit der Blick auf den Qualifikationsstrukturwandel der Erwerbsbevölkerung im *Querschnitt* der Altersgruppen. Noch deutlicher wird der Wandel der Bildungsmotivationen und -ströme dann, wenn man nach Altersgruppen differenziert und die Betrachtung besonders auf die Jungerwachsenen konzentriert (siehe nachfolgende Tabelle).

Der aktuelle Bildungsstand der österreichischen Erwerbsbevölkerung zeigt, daß nur noch rund 15 Prozent der Jungerwachsenen ohne Ausbildungsabschluß verbleiben, wobei wiederum die meisten von diesen zumindest eine Ausbildung begonnen hatten. Diese Entwicklung stagniert aber nunmehr, wie der Vergleich der 20-24jährigen und der 25-29jährigen zeigt.

TABELLE 9:

Erwerbspersonen nach Alter und höchster abgeschlossener Schulbildung
Mikrozensus-Jahresdurchschnitt 1997, Angaben in Zeilenprozenten

Alter in Jahren	Pflichtschule	Lehre	BMS	AHS	BHS	Hochschule u. vw. LA	Gesamt in %	Gesamt in 1000
20-24	14,6	52,5	12,0	6,4	12,7	1,8	100,0	370,5
25-29	14,2	45,1	12,5	6,6	13,3	8,4	100,0	554,9
30-34	13,9	45,2	12,4	6,5	10,8	11,2	100,0	622,8
35-39	17,7	43,1	13,0	6,4	9,1	10,7	100,0	575,4
40-44	22,3	41,5	12,1	5,0	7,8	11,2	100,0	483,1
45-49	28,2	43,1	9,7	4,0	6,4	8,6	100,0	435,9
50-54	28,0	41,1	10,7	5,0	6,6	8,5	100,0	345,5
55-59	29,5	37,3	10,5	4,7	7,5	10,4	100,0	220,0
60-64	46,1	21,2	8,1	4,5	5,8	14,4	100,0	38,2
Insgesamt	22,9	42,2	11,5	5,5	9,1	8,7	100,0	3.884,0

Quelle: ÖSTAT, Mikrozensus-Jahresergebnisse 1997; Labour-Force-Konzept

Wenn ein größerer Anteil der Jugendlichen in vollzeitschulische Bildungswege nach der Absolvierung der allgemeinen Schulpflicht strömt, dann wird einerseits das Ausbildungspotential der dualen Ausbildung als Konsequenz reduziert, andererseits aber auch in bestimmten Berufsfeldern der Ausbildungsbedarf, da ein alternatives Angebot am Arbeitsmarkt wächst. Nicht nur die veränderten Qualifikationsbedarfe nach Berufsfeldern und Rekrutierungstraditionen nach Sektoren, sondern auch der steigende und bildungspolitisch forcierte Zustrom zum vollzeitschulischen Bildungswesen nach der Pflichtschule haben damit Aufnahmeverhalten und Ausbildungsbedarf der Firmen verändert.

1.2.3 Neue Probleme im Übergang nach der Pflichtschule

Es ist ohne Zweifel eine überraschende Situation, daß trotz der langfristig erfolgreichen Bildungsentwicklung nunmehr neue und gravierende Probleme im Übergang nach der Pflichtschule auftreten. Kern der gegenwärtigen Problematik der Bildungswege nach der Pflichtschule ist, daß noch nie so viele junge Menschen in eine Ausbildung nach der Pflichtschule gelangt sind, wie in den 90er Jahren. Gleichzeitig sind etwa seit Mitte der 90er Jahre spürbare Engpässe in der Versorgung mit betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplätzen aufgetreten.

Die Darstellung der nachfolgenden Tabelle beruht auf Berechnungen und Angaben der Berufs- und Arbeitsmarktforschung im AMS Österreich. Neben der Aufgliederung der Schülerzahl in der 10. Schulstufe nach dem Typ der weiterführenden Schule (Tabelle 10) besteht ein weiterer Unterschied gegenüber der AMS-Publikation⁹ in der Prozentuierungsbasis des Schuljahres 1997/98. Die Zahl der in der 10. Schulstufe ausgewiesenen Schüler (99.686) ist beim Jahrgang 1997/98 rechnerisch größer als die theoretisch vergleichbare Wohnbevölkerung (97.727), was vermutlich sowohl mit Mehrfachzählungen als auch mit

⁹ Arbeitsmarktservice Österreich, Berufsinformations- und Qualifikationsforschung: Lehrlinge und FacharbeiterInnen am Arbeitsmarkt – Prognosen bis zum Jahr 2012/2014, Wien, Juni 1999, S. 41.

Mehrfachanfängen in der 10. Schulstufe zusammenhängt. Dadurch ist die Zahl jener Jugendlichen, die sich im betreffenden Schuljahr nicht in Ausbildung befinden, auf Grundlage der Schulstatistik nicht mehr berechenbar. Als Basis des Schuljahres 1997/98 wurde in Tabelle 10 die Summe der Schüler der 10. Schulstufe gewählt, wodurch sich die Prozentangaben der Verteilung der Schüler nach Schultypen auf 100 Prozent addieren. Abweichungen der Werte zu der AMS-Publikation resultieren im betreffenden Schuljahr aus dem Umstand, daß die AMS-Experten als Berechnungsbasis die Zahl der gleichaltrigen Wohnbevölkerung, die zum Beobachtungszeitpunkt niedriger als die Summe der Schüler der 10. Schulstufe ist, wählten, wodurch sich im AMS-Bericht eine Summe der Prozentverteilung von über 100 Prozent ergibt.¹⁰

TABELLE 10:

Bildungswege der Jugendlichen nach Absolvierung der Schulpflicht
Schätzung auf der Basis von Schüler- und Lehrlingszahlen
sowie demographischen Daten

Jahrgang	Lehre / BPS	BMS	BHS	AHS	Nicht in Ausbil- dung	Theoretisch vergleichbare Bevölkerung (gerundet)	
		%	%	%		%	Absolut
1970/71	48,8	12,3	6,2	14,3	18,4	100,0	104.200
1975/76	47,3	16,3	9,1	14,8	12,5	100,0	123.100
1985/86	46,7	15,8	16,3	16,3	4,9	100,0	115.800
1990/91	47,4	13,9	20,8	16,6	1,3	100,0	96.100
1995/96	40,2	14,0	22,7	20,2	2,9	100,0	93.800
1996/97	38,6	14,0	24,4	21,1	1,9	100,0	97.100
1997/98	40,3	13,8	25,5	20,4	n.B.	100,0	99.686*
1998/99	40,6	x	x	x	x	100,0	97.200

* = Summe der Schüler der 10. Schulstufe und Lehrlinge des ersten Lehrjahres
n.B. = nicht berechenbar
BPS = Berufsbildende Pflichtschulen

Quelle: Berechnungen nach Daten von BMUKA, AMS/BIQ und WKÖ

¹⁰ A.a.O., S. 41.

Die Daten zur Entwicklung der Ausbildungsbeteiligung (in der 10. Schulstufe) belegen, daß anteilmäßig immer mehr Jugendliche eine Ausbildung beginnen. Auffällig ist dabei der Trend zur BHS. So ist der Anteil der Schüler in berufsbildenden höheren Schulen der 10. Schulstufe an den Jugendlichen im theoretisch vergleichbaren Alter seit 1975/76 von 9 auf fast 26 Prozent im Jahr 1997/98 gestiegen. Der Anteil der Jugendlichen ohne weiterführende Ausbildung ist in obiger Tabelle für die letzten Jahre aufgrund von Unschärfen der Erfassung, Mehrfachzählungen und Mehrfachanfängen von Ausbildungen nicht mehr ausweisbar.

Die gestiegene Ausbildungsbeteiligung entspricht dem Wertwandel in der Bevölkerung und breitem politischen Konsens. Diese Werthaltung in der Bevölkerung ist relativ neu, da noch vor 20 Jahren ein erheblicher Teil der Bevölkerung ohne Ausbildung nach der Pflichtschule ins Erwerbsleben eingestiegen ist. In ihren Konsequenzen im Hinblick auf die Struktur des nachobligatorischen Bildungsangebotes ist diese epochale Veränderung aber noch nicht hinreichend durchdacht.

TABELLE 11:

**Allokation der Jugendlichen in der 10. Schulstufe nach Bildungswegen
in Österreich, Schuljahr 1997/98**

Schultyp	Männlich %	Weiblich %	Insgesamt %
Berufsschule (BPS)	50,5	28,6	40,0
Berufsbildende Höhere Schule (BHS)	23,1	27,5	25,2
Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS)	16,3	24,2	20,1
Berufsbildende Mittlere Schule (BMS)	9,9	19,7	14,6
Gesamt	99,8 (n=54.321)	100,0 (n=50.414)	99,9 (n=104.735)

Quelle: Berechnungen nach Daten des ÖSTAT (Das Schulwesen in Österreich)

1.3 Der Kontext des allgemeinen Arbeitsmarktes

Der Lehrstellenmarkt und seine aktuellen Probleme sind *im Kontext des allgemeinen Arbeitsmarktes* verständlich zu machen. Die Isolierung des Lehrstellenmarktes vom allgemeinen Arbeitsmarkt kann analytisch nicht zielführend sein. Ein gestiegenes Arbeitskräfteangebot im Vergleich zu 1987 (von knapp 2,905.100 auf 3,289.000 Personen 1997), gestiegene Arbeitslosigkeit insgesamt (von 5,6 auf 7,1 Prozent im Vergleich 1987 und 1997) – trotz Beschäftigungszuwächsen von rund 10 Prozent in der letzten Dekade¹¹ – kennzeichnen die Entwicklung, insbesondere als Hintergrund der Lehrstellenproblematik, wie sie sich 1996 und 1997 manifestiert hat.

Ogleich sich der Anteil derer, die aufgrund verlängerter Bildungsphasen erst später voll in das Erwerbsleben einsteigen, im letzten Jahrzehnt stark erhöht hat, ist die Lage am Lehrstellenmarkt nicht besser, sondern schwieriger geworden. Der Anteil der Jugendlichen an den gemeldeten Arbeitslosen ist kontinuierlich gesunken: von 29 auf 16 Prozent zwischen 1987 und 1997.

¹¹ 1987: 2,785.358 unselbständig Beschäftigte, 1997: 3,055.569.

TABELLE 12:

Arbeitskräftepotential, Arbeitslosigkeit gesamt und Jugendarbeitslosigkeit in Österreich, 1985 - 1999

Jahr	Arbeitskräftepotential	Zahl der gemeldeten Arbeitslosen absolut	Arbeitslosenrate		Anteil der 15-24jährigen unter den Arbeitslosen insgesamt
			insgesamt	15 – 24-jährige*	
			%	%	%
1985	2905146	139447	4,8	5,0	29,5
1986	2922538	151972	5,2	5,5	29,9
1987	2936929	164468	5,6	5,7	28,6
1988	2993038	158631	5,3	5,2	26,6
1989	2983540	149177	5,0	4,9	24,2
1990	3070278	165795	5,4	5,2	23,0
1991	3190155	185029	5,8	5,5	21,6
1992	3248908	193098	5,9	5,3	19,5
1993	3277175	222265	6,8	6,2	18,7
1994	3285673	214941	6,5	5,8	17,3
1995	3283902	215716	6,6	5,9	16,9
1996	3277760	230507	7,0	6,7	16,9
1997	3288917	233348	7,1	6,7	16,3
1998	3314459	237794	7,2	6,6	15,3
9/1999	3330152	179743	5,4	4,9	15,2

* enthält nicht die Lehrstellensuchenden

Quelle: AMS-Arbeitsmarktservice Österreich

2. ANALYSE DER LEHRSTELLENPROBLEMATIK

Österreich ist zunehmend mit dem Problem einer wachsenden Zahl an Jugendlichen konfrontiert, die kein schulisches Angebot vorfinden, das ihren Interessen und Befähigungen entspricht, aber auch keine Lehrstelle finden.

2.1 Das Kippen des Lehrstellenmarktes

Am Lehrstellenmarkt äußert sich diese Veränderung etwa darin, daß Ende September 1992 noch ein Lehrstellenüberhang von über 12.000 offenen Lehrstellen zu verzeichnen war, seit 1996 aber eine Lehrstellenlücke die Situation prägt. Ohne Zweifel ist diese Zahl vielfältig deutbar, Faktum bleibt aber ein Kippen des Lehrstellenmarktes.

TABELLE 13:

Vom Lehrstellenüberhang zur Lehrstellenlücke (jeweils Ende September)

Jahr	Lehrstellen- suchende*	Offene Lehrstellen*	Lehrstellen- überhang
1991	3980	18924	14944
1992	3957	16086	12129
1993	5139	10098	4959
1994	4986	7750	2764
1995	5563	5719	156
1996	7924	3282	-4642
1997	9032	3791	-5241
1998	7323	2311	-5012

* sofort verfügbar

Quelle: AMS, Arbeitsmarktdaten, verschiedene Jahrgänge; ibw-Berechnungen

2.1.1 Kein demographisch bedingtes Phänomen

Naheliegend ist die Frage, ob dieses Kippen des Lehrstellenmarktes *demographisch bedingt* ist. Verfolgt man die Entwicklung der Lehrlingsquote (siehe nachfolgende Tabelle), so muß die Frage – trotz einer stärkeren demographischen Belastung 1996 als in den Vorjahren – negativ beantwortet werden.

TABELLE 14:

Lehranfänger, Bevölkerungszahl der 15jährigen und Lehnanfängerquote 1988 – 1998

Jahr	Lehnanfänger	Geburtsjahrgang der 15jährigen	Anteil am Ge- burtsjahrgang
1988	46438	99697	46,6
1989	45625	95943	47,6
1990	44845	94608	47,4
1991	42558	91233	46,6
1992	40625	88969	45,7
1993	40084	88846	45,1
1994	39700	89281	44,5
1995	37343	93065	40,1
1996	37079	98016	37,8
1997	40175	98900	40,6
1998	39052	96260	40,6

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Lehrlingsstatistik; ÖSTAT; ibw-Berechnungen

Lehnanfängerzahl und Lehrlingsquote sind in den 90er Jahren kontinuierlich bis 1996 zurückgegangen. Der (rechnerische) Anteil der Lehnanfänger an den altersmäßig vergleichbaren Jugendlichen in der Bevölkerung ist zwischen 1989 und 1996 von rund 48 auf knapp 38 Prozent zurückgegangen. Erst die Lehrstellenförderung in den Folgejahren hat zum Wiederanstieg der Lehrlingsquote

geführt. Die „Lehrlingsquote“ ist ein rechnerischer Wert, der sich aus der Prozentuierung der Lehranfängerzahl an der 15jährigen Wohnbevölkerung ergibt. 1996 liegt die Zahl der 15jährigen in der österreichischen Wohnbevölkerung (etwas niedriger) in der Größenordnung wie 1988. Bei rein demographisch bedingten Schwankungen hätte die Lehnanfängerzahl in einer etwa ähnlichen Größe ausfallen müssen.

Der demographische Effekt ist daher eher so zu interpretieren, daß er strukturelle Probleme des Lehrstellenmarktes (bzw. des Arbeitsmarktes) von 1989 bis 1994 durch relativ geringe Jahrgangsstärken der Pflichtschulentaßjahrgänge verdeckt hat, die sodann bei wieder steigender demographischer Belastung transparent geworden sind.

2.1.2 Umfang der Lehrstellenlücke

Das als lehrstellensuchend beim Arbeitsmarktservice Vorgemerktsein Ende September ist in der überwiegenden Mehrheit der Vormerkungsfälle Hinweis auf *gravierende* Vermittlungsprobleme. Ende September 1992 hat diese Gruppe von Jugendlichen weniger als 4.000 Personen betragen, Ende September 1997 belief sich ihre Zahl auf über 9.000 Personen, Ende September 1998 auf ca. 7.300.

Bis Ende Dezember 1998 wurde diese Zahl auf 2500 reduziert. Von den 7.323 Jugendlichen mit Vermittlungsschwierigkeiten sind vermutlich 4.166 in NAP-Maßnahmen (2.476 Lehrgangsplätze, 1.690 Stiftungsplätze¹²) untergebracht worden.

Rein rechnerisch kann man eine Relation zwischen Lehrstellensuchenden und Lehrstellenangeboten herstellen. Die hieraus resultierende „Lehrstellenlücke“ belief sich Ende September 1998 auf über 5.000. Bis Jahresende konnte durch

¹² BMWA: Berufsbildungsbericht 1999, Seite 46.

Vermittlungsbemühungen und Maßnahmen im Rahmen des NAP eine Reduktion auf unter 1.000 erzielt werden.¹³

2.1.3 Geschlechtsspezifischer Aspekt

Die Mehrheit der Jugendlichen mit Vermittlungsschwierigkeiten am Lehrstellenmarkt ist weiblich. Ende Oktober 1998 betrug der Anteil der Mädchen unter den über 6.000 Lehrstellensuchenden 59 Prozent. Die stärkere Betroffenheit von den Problemen am Lehrstellenmarkt für die weiblichen Jugendlichen ist in den letzten Jahren durchgängig gegeben.

TABELLE 15:

Lehrstellensuchende nach Geschlechtszugehörigkeit, 1991 bis 1998

Jahr	Oktober		November		Dezember	
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
1991	1286	1759	1173	1479	1157	1401
1992	1358	1898	1271	1660	1178	1553
1993	1957	2525	1771	2208	1572	1817
1994	1649	2382	1477	2021	1337	1800
1995	1850	2799	1697	2464	1521	2156
1996	2679	3708	2388	3264	2239	2998
1997	2558	3674	2210	3039	1763	2338
1998	2471	3563	1434	2046	1144	1376

Quelle: AMS Österreich, Arbeitsmarktdaten

¹³ AMS Österreich: Arbeitsmarktdaten 12/1998, S. 34 und S. 36.

2.2 Lehrstellenwünsche nach Berufen

Bei Differenzierung nach Berufsobergruppen Ende Dezember 1998 zeigt sich die Lücke größtenteils in den *Dienstleistungsberufen*. 38 Prozent der Lehrstellensuchenden Ende Dezember entfielen auf Büro-, Handels- und Verkehrsberufe.

Im Hinblick auf die Büroberufe und die technischen Berufe ergeben sich Vermittlungsschwierigkeiten nicht zuletzt aufgrund des steigenden Neuangebotes an Absolventen kaufmännischer und technischer berufsbildender mittlerer und höherer Schulen mit relativ niedrigen Einstiegseinkommenserwartungen¹⁴, welche den einschlägigen Ausbildungsbedarf der Unternehmen nachhaltig reduziert haben.

Nur 20 Prozent der Lehrstellensuchenden Ende Dezember entfielen auf Berufe des Metall-Elektrobereichs, dem traditionell stärksten Sektor der Lehrlingsausbildung.

¹⁴ Hofstätter, Maria: Strukturwandel bringt weniger Lehrstellen, AMS-Österreich, BGS, BIQ, 19. November 1997, S. 2

TABELLE 16:

Lehrstellenmarkt nach Berufsgruppen Ende Dezember 1998

Berufsgruppe	Lehrstellen- suchende	offene Lehr- stellen	Lehrstellen- lücke
Land- und Forstwirtschaft	68	42	26
Steine, Ziegel, Glas	15	9	6
Leder, Textil, Schuhe	20	46	-26
Nahrungsmittelhersteller	66	86	-20
Metall-Elektroberufe	492	256	236
Papierhersteller	2	4	-2
Chemische Berufe	1	10	-9
Holzverarbeiter	84	82	2
Rauchfangkehrer, Chemisch- putzer	1	18	-17
Bauberufe	236	96	140
Handel und Verkehr	559	189	370
Büroberufe	392	65	327
Friseure	207	96	111
Tourismusberufe	213	515	-302
Gesundheitsberufe	64	39	25
Graphische Berufe	32	2	30
Technische Berufe	44	9	35
Unbestimmt	24	0	24
Gesamt	2.520	1.564	956

Quelle: Arbeitsmarktservice Österreich, Arbeitsmarktdaten 12/1998

2.3 Stützungen des Lehrstellenmarktes

Das politische Engagement und der hohe Fördermitteleinsatz durch Arbeitmarktservice und Landesregierungen im Jahr 1997 und die Umsetzung der Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (NAP) 1998 im Bereich der beruflichen Bildung haben die Situation am Lehrstellenmarkt entspannt. Das AMS weist z.B. für den Zeitraum von 2.2.1998 bis 27.1.1999 in der Förderkategorie „Lehrausbildung in Betrieben“ insgesamt 12.305 geförderte Personen aus. In der Kategorie „Lehrausbildung in Ausbildungseinrichtungen“ sind es 173 Personen und im „Sonderprogramm zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen in Lehrwerkstätten“ 1.090 Personen, die gefördert wurden. Damit wurden insgesamt 13.568 oder knapp 11 Prozent der Lehrverhältnisse im Jahr 1998 durch das AMS gefördert. Zusätzlich wurden 1998 im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung 2.476 Ausbildungsplätze für Jugendliche in Lehrgängen und 1.690 in Stiftungen bereitgestellt.

Das Faktum des hohen finanziellen Förderbedarfs der Lehrlingsausbildung bzw. der Lehrstellenmarktstützungserfordernisse ist ein Beleg dafür, daß die Ausbildung – betriebswirtschaftlich gesehen, d.h. unter Beachtung von Aufwands-/Ertragsrechnungen kurz- und mittelfristiger Art unter besonderer Berücksichtigung von Personalrekrutierungsalternativen außerhalb des Lehrlingssystems – für einen Teil der Lehrbetriebe nur dann möglich war, wenn Förderungen gewährt wurden.

Die Einschätzung der Situation ist heute (1999) dadurch erschwert, da sich die Auswirkungen der Lehrstellenförderungen auf die weitere Entwicklung der Ausbildungsbeteiligung der Unternehmen erst nach einigen Jahren voll zeigen werden, aber auch dadurch, daß die zugrundeliegenden Probleme durch die Förderungen verdeckt werden.

Kaum zu bestreiten ist jedoch die Schlußfolgerung, daß die Kosten der Ausbildung in Relation zu alternativen Personalrekrutierungsmöglichkeiten bei steigendem Arbeitskräfte- und Schulabsolventenangebot für einen erheblichen Teil

der Betriebe zu hoch sind. Gleichzeitig wurde die Berufsschulzeit in den 90er Jahren verlängert und damit – was oft verdrängt wird – die Zeit, in der Lehrlinge im Betrieb lernen und produktiv tätig sein können, verkürzt.

2.4 Gründe für Vermittlungsprobleme

Mangel an Lehrstellen in den gewünschten Berufen und mangelnde Voraussetzungen der Bewerber sind wesentliche Ursachen für Vermittlungsprobleme.¹⁵

TABELLE 17:

Wie schätzen österreichische AMS-Berater und -Beraterinnen die Gründe für Probleme von Jugendlichen bei der Lehrstellensuche ein?

<i>Gründe für Erfolglosigkeit bei der Lehrstellensuche (n=186)</i>	<i>fast immer bzw. sehr häufig zutreffende Gründe</i>
Zu wenig Lehrstellen in den Wunschberufen	95%
Zu viele Bewerber für Lehrstellen in bestimmten Lehrberufen	94%
Schlechte Schulnoten im Abschlußzeugnis	68%
Schärfere Selektion durch Lehrbetriebe	58%
Mangelnde regionale Mobilität der Jugendlichen	52%
Mangelnde Flexibilität der Jugendlichen hinsichtlich der angebotenen Lehrstellen	51%
Äußere Erscheinung und Verhalten der Jugendlichen	37%
Bildungsmängel/Wissenslücken der Jugendlichen als Hindernis bei Aufnahmetests/-gesprächen	36%
Ablehnung von Jugendlichen mit nichtdeutscher Muttersprache durch die Lehrbetriebe	33%
Geschlechtsspezifische Ablehnung von Mädchen bzw. Burschen in bestimmten Lehrberufen	27%

Quelle: AMS/BGS/BIQ, Lehrstellensuche aus der Sicht der Jugendlichen und der AMS-BeraterInnen, 1997, S. 55.

¹⁵ Hofstätter, Maria/Hruda, Hans/Rosenthal, Ewald: Lehrstellensuche aus Sicht der Jugendlichen und der AMS-BeraterInnen. Eine empirische Untersuchung zur derzeitigen Lage auf dem Lehrstellenmarkt und zur Sicht der Betroffenen, Wien, April 1997, S. 7. u. 56ff.

Laut Einschätzung von mehr als der Hälfte der AMS-Berater bzw. -Beraterinnen weist nur *ein Drittel* der Lehrstellensuchenden mit Vermittlungsproblemen die erforderlichen Voraussetzungen zur Bewältigung einer Lehrlingsausbildung auf.¹⁶

"Welche persönlichen Eigenschaften/Probleme oder Mängel sind bei Lehrstellensuchenden dafür verantwortlich, daß sie nur schwer oder gar nicht auf eine Lehrstelle vermittelt werden können? Welche Gründe/Ursachen können Sie von Ihrer Beratungspraxis her feststellen?" Diese Fragen wurden im weiteren an die Lehrlingsbetreuer gestellt.

Folgende Rangreihe an Begründungen wurde dabei von den erfahrenen Betreuern gegeben:

1. Mangelnde Motivation, mangelndes Interesse
2. Mangelnde Schulbildung, schlechter Schulabschluß
3. Orientierungslosigkeit
4. Mangelnde Mobilität
5. Soziales Umfeld, familiäre Situation¹⁷

Die Erfahrungen der Arbeitsmarktbetreuer für Lehrlinge in den AMS-Landesstellen zeigen die Wichtigkeit von Fördermaßnahmen, die auf eine *Verbesserung der Ausbildungsreife* und der schulischen Voraussetzungen hinzielen. Die lehrstellensuchenden Jugendlichen selbst wollen am stärksten Angebote, die in ein duales Ausbildungsverhältnis führen, selbst wenn dies erst nach einer Vorbereitungsphase möglich sein sollte. Rein schulische Lösungen sind bei ihnen weit weniger gefragt.¹⁸ Sofern an schulische Ergänzungs- oder Neuangebote gedacht ist, müßte daher auf einen hohen Praxisanteil geachtet werden.

¹⁶ A.a.O., S. 52.

¹⁷ A.a.O., S. 53.

¹⁸ vgl. AMS-Arbeitsmarktservice Österreich, Berufsinformations- und Qualifikationsforschung: Lehrstellensuchende Jugendliche II, Wien, 13. Oktober 1997, Seite 18.

Das Wunschberufskonzept, durch wachsende Bildungs- und Berufsinformation noch zunehmend gestärkt, ist in der betrieblichen Ausbildung immer nur begrenzt umsetzbar. Berufswahl bedeutet Kompromißbildung zwischen Wünschen und Möglichkeiten, um einen ersten Zutritt in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Fachschulen sind vielleicht eher mit dem sich verstärkenden Wunschberufskonzept kompatibel, wobei die Arbeitsmarktintegration unter Umständen später zum Problem werden kann. Die steigenden Probleme der Beschäftigung wirken sich bei den rein schulischen Übergängen erst danach, bei der Lehre bereits im Zugang zur Ausbildung aus.

2.5 Ausbildungsreife fördern – Angebot verbreitern

Der empirische Befund der Befragung von Vermittlungsfachleuten bestätigt unterschiedliche Deutungen der Lehrstellenproblematik. Einerseits belegt er, daß es Jugendliche gibt, die in ihrem Wunschberuf in der betrieblichen Ausbildung nicht erfolgreich in der Lehrstellensuche sind. Andererseits bestätigt er Unternehmensbefragungen, welche gezeigt haben, daß Unternehmen Lehrstellen auch aus Mangel an für die Anforderungen im Lehrberuf geeigneten Bewerbern nicht besetzen können. Der Umfang der letztendlich zustandekommenden Lehrstellen ist immer auch von der Nachfrage nach Lehrstellen mitbestimmt.

Die Einschätzungen der Vermittlungsfachleute zeigen aber auch deutlich, daß es gilt, sich um Jugendliche zu kümmern, die nicht oder noch nicht die Voraussetzungen haben, um unmittelbar nach Absolvierung der Schulpflicht eine Fachschule oder Lehre unter den gegebenen Bedingungen erfolgreich zu durchlaufen. Dies bedeutet, daß Nachqualifizierungen und Förderung von Ausbildungsreife unerlässlich sind; aber auch ergänzende Angebote der fachlichen Erstausbildung werden für jene zu entwickeln sein, die durch das bisher gegebene Angebot keine Ausbildungsmöglichkeit vorfinden.

Jugendliche wissen heute zwar vermutlich nicht mehr als früher, was sie machen wollen, wohl aber, was sie nicht machen wollen. Bildungs- und Berufsinformation alleine kann die notwendige Orientierung nicht bieten. Was verstärkt gebraucht wird, sind Maßnahmen der Berufsorientierung auf der Basis Erfahrungen mit der Berufswelt und der Reflexion über diese mit einem kompetenten Berater. Berufsorientierung muß weit über die Vermittlung von Broschüren hinausgehen, sie bedarf der Realkontaktbegegnungen mit der Berufswelt. Es ist anzunehmen, daß dieser Prozeß aufgrund des intergenerationalen Wandels der Berufswelt schwieriger, langwieriger und unterstützungsbedürftiger ist als in der Vergangenheit.

2.6 Bildungsbezogener Wertwandel in der Bevölkerung

Der Wertwandel der Bevölkerung bezogen auf Ausbildung bedeutet: alle Jugendlichen sollen eine reguläre und komplette Erstausbildung durchlaufen. Noch vor einer Generation hat zumindest ein Drittel der Jugendlichen keine Ausbildung nach der Pflichtschule gemacht oder abgeschlossen. In Österreich weisen unter den über 45jährigen fast 44 Prozent nur Pflichtschule auf. Von der Politik wird erwartet, daß für alle Jugendlichen ein Ausbildungsangebot garantiert wird. Entsprechende Versicherungen wurden gegeben.

Die Erwartungen in der Bevölkerung konzentrieren sich in vielen Regionen einerseits auf den Zugang der Jugendlichen zu höheren Schulen, besonders der BHS, andererseits auf den Einstieg in eine betriebliche Ausbildung; die berufsbildenden mittleren Schulen werden in viel geringerem Maße ins Auge gefaßt bzw. angeboten.

Politik und Öffentlichkeit neigen dazu, die Übergangsprobleme der Jugendlichen unter den veränderten wirtschaftsstrukturellen und sozialen Bedingungen fast ausschließlich als Problem des Lehrstellenmarktes wahrzunehmen. Der Lehrstellenmarkt wird als Lösungsebene für Probleme, welche das allgemeine Bildungssystem nicht bewältigen konnte, betrachtet. Das ist der Grund, warum

die Öffentlichkeit die Übergangsprobleme so stark in Zusammenhang mit dem Lehrstellenmarkt wahrnimmt. Tatsächlich handelt es sich um tieferliegende gesellschaftliche Probleme, die nur durch einen pluralistischen Ansatz einer institutionellen Bewältigung zuzuführen sind. Im Kern muß das Ausbildungsangebot nach Absolvierung der Schulpflicht strukturell diversifiziert und damit verbreitert und flexibler werden, so daß es den veränderten Erwartungen einerseits, den veränderten Anforderungen im Rahmen einer Dienstleistungsgesellschaft mit starker technologischer Basis andererseits gerecht werden kann.

Die Fixierung der Öffentlichkeit am Lehrstellenmarkt ist sachlich inadäquat. Das Übergangsproblem nach der Pflichtschule muß breiter gesehen werden.

3. WEITERE PROBLEME?

Mit den bislang angestellten Überlegungen anhand von Befunden der amtlichen Bildungs- und Arbeitsmarktstatistik wurde stark auf die Frage der Jugendlichen mit Vermittlungsproblemen und besonderem Förderbedarf abgestellt. Zweifellos gibt es noch andere Probleme der beruflichen Erstausbildung. Das Ziel des Beitrages ist es aber, jene Problemzone zu diagnostizieren, die unser Erstausbildungssystem zumindest seit Mitte der 90er Jahre *am stärksten* affiziert und die folglich auch zentrale politische Aufmerksamkeit erreicht hat.

Im weiteren werden andere reale oder diskutierte Problembereiche angesprochen.

3.1 Absorption des gestiegenen BHS-Absolventenneuangebots?

Ein Blick auf das Qualifikationsneuangebot könnte die Vermutung von Einstiegsschwierigkeiten für das gestiegene Neuangebot von Absolventen höherer Schulen nach sich ziehen. Laut offizieller Arbeitsmarktstatistik und publizierter Studien sind aber derartige Schwierigkeiten nicht auszumachen, zumal diesen Jugendlichen die Studienaufnahme an Universitäten, Fachhochschulen oder Akademien immer als möglicher Ausweg oder als Erweiterung der Suchphase offensteht. Daß eine Verdoppelung der BHS-Quote Einstiegsflexibilitäten am Arbeitsmarkt erfordert, kann bereits deduktiv plausibel gemacht werden.

Der Arbeitsmarktbefund zeigt für den österreichischen Durchschnitt, daß die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit¹⁹ durch Absolventen höherer Schulen österreichweit zwischen 1987 und 1997 in Absolutzahlen zwar mit dem Beschäftigungswachstum gestiegen ist, die Arbeitslosenquoten²⁰, die Dauer der Arbeits-

¹⁹ Siehe dazu: Arbeitsmarktservice Österreich: Arbeitsmarktlage 1997, Wien, Juli 1998, S. 66.

²⁰ Ein Überblick zur bildungsspezifischen Entwicklung der Erwerbstätigkeit sowie zur Arbeitsmarktsituation findet sich bei: Arthur Schneeberger: Langfristige Trendanalyse der Qualifikationsentwicklung in Österreich. In: Arthur Schneeberger / Monika Thurn-

losigkeit jedoch für die BHS-Absolventen im Vergleich der Bildungsebenen²¹ relativ niedrig geblieben ist. Auch die Vermittlungsdauer der Arbeitssuchenden ist für die BHS günstig. Die statistischen Arbeitsmarktindikatoren bilden für Österreich exakt die seitens bildungsökonomischer Theorien (sei es der Humankapital-, sei es der Filtertheorie) erwarteten Unterschiede in der Beschäftigungsfähigkeit ab.²²

3.2 Mangel an Schulplätzen?

Die Behauptung, daß es in Österreich zu wenige Schulplätze im mittleren oder höheren Schulwesen für Pflichtschulabsolventen gäbe, taucht in den Diskussionen über das Ausbildungsangebot in Österreich immer wieder auf, es gibt aber hierzu keinerlei publizierte Forschungsarbeiten oder Daten offizieller Herkunft.

Ebenso wie die Lehrlingsausbildung stehen die schulischen Berufsausbildungen immer wieder vor dem Problem der Aktualität der angebotenen Ausbildungen und Fachrichtungen. Aufgrund des beruflichen und technischen Wandels handelt es sich dabei um eine permanente Aufgabe.

Ein zentrales Beispiel ist dazu das schulische und duale Ausbildungsangebot im Bereich der Anwendungen der Informationstechnologien. In Wien hat z.B. die HTL Spengergasse die Diversifikation von einer höheren Textilfachschule zu einer EDV-HTL mit internationalem Bezug geschafft (sie bietet auf Vereinsbasis nach dem Diplom einen Bachelor-Studiengang an).

Kraft (Hrsg.): Qualifikationsanforderungen und Bildungsströme im Wandel, Schriftenreihe des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft, Nr. 110, Wien, 1998, S. 29ff.

²¹ Siehe: Arbeitsmarktservice Österreich: Arbeitsmarktvorschau 1999, Endbericht, erstellt von Synthesis und WIFO, Wien, im Februar 1999, S. 104.

²² Zu den ökonomischen Ansätzen siehe z.B. Gareth Williams: The Economic Approach. In: Burton R. Clark (ed.): Perspectives on Higher Education. Berkeley – Los Angeles – London, First Paperback Printing, 1987, S. 81ff.

Es besteht kein Zweifel, daß die Informatik in vielen anderen BMHS als fachintegrierte Komponente wichtig ist. Das Kerndefizit in Österreich ist, daß es bislang *keine einzige Fachschule für Informatik* auf der Ebene der berufsbildenden mittleren Schulen gab. Die erste ihrer Art wurde mit dem Schuljahr 1999/00 eingerichtet. Die einschlägigen Ausbildungen waren bisher alle bzw. sind nach wie vor in überwiegendem Maße auf Ingenieurniveau (HTL, Fachhochschule, Universität) angesiedelt, obgleich die technische und berufliche Entwicklung heute einen Stand erreicht hat, der die breite Anwendung und Vermittlung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken auf Fachkräfteniveau erfordert. Hieraus resultiert der ungedeckte Fachkräftebedarf in den einschlägigen Sektoren auf dem Arbeitsmarkt. Auch in anderen Bereichen ist der Weg von der Entwicklung und Einführung neuer Technologien auf Ingenieurebene in Richtung Umsetzung auf der Fachkräfteebene erfolgt.

Ein möglicher Hinweis auf landesspezifische Eigenheiten des Ausbildungsangebotes nach der allgemeinen Pflichtschule ist der Vergleich zwischen Bundesländern. Nachfolgend werden die Verteilungen in den vier einwohnerstärksten Bundesländern Österreichs verglichen.

Hier sind für Oberösterreich Vorteile in der Schiene Berufsschule/Lehrlingsausbildung gegenüber Wien und Niederösterreich überdeutlich.

Bei den mittleren Schulen kommt in Summe Niederösterreich auf den höchsten Wert, wohingegen Wien mit knapp 13 Prozent den geringsten Anteil aufweist. Auffällig ist dabei der geringe Anteil der Schüler/Schülerinnen in den kaufmännischen mittleren Schulen in Oberösterreich.

Bei den BHS liegt in Summe Niederösterreich an erster Stelle gefolgt von Oberösterreich (29 zu 26 Prozent der Schüler der 10. Schulstufe). In Wien und in der Steiermark ist dafür der AHS-Anteil deutlich höher: sind in Wien von 100 Schülern der 10. Schulstufe 28 Gymnasiasten, so sind es in Niederösterreich 22, in der Steiermark 17 und in Oberösterreich 16. Ohne Zweifel spielt hier die

Berufs- und Bildungsstruktur von Wien und Umgebung als Verwaltungszentrum die ausschlaggebende Rolle.

TABELLE 18:

**Anzahl der Schüler in der 10. Schulstufe 1997/98
nach Schularten in den vier einwohnerstärksten Bundesländern,
Angaben in Spaltenprozenten**

Schulart	Oberöster- reich %	Wien %	Niederös- terreich %	Steiermark %
Berufsbildende Pflichtschulen	44,26	35,21	37,04	43,61
Gewerbliche, technische und kunst- gewerbliche mittlere Schulen*	2,99	3,68	2,81	0,95
Kaufmännische mittlere Schulen	2,45	5,58	5,28	3,81
Wirtschaftsberufliche mittlere Schulen	3,64	1,93	3,57	2,39
Sozialberufliche mittlere Schulen	1,39	1,79	2,70	1,88
Land- und forstwirtschaftliche mittlere Schulen	2,74	0,00	3,11	4,13
<i>Zwischensumme BMS</i>	<i>13,21</i>	<i>12,98</i>	<i>17,47</i>	<i>13,16</i>
Technische, gewerbliche und kunst- gewerbliche höhere Schulen*	8,74	11,89	10,19	7,15
Kaufmännische höhere Schulen	9,71	6,89	9,92	7,73
Wirtschaftsberufliche höhere Schulen	5,49	3,10	5,43	3,26
Land- u. forstwirtschaftliche höhere Schulen	0,55	0,18	1,25	0,90
Bildungsanstalten für Kindergartenpä- dagogik	1,64	2,10	1,90	1,71
<i>Zwischensumme BHS</i>	<i>26,13</i>	<i>24,16</i>	<i>28,69</i>	<i>20,75</i>
Allgemeinbildende höhere Schulen**	16,39	27,65	16,79	22,48
INSGESAMT	100,00	100,00	100,00	100,00
In Absolutzahlen	19.310	18.402	17.794	15.634

* inklusive Schulen für den Tourismus

** inklusive sonstige allgemeinbildende Schulen

Quelle: ÖSTAT, Das Schulwesen in Österreich Schuljahr 1997/98, Wien, 1999; siehe auch Tabellenanhang

3.3 Quantitative Abstimmung zwischen Ausbildung und Beruf

Immer wieder wird von Bildungsexperten die Frage einer „Ausbildung über Bedarf“ oder eines Qualifikationsüberschusses durch die duale Ausbildung diskutiert. Die Frage betrifft im Grunde einen speziellen Aspekt der allgemeinen Problematik der Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem. Die Besonderheit ist dabei, daß die Ausbildung im Rahmen einer Lehre zugleich ein erstes Beschäftigungsverhältnis darstellt und daß Betriebe spezifische Kosten und Erträge haben.

Zunächst ist in bezug auf die Lehrlingsausbildung als erste Prämisse festzuhalten, daß es sich bei dieser um eine *organisierte Ausbildung und Beschäftigung für Jugendliche im Alter zwischen etwa 15 und 19 Jahren* handelt. Die Erwartung einer weitreichenden Berufsfixierung wäre daher nicht nur durch den allgemeinen Trend erhöhter beruflicher Mobilität und lebensbegleitender Bildung, sondern auch altersbedingt nicht realistisch.

Umgekehrt treffen auch die Betriebe oder wollen auch die Betriebe nach der Erstausbildung noch eine Wahl bezüglich ihrer Fachkräfte treffen.

Eine Überblickspublikation, welche Arbeiten des IBE, des ibw und der UBW-Klagenfurt zu diesem Thema in einer Synopse faßt, zeigt, daß einige Jahre nach Lehrabschluß etwa 60 Prozent der Lehrabsolventen im erlernten Beruf, weitere 10 bis 15 Prozent in einem verwandten Beruf oder durch Aufstieg im Betrieb in einem gewissen Bezug zum erlernten Beruf verblieben sind. Auch die Rückkehr in den erlernten Beruf nach Jahren des anderweitigen Probierens ist empirisch belegbar, wenn man den Horizont auf 10 Jahre ausdehnt.²³

Noch umfassender ist die Betrachtung auf Basis von Volkszählungsergebnissen. Eine Analyse des beruflichen Verbleibs von Lehrabsolventen ohne Alters-

²³ Arthur Schneeberger, Barbara Brunbauer: Beruflicher Verbleib und Zukunftspläne von Lehrabsolventen. Jugendliche an der „zweiten Schwelle“ der beruflichen Laufbahn (Schriftenreihe des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft, Nr. 96, 1994, S. 30ff.)

differenzierung zeigt „eine Verbleibsrate von 40% bis 60%“²⁴. Ausnahmen stellen Textil-, Bergbau- und Metallerzeugungsberufe dar, wo viele Arbeitsplätze durch Rationalisierung, Betriebsschließungen und Produktionsverlagerung ins Ausland verloren gegangen sind. Die weitere Analyse macht deutlich, daß die Verbleibsraten stark mit dem Alter (und Geschlecht) der Erwerbspersonen zusammenhängen (siehe nachfolgende Tabelle).

Der *Verbleib in der Berufsabteilung* ist allerdings zweifellos ein großzügiges Maß, das berufliche Flexibilität innerhalb verwandter Berufsklassen als positiv bewertet, eine rigide Beschränkung auf Berufsklassen wäre kaum vertretbar.

Welche Rolle haben berufsspezifische Ausbildungsmuster in einer Welt starker Mobilität und Weiterbildungserfordernisse?

In einem OECD-Gutachten von Geoffrey Squires und Dorota Furth wird hervorgehoben, daß berufsspezifische Ausbildungsmuster durchaus Vorteile gegenüber allgemein gehaltenen Kursen haben. Berufsspezifische Ausbildungen weisen, indem an einem spezifischen Bereich exemplarisch gearbeitet und gelernt wird, „eine allgemeine Ausbildung in Arbeitsprozessen“²⁵ (Zeiteinteilung, Planung, Kooperation mit anderen u.a.) auf, auch wenn sie von den Inhalten her spezifisch begrenzt sind. Demgegenüber bieten allgemein gehaltene Kurse zwar umfangreichere fachliche Grundlagen, aber weniger Ausbildung bezüglich der Arbeitsprozesse.

Das Fachschulangebot (BMS) in Österreich entspricht in etwa dem, was international als allgemein gehaltene berufliche Erstausbildung gesehen wird, wobei unweigerlich eine gewisse Distanz von der beruflichen Praxis gesetzt wird. Noch stärker dürfte dies bei der BHS zutreffen. Die Lehrlingsausbildung entspricht trotz weiter Berufe und Berufsverwandtschaften der berufsspezifischen

²⁴ Adelheit Bauer: Ausbildung und ausgeübter Beruf. Am Beispiel von Personen mit Lehrabschluß (Volkzählung 1991), in: Statistische Nachrichten 7/1998, S. 502.

²⁵ Bildungs- und Ausbildungswege für die Sechzehn- bis Neunzehnjährigen. Ein OECD-Bericht (=Bildungsforschung internationaler Organisationen, Band 4), Frankfurt am Main, Verlag Peter Lang, 1991, S. 125.

Ausbildung in Berufen, die am Arbeitsmarkt vertreten sind. Reduktionen des Lehrlingspfades sind mit der Ausweitung der berufsbildenden höheren Schule (BHS) im Zustrom nach der Pflichtschule, kaum aber mit erhöhten Schüleranteilen für die Fachschulen in den letzten Jahrzehnten eingetreten.

Die Frage, ob in der Lehre über Bedarf ausgebildet wird, kann sachlich so kaum gestellt werden. Der Rückgang in der Industrieausbildung hat gezeigt, daß eine gewisse Rückkoppelung zum Personalbedarf funktioniert, zudem ist durch die durchaus erheblichen Kosten der Ausbildung die Wahrscheinlichkeit einer Ausbildung ohne Personalbedarf in bzw. nach der Lehrzeit gering. Eine andere Logik ergibt sich erst durch *politische* Forderungen der Ausbildung „über Bedarf“ .

Die gegenwärtigen Probleme im Ausbildungsangebot nach der Pflichtschule wird man durch Kontingentierungen des betrieblichen Stellenangebotes oder auch zentrale Fondslösung nicht bewältigen können. Benötigt wird ein pluralistischer Ansatz. Wir brauchen mehr Flexibilität, um zusätzliche Unternehmen und Branchen zur Ausbildungsbeteiligung zu motivieren. Darüber hinaus bedarf es höchstwahrscheinlich ergänzender Angebote im Fachschulbereich, um Beschäftigungssektoren und Ausbildungswünsche abzudecken, die über eine betriebliche Ausbildung nicht realisierbar sind bzw. nicht im Alter von 15 Jahren begonnen werden können (soziale, freizeit- und gesundheitsbezogene Berufe).

TABELLE 19:

**Verbleib im erlernten Beruf im weiteren Sinne
(bezogen auf den Verbleib nach Berufsabteilungen),
Angaben in Prozent der erwerbstätigen Absolventen**

Ausgew. Berufsbereiche	Frauen		Männer	
	20- bis 24jährige	40- bis 49jährige	20- bis 24jährige	40- bis 49jährige
Gastgewerbe-, Hotelführungskräfte	70,7	76,9	73,4	66,4
Technische und naturwissenschaftliche Fachkräfte	77,0	46,9	77,9	65,8
Kellner, Köche	75,0	64,7	74,5	64,6
Transport- und Verkehrsfachkräfte	76,2	29,7	79,6	61,1
Druckereiberufe	75,6	37,3	82,9	56,5
Friseure, Kosmetiker, Fußpfleger	69,5	50,4	69,2	56,1
Spengler, Rohrleitungsinstallateure	-	-	66,1	52,2
Maurer, Stukkateure	-	-	70,9	51,8
Elektroberufe	-	-	74,6	50,1
Büroberufe	83,6	75,1	63,0	49,2
Schmuckwarenmacher, Feinmechaniker und verwandte Berufe	72,2	45,6	75,3	49,2
Maler, Lackierer	55,8	26,2	63,6	44,5
Händler, Verkäufer	62,5	41,0	57,0	44,1
Schlosser, Grobmechaniker und verwandte Berufe	-	-	63,5	42,9
Holzverarbeiter und verwandte Berufe	55,5	27,6	61,9	41,5
Keramik-, Glas-, Steinbearbeitungsberufe	65,2	28,7	57,6	41,3
Nahrungs- und Genussmittelherstellungsberufe	57,4	29,7	60,9	36,5
Textilverarbeitungsberufe	60,0	23,0	56,4	35,6
Metallbearbeitungsberufe	-	-	63,8	31,2

Quelle: ÖSTAT, Volkszählung 1991; Statistische Nachrichten 7/1998, S. 504f.

3.4 Brauchen wir eine neue Basisbildung?

Während vor einer Generation etwa die Hälfte der Österreicher – jedenfalls nicht viel weniger – nach der Pflichtschule ohne weiteren Bildungsabschluß in das Erwerbsleben eingetreten ist, findet ein derartiges Übergangsverhalten heute keine gesellschaftliche Akzeptanz mehr. Jeder Jugendliche steht vor der Erwartung seiner Umgebung, eine weiterführende Schule oder eine Lehrlingsausbildung zumindest zu beginnen; manche beginnen eine Mehrzahl von Bildungswegen.

Gleichzeitig sind die Anforderungen sowohl im schulischen Angebot und in den Lehrberufen gesetzlich fundiert gleichgehalten oder eher erhöht worden. Jedenfalls wurde der steigenden Bildungsbeteiligung nirgends durch *abgestufte Einstiegsausbildungsziele* Rechnung getragen. Auch bei neuen Lehrberufen wurde fast nur auf höhere Qualifikation abgestellt.

Politisch sind einschlägige Vorschläge ausgesprochen unattraktiv, da sie sozialer Wünschbarkeit widersprechen.

Wir stehen heute vor einer Herausforderung der Bildungspolitik, die aus nicht-intendierten Folgen des Strukturwandels der Beschäftigung und der Bildungsexpansion resultiert. Die Förderung und die Schaffung besonderer Angebote für Jugendliche, welche nach Absolvierung der Schulpflicht noch nicht die erforderliche Ausbildungsreife haben, ist damit angesprochen. Die Frage einer „minimum learning platform for all“²⁶ ist in Europa ein viel beachtetes Thema der Berufsbildungsforschung. Das bloße Durchlaufen der Pflichtschule – auch bei noch genügender Beurteilung – reicht in der technologisch fundierten Industrie- und Dienstleistungswirtschaft immer weniger aus, um Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit zu erreichen.

²⁶ Hilary Steedman: *Low Skills – How the Supply is Changing Across Europe*. CEDEFOP, Contribution to Cedefops's reference publication on 'European trends in occupations and qualifications', 1998, forthcoming.

In den USA werden Basisqualifikationen diskutiert, die ein High-School-Absolvent haben sollte, um z.B. als Facharbeiter in der Autoindustrie auf heutigem Technologiestand eingeschult zu werden. Murnane (Harvard) und Levy (MIT) schlagen in aufschlußreicher Weise folgende Basisqualifikationen²⁷ vor:

- Lesefähigkeit auf dem Niveau der 9. Schulstufe oder höher
- Mathematische Fähigkeiten auf dem Niveau der 9. Schulstufe oder höher
- Lösungsfähigkeiten semi-strukturierter Probleme bei denen Hypothesen formuliert und getestet werden müssen
- Die Fähigkeit, in Gruppen und mit Personen mit verschiedenem sozialen Hintergrund zusammenzuarbeiten
- Die Fähigkeit, mündlich und schriftlich effektiv zu kommunizieren
- Die Fähigkeit, einen PC zu benützen und einfache Aufgaben, wie Textverarbeitung, auszuführen

Dieser Exkurs in die internationale Bildungsforschung ist durchaus aufschlußreich für die aktuelle Diskussion in Österreich. Einerseits wird erwartet, daß alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz angeboten bekommen, wobei alle jene, die keine Fachschule machen wollen oder noch nicht die Voraussetzungen dazu haben, möglichst von am Markt tätigen Unternehmen in ein Lehrverhältnis aufgenommen werden sollen, andererseits liegt die Frage der qualifikatorischen Voraussetzungen für ein derartiges Lehrverhältnis, das immer zugleich ein betriebswirtschaftliches und ein pädagogisches ist, noch im Dunkeln. Rein gesetzlich setzt eine Lehrlingsausbildung nur die Absolvierung der 9jährigen Schulpflicht voraus, nicht ein positives Abschluszeugnis. De facto wird aber – wie sich an der steigenden Verbreitung von Eignungstestungen, aber auch den Aussagen der AMS-Vermittlungsfachleute zeigt – die Schulleistung zum entscheidenden Auswahlkriterium.

²⁷ Richard J. Murnane / Frank Levy: Teaching The New Basic Skills. New York, The Free Press, 1996, p. 31ff.

Für die Zukunft geht es um die Frage der *Basisbildung* als Voraussetzung für die Aufnahme einer berufsfachlichen Erstausbildung, sei es nun in einer Lehrlingsausbildung (Betrieb und Berufsschule) oder sei es in einer Fachschule. Der bloße Verweis auf ein noch genügendes Pflichtschulzeugnis wird dabei nicht ausreichen. Worum es geht sind inhaltlich definierte Mindestvoraussetzungen für Ausbildungen, wobei auch bei den Ausbildungen Stufungen vorstellbar sind, wodurch die Mindestvoraussetzungen berufsfachlicher Erstausbildungen (Schule, duales System) ebenfalls korrespondierend abstufbar wären.

4. PERSPEKTIVEN UND OPTIONEN

Kurzfristig wird es auch weiterhin, solange die Überlastung des Lehrstellenmarktes gegeben ist, um ergänzende Angebote und Förderungen gehen müssen, um allen Jugendlichen bis zur Erreichung der Volljährigkeit eine Ausbildungsmöglichkeit anbieten zu können. Dies entspricht gesellschaftspolitischem Konsens des Landes.

Ebenfalls kurzfristig realisierbar, allerdings sinnvollerweise nur in versuchsweiser Form, sollten die Möglichkeiten für Jugendliche, die keinen oder einen sehr schlechten Hauptschulabschluß haben, erweitert werden, ihre Chancen bei der Ausbildungs- oder Schulplatzsuche durch Stärkung der Grundbildung zu verbessern. Auch eine persönliche Nachreifung, Maßnahmen der beruflichen Orientierung oder Grundkenntnisse der EDV-Anwendung könnten Inhalt einer solchen Maßnahme sein.

Mittel- und langfristig wird auch an den Rahmenbedingungen der Lehrlingsausbildung, aber auch der Fachschulen und in geringerem Maße der BHS anzusetzen sein, wenn man langfristig ein breites und flexibles Ausbildungssystem nach der Pflichtschule entwickeln will, das auf die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen reagiert und dabei schrittweise Anpassungen versucht und erprobt.

4.1 Modernisierung der Lehrlingsausbildung

Für die Lehrlingsausbildung ist vor allem an folgende Aspekte zu denken: Entwicklung neuer Berufe im Dienstleistungsbereich (IT-Berufe, aber auch im Handel und bei den persönlichen Dienstleistungen), Entwicklung einfacher Lehrberufe, weitere Flexibilisierung der Rahmenbedingungen, weitergehende Kostenentlastung der Lehrbetriebe, modulare Fassung der Berufsbilder, verstärkte und innovative Nutzung von Ausbildungsverbänden.

4.1.1 Modularisierung in einem offenen Berufskonzept

Modularisierung meint die Aufteilung von Ausbildungen in einzelne Bausteine (Module). Das kann bis hin zu einer Auslösung von Berufsausbildung in eine Summe von Weiterbildungskursen gehen. Ein solches ist hier nicht gemeint. Es geht um eine „gemäßigte“ Modularisierung, welche das Berufskonzept zwar verändert, flexibler macht, aber nicht zur Gänze verabschiedet.

Die Vorteile einer *Modularisierung im Rahmen des Berufskonzeptes* liegen vor allem darin, daß eine größere Flexibilität im Ausbildungsangebot und im Lernen zu erreichen ist. Dies involviert Vorteile für die Jugendlichen und die Betriebe.

- So könnten sich durch die Modularisierung durchaus mehr Betriebe als ohne diese an der Lehrlingsausbildung beteiligen. Fehlende Module können im Ausbildungsverbund oder in einer Weiterbildungseinrichtung gemacht werden.
- So können Einstiegs- und Grundmodule und aufbauende Module der branchenspezifischen Spezialisierung, aber auch der Höherqualifizierung angeboten werden.
- Auch eine größere Gestaltungsmöglichkeit im Rahmen von Ausbildungsverbänden ist evident.
- Auf Seite der Jugendlichen sind ebenso verbesserte Möglichkeiten auszumachen: gestufte Einstiegs- und Aufbaumöglichkeiten – entsprechend der Neigungen und Fähigkeiten bzw. deren Wandel.
- Auch die Korrekturmöglichkeit eines eingeschlagenen Weges ist für die Jugendlichen leichter möglich als bei nicht modular strukturierten Ausbildungen.

Modularisierung im Rahmen des Berufskonzeptes erhöht die Möglichkeiten, entsprechend den eigenen Befähigungen, Neigungen und Interessen zu lernen, aber auch die branchenspezifischen Qualifikationsbedarfe rascher und besser

zur Geltung zu bringen. Ausbildungsphasen und Bindungen werden kürzer, ohne dabei Diskontinuität zu erzeugen.

Durch die modulare Struktur wäre eine klare Einbettung von Einstiegsangeboten, wie z.B. der „Vorlehre“, in den Ablauf einer Lehrausbildung gegeben. Einerseits wird dem Jugendlichen mehr Zeit zur Bewältigung des ersten Lehrjahres eingeräumt, andererseits werden die Möglichkeiten des weiteren Aufbaus aufgezeigt und eröffnet.

Das Berufskonzept sichert den Jugendlichen den Einstieg in eine ganzheitliche Erstausbildung, die eine gewisse Breite und überbetriebliche und überregionale Bedeutung des Zertifikates sichert. Die zugrundeliegenden Berufsbilder sind in der Regel das Ergebnis langwieriger Ausarbeitung von Fachexperten und der Verhandlungen der Sozialpartner. Damit ist ein hoher Grad an Verlässlichkeit zu erreichen. Wie steht es aber mit der Flexibilität der Berufsbilder angesichts raschen Wandels der beruflichen und technischen Anforderungen?

Das Modularisierungskonzept ist ein Ansatz zu weitreichender Flexibilisierung. Will man aber gleichzeitig die Vorteile der Beruflichkeit von Ausbildung nicht aufgeben, so braucht man zusätzlich zur Modularisierung ein offenes Konzept der Beruflichkeit.²⁸ Ein solches sollte mit einer Grund- oder Kernausbildung, die etwa zwei Jahre dauern könnte, beginnen und den Rest der Lehrzeit für Spezialisierungen vorsehen.

Mit dem offenen, flexiblen Berufskonzept könnte das Problem der Lösbarkeit problematischer Lehrverhältnisse organisatorisch überwunden werden, wenn keine 100prozentige Automatik der Verlängerung nach Absolvierung der Kernausbildung (etwa 2 Jahre) gegeben wäre. Hier könnten Bedingungen der automatischen Verlängerung definiert werden.

²⁸ In diese Richtung weisen für Deutschland Vorschläge von Gerald Heidegger und Felix Rauner von der Universität Bremen im Rahmen des Gutachtens „Reformbedarf in der beruflichen Bildung“ für das Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Oktober 1997, S. 10 u. 21.

Zudem würde das flexible Berufskonzept eine neuartige Verkoppelung von Aus- und Weiterbildung ermöglichen. Insbesondere könnten nicht komplettierte berufliche Ausbildungen auch im Rahmen der Erwachsenenbildung fortgesetzt und abgeschlossen werden.

4.1.2 Aktualisierung der Lehrberufsstruktur

Der Wandel zur technologisch fundierten Dienstleistungsgesellschaft führt zu Veränderungen der Berufsstruktur und der beruflichen Anforderungen.

So wurde durch die Entwicklung der „neuen Lehrberufe“ z.B. ein Schritt in die Richtung der Bewältigung der IT-Qualifikationen auf der Fachkräfteebene gesetzt.

Dieser ist weiterzuführen, um mittelfristig die Aktualität der Lehrberufsstruktur zu erhalten.

Die Einschätzung oberösterreichischer Experten, die im Rahmen eines Projektes befragt wurden, betreffend die neuen Lehrberufe ist einerseits fast durchwegs positiv („mittelfristig beachtliche Ausbildungsmöglichkeiten“ meinen 10 von 11 Befragten), andererseits glaubt die Mehrheit (8 von 11) nicht, daß die neuen Berufe in den Bereichen EDV, Medien, Werbung etc. die „Verluste an Lehrstellen in den traditionellen Lehrberufen ... kompensieren können“.

Wir brauchen daher auch neue und flexible Lehrberufsstrukturen in anderen Bereichen, nicht zuletzt in den distributiven Dienstleistungen. Auch etablierte Lehrberufe, wie z.B. der Einzelhandelskaufmann, sollten auf obsolete Komponenten untersucht sowie nach Teilalternativen geforscht werden (z.B. Verkäufer, Berater statt Kaufmann). Jedenfalls ist es erforderlich, die Umsetzungsmöglichkeiten für die Absolventen am Arbeitsmarkt und die Betriebe zu erhöhen, um die Investitionen in die Ausbildung durch Erträge in und nach der Ausbildung in einem solchen Maße auszugleichen, daß Ausbildung betriebswirtschaftlich sinnvoll und möglich bleibt.

8 von 11 jener befragten oberösterreichischen Bildungsexperten sehen durch die Entwicklung von Lehrberufen mit eingeschränkter Berufsbildbreite eine Verbesserung der Integrationsmöglichkeiten für jene Jugendlichen, welche ansonsten Schwierigkeiten am Lehrstellenmarkt hätten. Mehrheitlich wird als Ursache der erweiterten Ausbildungsmöglichkeiten nicht eine reduzierte Ausbildungsdauer, sondern die bessere vertikale Einfügung angenommen („Positionen, die bisher von ungelerntem Personal besetzt waren“).

Zu betonen bleibt, daß im Rahmen des Modularisierungskonzeptes Weiterbildungs- und Berufsbewährung einen späteren Aufbau begünstigen und leichter als bisher ermöglichen.

4.2 Fachschulen mit erweitertem Praxisanteil

Die Frage eines ausreichenden schulischen Berufsbildungsangebotes wird in der Öffentlichkeit immer wieder gestellt, gleichzeitig gibt es praktisch keine Daten darüber, wie die Situation in einzelnen Regionen aussieht. Gerade diese Informationen sind aber wesentlich für die Weiterentwicklung des Angebots in quantitativer und qualitativer Hinsicht.

Neukonzeption der Fachschulen im Sinne eines verstärkten Praxisbezuges und einer deutlichen Abhebung von den BHS: diese „Fachschule neu“ sollte einen höheren Werkstätten-, Labor-, Übungs- und Praktikumsanteil als bisherige Fachschulen haben. Dies impliziert die Überprüfung der Aktualität der Angebotsstruktur, der Didaktik und der Ausbildungsziele der Fachschulen im Hinblick auf eine Verbreiterung des Angebotes an berufsfachlichen Erstausbildungsmöglichkeiten.

Für die Fachschulen sollte eine eigenständige Profilierung und Abhebung von der BHS als Zukunftsperspektive angestrebt werden. Erweiterte Praktika und

verstärkte Ausrichtung am Bedarf der Unternehmen, so z.B. im Bereich IT-Berufe, sind hierbei beispielhaft zu nennen.

Es ist kaum zu übersehen, daß die Fachschulen in einer Phase großer Schwierigkeiten der Ausbildungsplatzversorgung nicht in der Lage waren, auch nur einen minimal größeren Anteil an den Jugendlichen in der Übergangsphase aufzunehmen. Die Hauptlast lag auf Lehre/Berufsschule (+1,2 Prozentpunkte gegenüber 1996/97). Die schwierige Situation im Übergang nach der Pflichtschule 1997/98 hat nicht dazu geführt, daß die Fachschulen insgesamt einen größeren Anteil der beschulten Jugendlichen aufzunehmen in der Lage waren. Ihr Anteil an allen in der 10. Schulstufe beschulten Jugendlichen ist sogar von 15,14 Prozent (1996/97) auf 14,65 Prozent (1997/98) zurückgegangen.

TABELLE 20a:

**Verteilung der Schüler in der 10. Schulstufe 1996/97 und 1997/98
In Österreich gesamt nach Schularten (Spaltenprozent)**

Schultyp	Schuljahr		
	1996/1997	1997/1998	96/97 - 97/98
	%	%	%-Punkte
Allgemeinbildende höhere Schulen*	21,14	20,13	-1,01
Berufsbildende Pflichtschulen	38,80	40,00	1,20
Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche mittlere Schulen**	3,18	2,99	-0,19
Kaufmännische mittlere Schulen	4,28	4,33	0,05
Wirtschaftsberufliche mittlere Schulen	3,06	3,02	-0,04
Sozialberufliche mittlere Schulen	1,76	1,64	-0,12
Land- und forstwirtschaftliche mittlere Schulen	2,86	2,67	-0,19
Technische, gewerbliche und kunstgewerbliche höhere Schulen**	9,47	9,45	-0,02
Kaufmännische höhere Schulen	8,63	8,99	0,36
Wirtschaftsberufl. höhere Schulen	4,43	4,48	0,05
Land- und forstwirtschaftliche höhere Schulen	0,71	0,65	-0,06
Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik	1,69	1,65	-0,04
INSGESAMT	100,01	100,00	

* inklusive sonstige allgemeinbildende Schulen

** inklusive der Schulen für den Fremdenverkehr

Quelle: ÖSTAT, Das Schulwesen in Österreich Schuljahr 1996/97, 1997/98, Wien 1998, 1999

TABELLE 20b:

**Anzahl der Schüler in der 10. Schulstufe 1996/97 und 1997/98
in Österreich gesamt nach Schularten in Absolutzahlen**

Schultyp	Schuljahr		
	1996/1997	1997/1998	96/97 - 97/98
Allgemeinbildende höhere Schulen*	21.289	21.088	-201
Berufsbildende Pflichtschulen	39.080	41.892	2.812
Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche mittlere Schulen**	3.204	3.130	-74
Kaufmännische mittlere Schulen	4.309	4.531	222
Wirtschaftsberufliche mittlere Schulen	3.079	3.166	87
Sozialberufliche mittlere Schulen	1.777	1.719	-58
Land- und forstwirtschaftliche mittlere Schulen	2.883	2.799	-84
Technische, gewerbliche und kunstgewerbliche höhere Schulen**	9.534	9.895	361
Kaufmännische höhere Schulen	8.690	9.417	727
Wirtschaftsberufl. höhere Schulen	4.459	4.691	232
Land- und forstwirtschaftliche höhere Schulen	719	684	-35
Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik	1.705	1.723	18
INSGESAMT	100.728	104.735	4.007

* inkl. sonstige allgemeinbildende Schulen

** inklusive der Schulen für den Fremdenverkehr

Quelle: ÖSTAT, Das Schulwesen in Österreich Schuljahr 1996/97, 1997/98, Wien 1998, 1999

TABELLE 20c:

**Anzahl der Schüler in der 10. Schulstufe
nach Schultypen je Bundesland, 1997/98**

Angaben in Spaltenprozenten

Schulart	OÖ	Wien	NÖ	Stmk	Tirol	Slbg	Ktn	Vlbg	Bglid	Gesamt
Berufsschule	44,26	35,21	37,04	43,61	44,69	40,32	38,44	43,63	25,10	40,00
BMS	13,21	12,98	17,47	13,16	16,72	16,38	12,13	14,41	20,27	14,65
BHS*	26,13	24,16	28,69	20,75	19,91	24,95	29,84	21,79	37,8	25,22
AHS**	16,39	27,65	16,79	22,48	18,70	18,35	19,58	20,17	16,83	20,13
Gesamt	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
In Absolutzahlen	19.310	18.402	17.794	15.634	9.493	7.920	7.835	4.937	3.410	104.735

* inklusive Kindergartenpädagogik

** inkl. sonstige allgemeinbildende Schulen

Quelle: ÖSTAT, Das Schulwesen in Österreich Schuljahr 1997/98, Wien, 1999



ZUSAMMENFASSUNG

Ausgangspunkt der Studie war die Analyse der Hintergründe der in den 90er Jahren auftauchenden Probleme für die Jugendlichen im Übergang nach Absolvierung der 9jährigen Schulpflicht. Im wesentlichen lassen sich nachfolgend genannte ursächliche Veränderungen anführen:

- Strukturwandel der Beschäftigung: nach Sektoren, Branchen und Berufen, z.B. weniger Industrie, aber mehr technische Dienstleistungen;
- Wertwandel in der Bevölkerung: höhere, nahezu vollständige Ausbildungsbeteiligung bzw. entsprechende Absichten bei den Jugendlichen; Berufseinstieg ohne Ausbildung entspricht nicht den Erwartungen, allerdings auch kaum den Möglichkeiten am Arbeitsmarkt;
- Steigende Beschäftigung und trotzdem steigende Beschäftigungsprobleme; hiervon ist auch der Lehrstellenmarkt affiziert.

In der Öffentlichkeit hat sich seit Mitte der 90er Jahre ein bedeutender Wechsel der Prioritäten im Hinblick auf die Lehrlingsausbildung ergeben:

- Früher: zu wenige Lehrstellenbewerber, mangelnde Attraktivität der Ausbildung;
- Heute: zu wenige Lehrstellen; mangelnde Ausbildungsbeteiligung;
- Seit 1996: bedeutende Stützung des Lehrstellenmarktes durch Bund und Länder;
- Nach Meinung von Arbeitsmarktfachleuten lassen sich die Vermittlungsprobleme von Lehrstellensuchenden insbesondere aufgrund fehlender Ausbildungsvoraussetzungen und aufgrund fehlender Lehrstellen in Wunschberufen zurückführen. Beides hat wichtige Implikationen und Konsequenzen.

Was tun? Welche Perspektiven und Optionen ergeben sich für bildungspolitisches Handeln?

- Berufsorientierungskurse (mit betrieblichen Erfahrungsphasen) weitreichend nutzen
- Neue Lehrberufe in Richtung des Strukturwandels
- Flexible und offene Lehrberufe: Kern- und Erweiterungsbereiche in modularem Aufbau
- Erleichterung der Ausbildung für Betriebe, die bislang nicht ausgebildet haben; neue Verbundlösungen erproben
- Fachschulen aus dem Abseits holen, Schulversuche mit stärkerer Abhebung von der HTL und mehr Praxisanteil; Fachschulen z.B. für Informatikberufe sowie für Freizeit/Sozialberufe
- Personelle und infrastrukturelle Ressourcen im Berufsbildungsbereich integrativ nutzen

SUMMARY

Vocational training and structural changes Perspectives and options

The starting point of the present study was the analysis of the reasons for the problems young people are facing in the 1990s in their transition phase after completing nine years of compulsory schooling. The following changes can be listed as the main causes of these problems:

- structural changes of employment: by sectors, branches, and occupations, e.g. less industry and more technology-oriented services;
- value changes in the population: higher, nearly complete participation in post-compulsory education (this includes general education and TVE education and training) or, at least, respective intentions of young people; the entry into the world of work without qualifications meets neither their expectations nor, in most cases, the opportunities prevailing in the labour market;
- increasing employment rate, but also growing employment problems; this also affects the apprenticeship post market.

In the public, a significant change of priorities regarding apprenticeship training has occurred since the mid-1990s:

- formerly: lack of applicants for apprenticeship posts, lacking attractiveness of the training;
- today: lack of vacant apprenticeship posts; lacking participation in the training;
- since 1996: significant support for the apprenticeship post market by federal and provincial governments.
- In the opinion of labour market experts, problems in the placement of apprenticeship post seekers are due to two factors: First and foremost, young people do not meet training requirements and, in addition, there is a lack of

vacant apprenticeship posts in the desired occupations. Both factors have major implications and consequences.

What to do now? Which perspectives and options does this imply for activities in connection with education and training policy?

- Far-reaching use of careers guidance and vocational orientation courses (incl. in-plant practical experience phases);
- establishment of new apprenticeship trades to meet the demands caused by the structural changes;
- flexible and open apprenticeship trades: occupational core and extension fields with a modular design;
- making it easier for entrepreneurs who have, so far, not carried out any apprenticeship training to train apprentices; testing of new training co-operations;
- steering secondary technical and vocational schools (BMSs) away from its current offside position; organising school pilot projects with a stronger distinction to secondary colleges for engineering (HTLs) and including more practical parts in BMS education than there are now; establishment of BMSs e.g. for occupations in the fields of computer science/EDP, the leisure time industry, and in the social sphere;
- integrative use of staff-related and infrastructural resources in vocational training.

TABELLENANHANG

TABELLE A-1:

Entwicklung des Geburtsjahrgangs der 15jährigen in Österreich

Jahr	Zusammen
1985	112301
1986	108510
1987	104033
1988	98041
1989	97430
1990	93757
1991	87446
1992	85595
1993	85402
1994	86388
1995	90872
1996	93942
1997	94840
1998	90118
1999	89234
2000	87440
2001	86964
2002	86503
2003	88052
2004	88759
2005	90454
2006	94629
2007	95302
2008	95227
2009	92415
2010	88669

Quelle: ÖSTAT; WKÖ

TABELLE A-2:

Entwicklung des Altersjahrgangs der 15jährigen 1981 - 2015

Jahr	niedrige Variante	Hauptvariante*	hohe Variante	
1981		128658		Bevölkerungsfortschreibung
1982		127355		
1983		126300		
1984		123319		
1985		116784		
1986		111108		
1987		106375		
1988		99697		
1989		95943		
1990		94608		
1991		91233		
1992		88969		
1993		88846		
1994		89281		
1995		93065		
1996		98016		
1997		98900		
1998	96345	96345	96345	Bevölkerungsprognose
1999	94537	94537	94537	
2000	94210	94210	94219	
2001	93898	93899	93936	
2002	93524	93526	93615	
2003	93692	93696	93860	
2004	93764	93774	94032	
2005	93972	93988	94364	
2006	95594	95622	96125	
2007	96763	96810	97443	
2008	96919	96993	97756	
2009	95370	95479	96373	
2010	92101	92259	93283	
2011	90338	90557	91708	
2012	88001	88293	89567	
2013	84054	84435	85825	
2014	80813	81683	83579	
2015	77994	79658	83317	

* mittlere Wanderung und Fruchtbarkeit

Quelle: ÖSTAT, Bevölkerungsfortschreibung und –prognose

TABELLE A-3:

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen und formaler Bildung 1997
Angaben in Zeilenprozenten

Alter	Pflichtschule	Lehre	Berufsbildende mittlere Schule	Allgemein- bildende höhere Schule	Berufsbildende höhere Schule	Hochschule u. verwandte Lehr- anstalten	Gesamt
15 bis 19 Jahre	79,3	9,8	4,0	5,4	1,5	0,0	100,0 (n=471500)
20 bis 24 Jahre	16,1	40,6	9,8	17,7	14,1	1,7	100,0 (n=507400)
25 bis 29 Jahre	16,1	40,9	11,3	10,8	13,2	7,7	100,0 (n=662300)
30 bis 34 Jahre	16,4	43,9	12,1	6,8	10,4	10,4	100,0 (n=722600)
35 bis 39 Jahre	20,3	42,0	12,7	6,4	8,7	10,0	100,0 (n=661300)
40 bis 44 Jahre	25,1	40,4	11,9	5,0	7,3	10,2	100,0 (n=557600)
45 bis 49 Jahre	31,4	41,7	9,5	3,9	5,9	7,5	100,0 (n=525300)
50 bis 54 Jahre	32,3	39,1	10,9	4,4	6,2	7,2	100,0 (n=468300)
55 bis 59 Jahre	38,5	35,9	10,9	3,8	5,3	5,6	100,0 (n=510100)
60 bis 64 Jahre	51,1	30,4	7,5	3,0	3,9	4,1	100,0 (n=353700)
65 bis 69 Jahre	52,4	29,1	7,3	3,3	4,3	3,7	100,0 (n=365500)
70 bis 74 Jahre	53,9	24,6	9,4	4,0	3,9	4,2	100,0 (n=342900)
75 und mehr Jah- re	59,7	20,0	8,7	4,2	3,3	4,2	100,0 (n=531200)
Gesamt	35,1	34,9	10,0	6,4	7,3	6,4	100,0 (n=6679600)

Quelle: ÖSTAT, Mikrozensus 1997

TABELLE A-4:

Lehrlingszahlen nach Sektionen 1980 - 1998

Jahr	Gewerbe & Handwerk	Industrie	Handel	GKV	Verkehr	Tourismus & Freizeitwirtschaft	Nicht-kammer	Gesamt
1980	102051	28668	40536	524	3001	16232	3077	194089
1985	85544	24932	34021	454	2811	17676	4483	169921
1986	82986	24423	32835	523	2758	17025	4400	164950
1987	80544	23459	31018	535	2684	16716	4299	159255
1988	78392	22484	29294	583	2664	16085	4171	153673
1989	77060	21820	27748	557	2630	15018	4068	148901
1990	76120	21815	26352	687	2689	13941	3912	145516
1991	74499	21327	25080	759	2711	12767	3956	141099
1992	73297	20097	23402	781	2698	11801	3951	136027
1993	72449	18076	22251	728	2565	11562	3728	131359
1994	71332	16278	21586	708	2348	11475	4027	127754
1995	69805	14850	20212	708	2126	11363	4313	123377
1996	68942	13837	19006	699	1770	11589	4089	119932
1997	69307	13973	18684	682	1832	12145	5006	121629
1998	69092	14442	18925	786	2065	13031	5255	125499

Quelle: WK Österreich, Lehrlingsstatistik diverse Jahrgänge

TABELLE A-5:

Lehrlingszahlen nach Sektionen und Geschlecht

Veränderung 1987 - 1997

Jahr Geschlecht	1987		1997		Veränderung (in %)			
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich		
Gewerbe & Handwerk	65049	15495	80544	12716	69307	-13,0	-17,9	-14,0
Industrie	19456	4003	23459	2159	13973	-39,3	-46,1	-40,4
Handel	7806	23212	31018	13171	18684	-29,4	-43,3	-39,8
GKV	252	283	535	330	682	39,7	16,6	27,5
Verkehr	2266	418	2684	428	1832	-38,0	2,4	-31,7
Tourismus & Freizeitwirtschaft	7561	9155	16716	6891	12145	-30,5	-24,7	-27,3
Nichtkammer	2994	1305	4299	2511	5006	-16,7	92,4	16,4
Gesamt	105384	53871	159255	38206	121629	-20,8	-29,1	-23,6

Quelle: WK Österreich, Lehrlingsstatistik; ibw-Berechnungen

TABELLE A-6a:

**Anzahl der Schüler in der 10. Schulstufe 1997/98
nach Bundesländern und Schularten, in Absolutzahlen**

Schulart	OÖ	Wien	NÖ	Stmk	Tirol	Slbg	Ktn	Vlbg	Bgld	Gesamt
Berufsbildende Pflichtschulen	8.547	6.479	6.591	6.818	4.242	3.193	3.012	2.154	856	41.892
Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche mittlere Schulen**	577	677	500	148	403	355	134	189	147	3.130
Kaufmännische mittlere Schulen	474	1.026	939	596	443	319	198	268	268	4.531
Wirtschaftsberufliche mittlere Schulen	703	355	636	374	334	306	160	144	154	3.166
Sozialberufliche mittlere Schulen	269	330	481	294	45	74	118	46	62	1.719
Land- und forstwirtschaftliche mittlere Schulen	530	0	553	646	362	244	340	64	60	2.799
Technische, gewerbliche u. kunstgewerbliche höhere Schulen**	1.687	2.188	1.814	1.118	724	695	782	323	564	9.895
Kaufmännische höhere Schulen	1.875	1.268	1.765	1.209	727	764	837	523	449	9.417
Wirtschaftsberufliche höhere Schulen	1.061	571	966	509	316	370	530	166	202	4.691
Land- u. forstwirtschaftliche höhere Schulen	106	33	223	140	29	54	99	0	0	684
Schulen	316	387	338	267	93	93	91	64	74	1.723
Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik										
Allgemeinbildende höhere Schulen*	3.165	5.088	2.988	3.515	1.775	1.453	1.534	996	574	21.088
INSGESAMT	19.310	18.402	17.794	15.634	9.493	7.920	7.835	4.937	3.410	104.735

* inklusive sonstige allgemeinbildende Schulen

** inklusive Schulen für den Tourismus

Quelle: ÖSTAT, Das Schulwesen in Österreich Schuljahr 1997/98, Wien, 1999

TABELLE A-6b:

**Verteilung der Schüler in der 10. Schulstufe 1997/98
nach Bundesländern und Schularten, in Spaltenprozenten**

Schulart	OÖ	Wien	NÖ	Stmk	Tirol	Slbg	Ktn	Vlbg	Bgld	Gesamt
Berufsbildende Pflichtschulen	44,26	35,21	37,04	43,61	44,69	40,32	38,44	43,63	25,10	40,00
Gewerbliche, technische und kunstge- werbliche mittlere Schulen**	2,99	3,68	2,81	0,95	4,25	4,48	1,71	3,83	4,31	2,99
Kaufmännische mittlere Schulen	2,45	5,58	5,28	3,81	4,67	4,03	2,53	5,43	7,86	4,33
Wirtschaftsberufliche mittlere Schulen	3,64	1,93	3,57	2,39	3,52	3,86	2,04	2,92	4,52	3,02
Sozialberufliche mittlere Schulen	1,39	1,79	2,70	1,88	0,47	0,93	1,51	0,93	1,82	1,64
Land- und forstwirtschaftliche mittlere Schulen	2,74	0,00	3,11	4,13	3,81	3,08	4,34	1,30	1,76	2,67
Technische, gewerbliche und kunstge- werbliche höhere Schulen**	8,74	11,89	10,19	7,15	7,63	8,78	9,98	6,54	16,54	9,45
Kaufmännische höhere Schulen	9,71	6,89	9,92	7,73	7,66	9,65	10,68	10,59	13,17	8,99
Wirtschaftsberufliche höhere Schulen	5,49	3,10	5,43	3,26	3,33	4,67	6,76	3,36	5,92	4,48
Land- u. forstwirtschaftliche höhere Schulen	0,55	0,18	1,25	0,90	0,31	0,68	1,26	0,00	0,00	0,65
Bildungsanstalten für Kindergartenpäda- gogik	1,64	2,10	1,90	1,71	0,98	1,17	1,16	1,30	2,17	1,65
Allgemeinbildende höhere Schulen*	16,39	27,65	16,79	22,48	18,70	18,35	19,58	20,17	16,83	20,13
INSGESAMT	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
In Absolutzahlen	19.310	18.402	17.794	15.634	9.493	7.920	7.835	4.937	3.410	104.735

* inklusive sonstige allgemeinbildende Schulen

** inkl. Schulen für den Tourismus

Quelle: ÖSTAT, Das Schulwesen in Österreich Schuljahr 1997/98, Wien, 1999

TABELLE A-7:

Lehrstellensuchende und „rechnerische Lehrstellenlücke“

Zeitpunkt	Lehrstellen- suchende	Offene Lehr- stellen	Lehrstellen: Überhang bzw. Lücke	Lehrstellen je Bewerber
September 1992	3.957	16.086	12.129	4,1
September 1993	5.139	10.098	4.959	2,0
September 1994	4.986	7.750	2.764	1,6
September 1995	5.563	5.719	156	1,0
September 1996	7.924	3.282	-4.642	0,4
September 1997	9.032	3.791	-5.241	0,4
September 1998	7.323	2.311	-5.012	0,3
Dezember 1992	2.731	9.971	7.240	3,7
Dezember 1993	3.389	6.504	3.115	1,9
Dezember 1994	3.137	4.966	1.829	1,6
Dezember 1995	3.677	3.291	-386	0,9
Dezember 1996	5.237	2.205	-3.032	0,4
Dezember 1997	4.101	2.258	-1.843	0,6
Dezember 1998	2.520	1.564	-956	0,6

Quelle: AMS, Arbeitsmarktdaten, verschiedene Jahrgänge

LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

- Arbeitsmarktservice Österreich: Arbeitsmarktdaten, verschiedene Jahrgänge und Monate.*
- Arbeitsmarktservice Österreich: Arbeitsmarktlage 1997, Wien, Juli 1998.*
- Arbeitsmarktservice Österreich, Berufsinformations- und Qualifikationsforschung: Lehrstellensuchende Jugendliche II, Wien, 13. Oktober 1997.*
- Arbeitsmarktservice Österreich: Arbeitsmarktvorschau 1999, Endbericht, erstellt von Synthesis und WIFO, Wien, im Februar 1999.*
- Bauer, Adelheit: Ausbildung und ausgeübter Beruf. Am Beispiel von Personen mit Lehrabschluß (Volkszählung 1991), in: Statistische Nachrichten 7/1998.*
- Biffl, Gudrun / Hedwig Lutz: Die Zukunft der österreichischen Berufs- und Qualifikationslandschaft. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des AMS Österreich, November 1998.*
- Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten: Berufsbildungsbericht 1999, Wien, Mai 1999.*
- Heidegger, Gerald / Felix Rauner: Reformbedarf in der beruflichen Bildung, Gutachten für das Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Oktober 1997.*
- Hofstätter, Maria: Strukturwandel bringt weniger Lehrstellen, AMS-Österreich, BGS, BIQ, 19. November 1997.*
- Hofstätter, Maria / Hans Hruda / Ewald Rosenthal: Lehrstellensuche aus Sicht der Jugendlichen und der AMS-BeraterInnen. Eine empirische Untersuchung zur derzeitigen Lage auf dem Lehrstellenmarkt und zur Sicht der Betroffenen, Wien, April 1997.*

Lasnigg, Lorenz / Peter Prenner / Peter Steiner: Ausbildung – Beruf – Beschäftigung. Einige Entwicklungstendenzen in Österreich, in: SWS-Rundschau (38. Jg.), Heft 3/1998.

Mesch, Michael (Hrsg.): Neue Arbeitsplätze in Österreich. Die Beschäftigungsentwicklung im österreichischen Dienstleistungssektor, Wien, 1998.

Murnane, Richard J. / Frank Levy: Teaching The New Basic Skills. New York, The Free Press, 1996, p. 31ff.

ÖSTAT: Statistisches Jahrbuch für die Republik Österreich 1997, Wien 1997.

ÖSTAT: Mikrozensus 1987 und 1997, Wien.

ÖSTAT: Das Schulwesen in Österreich, diverse Jahrgänge, Wien.

Prenner, Peter / Michael Mesch: Beschäftigungstendenzen im österreichischen Dienstleistungssektor 1971-97 (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 70), Wien 1998.

Schneeberger, Arthur / Barbara Brunbauer: Beruflicher Verbleib und Zukunftspläne von Lehrabsolventen. Jugendliche an der „zweiten Schwelle“ der beruflichen Laufbahn, Schriftenreihe des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft, Nr. 96, 1994.

Schneeberger, Arthur / Bernd Kastenhuber: Anfänger- und Abschlußquoten in der Lehrlingsausbildung, Schriftenreihe des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft, Nr. 102, Wien 1996.

Schneeberger, Arthur: Qualifikationsentwicklung im marktorientierten Sektor, in: Mitteilungen des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft, Nr. 11/12, 1998.

Schneeberger, Arthur / Bernd Kastenhuber: Entwicklungen und Probleme des Lehrstellenmarktes. Befunde und Perspektiven, Schriftenreihe des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft, Nr. 108, Wien, 1998.

Schneeberger, Arthur: Langfristige Trendanalyse der Qualifikationsentwicklung in Österreich. In: *Schneeberger, Arthur / Monika Thum-Kraft* (Hrsg.): Qualifikationsanforderungen und Bildungsströme im Wandel, Schriftenreihe des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft, Nr. 110, Wien, 1998.

Squires, Geoffrey / Dorota Furth: Bildungs- und Ausbildungswege für die Sechzehn- bis Neunzehnjährigen. Ein OECD-Bericht (=Bildungsforschung internationaler Organisationen, Band 4), Frankfurt am Main, Verlag Peter Lang, 1991.

Steedman, Hilary: Low Skills - How the Supply is Changing Across Europe. CEDEFOP, Contribution to Cedefops's reference publication on 'European trends in occupations and qualifications', 1998, forthcoming.

Williams, Gareth: The Economic Approach. In: *Clark, Burton R.* (ed.): Perspectives on Higher Education. Berkeley – Los Angeles – London, First Paperback Printing, 1987.

Wirtschaftskammer Österreich: Industriebeschäftigte Österreichs 1936 – 1995, Wien 1996.

Wirtschaftskammer Österreich: Lehrlingsstatistik, diverse Jahrgänge, Wien.

ADDITAMENTUM I

Bernd Kastenhuber

KOSTENENTLASTUNG DER LEHRBETRIEBE SEIT 1997

**Allgemeine Übersicht
und exemplarische
Berechnung**

Stand: Sommer 1999



Kostenentlastung der Lehrbetriebe seit 1997 – Allgemeine Übersicht und exemplarische Berechnung

Die angespannte Situation am Lehrstellenmarkt seit etwa Mitte der 90er Jahre, die sowohl demographische als auch strukturelle Hintergründe hat, hat zu verschiedensten Maßnahmen mit dem gemeinsamen Ziel, möglichst vielen Jugendlichen eine Ausbildungschance zu bieten, geführt. Unter anderem wurden gesetzliche Änderungen (zum Teil befristet) in Kraft gesetzt, um die Ausbildungsbetriebe zu einem gewissen Teil von den Kosten der Lehrlingsausbildung zu entlasten und so die Rahmenbedingungen der Lehrlingsaufnahme zu attraktivieren. Der nachfolgende Beitrag gibt hierzu einen Überblick über die erfolgten Änderungen sowie über die aktuelle Situation im Bereich der Lohnnebenkosten und beschäftigt sich am Beispiel des eisen- und metallverarbeitenden Gewerbes mit den konkreten Kostenersparnispotentialen des einzelnen Lehrbetriebes.

Dienstgeber- und Lehrlingsanteile bei den Lohnnebenkosten für Arbeiter- und Angestellte-Lehrlinge

Vorausschickend und grundsätzlich gilt es für die Berechnung der Arbeitgeber- und Lehrlingsanteile an den Lohnnebenkosten folgendes zu berücksichtigen:

Lehrlinge sind im allgemeinen bis zum Beginn des letzten Ausbildungsjahres (bei dreieinhalbjähriger Lehrzeit wäre dies z.B. der Beginn des zweiten Halbjahres im dritten Lehrjahr) von der *Arbeitslosenversicherungspflicht ausgenommen*. Für minderjährige Lehrlinge im ersten und zweiten Lehrjahr wurde der Krankenversicherungsbeitrag bis zur mit 1. Juli 1997 in Kraft getretenen Änderung zur Gänze vom Lehrherrn getragen (zu dieser Änderung siehe weiter unten). Für den Lehrling sind keine (weder vom Dienstgeber noch

vom Lehrling) Arbeiterkammerumlage und kein Wohnbauförderungsbeitrag zu entrichten.

Wie für alle Versicherten darf auch der auf den Lehrling entfallende Teil der Sozialversicherungsbeiträge 20 Prozent seiner Geldbezüge nicht übersteigen. Einen allfälligen Unterschiedsbetrag hat der Dienstgeber zu tragen. Der Schlechtwetterentschädigungsbeitrag für Versicherte, die in Betrieben des Bau- und Baunebengewerbes beschäftigt sind und unter den Geltungsbereich des Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetzes fallen, ist für Lehrlinge dieser Gewerbe ebenfalls nicht zu entrichten.

Neuerungen

Zur Entlastung der Lehrbetriebe hat der Gesetzgeber im „*Lehrlingspaket I*“ 1997 die Beitragsentrichtung zur Krankenversicherung der Lehrlinge neu geregelt. Seit 1. Juli 1997 gelten nunmehr folgende Regelungen (§ 57a ASVG)¹:

- Für die Dauer der *ersten zwei Lehrjahre* ist *kein Krankenversicherungsbeitrag* abzuführen (weder Dienstgeber- noch Lehrlingsanteil).
- Für die Dauer des *dritten Lehrjahres* ist der auf den Lehrling entfallende Hälfteanteil des Krankenversicherungsbeitrages abzuführen; *Dienstgeberanteil* ist *keiner* zu entrichten.
- Ab Beginn des (allfälligen) vierten Lehrjahres ist der gesamte Krankenversicherungsbeitrag abzuführen (Dienstgeber- und Lehrlingsanteil).

Die Geltung dieser Regelungen erstreckte sich nicht nur auf neu aufgenommene Lehrlinge, sondern auch auf zum Zeitpunkt des Inkrafttretens bereits beschäftigte. Die bis zu diesem Zeitpunkt gültigen Bestimmungen des reduzierten Krankenversicherungsbeitrages im ersten Lehrjahr und die

¹ Wiener Gebietskrankenkasse: Informationsblatt der Wiener Gebietskrankenkasse, WGKK Info-Service, Nr. 6a, 10. Jahrgang, Wien, Juni 1997.

Entrichtung der Krankenversicherungsbeiträge der ersten zwei Lehrjahre durch den Dienstgeber entfielen und waren folglich nicht mehr anzuwenden.

Zwecks Finanzierung der Krankenversicherung der Lehrlinge wird seit 1. Juli 1997 ein Ergänzungsbeitrag (§ 51c ASVG) von 0,1 Prozent der Beitragsgrundlage der im § 51 Abs. 1 Z 1 lit. a ASVG genannten Dienstnehmer² eingehoben. Sofern diese Dienstgeberbeitragserhöhung mittels Ergänzungsbeitrag den Beitragsausfall bei der Lehrlingskrankenversicherung nicht abdecken sollte, wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten einen 100-prozentigen Ausgleich vornehmen.

Eine weitere abgabenrechtliche Entlastung erfolgte mit Beginn April 1998 durch eine Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, die eine Senkung des *Entgeltfortzahlungsbeitrages* von 2,3 auf 2,1 Prozent der Beitragsgrundlage mit sich brachte.³

² Im wesentlichen handelt es sich dabei um Dienstnehmer, deren Beschäftigung nach dem Angestelltengesetz, dem Gutsangestelltengesetz, dem Journalistengesetz, dem Schauspielergesetz, dem Vertragsbedienstetengesetz bzw. dem Gemeinde- und Landesbedienstetengesetz geregelt ist.

³ BGBl. II Nr. 105/1998 (Verordnung: Festsetzung des Beitragssatzes nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz).

Mit dem „*Lehrlingspaket II*“ 1998 sind zusätzlich folgende Änderungen zur Kostenentlastung der Ausbildungsbetriebe erfolgt:

- Die Verpflichtung der Arbeitgeber, für die Lehrlinge Beiträge zur *Unfallversicherung* zu zahlen, entfällt für das *1. Lehrjahr* für zwischen 1. Juli 1998 bis 31. Dezember 1999 geschlossene Lehrverhältnisse.⁴
- Seit 1. Juni 1998 kann für Lehrlinge im *1. Lehrjahr* ein *Steuerfreibetrag* in der Höhe von ATS 20.000,-- als Betriebsausgabe geltend gemacht werden. Dieser Freibetrag steht dem Lehrbetrieb für jenes Wirtschaftsjahr zu, in welches der Beginn des aufrechten Lehrverhältnisses (nach Absolvierung der Probezeit) fällt.⁵
- Ein weiterer *Steuerfreibetrag* von ATS 20.000,-- kann bei *Ablauf der* im Lehrvertrag festgesetzten *Lehrzeit* oder wenn das Lehrverhältnis durch frühere Ablegung der Lehrabschlussprüfung vorher endet und abermals bei *erfolgreich abgelegter Lehrabschlussprüfung* geltend gemacht werden. Diese Bestimmungen sind erstmalig bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 2000 und nur für Lehrverhältnisse anwendbar, die bis zum 31.12.2002 begonnen haben.⁶

In Summe ist für die Lehrbetriebe damit eine Gesamtinanspruchnahme von Freibeträgen in der Höhe von ATS 60.000,-- möglich.

Durch die abgabenrechtlichen Änderungen der Lehrlingspakete I und II ergeben sich somit im allgemeinen Erleichterungen bei den Dienstgeberanteilen in Prozent der Brutto-Lehrlingsentschädigungen für die Ausbildungsbetriebe wie folgt:

⁴ Wiener Gebietskrankenkasse: Informationsblatt der Wiener Gebietskrankenkasse, WGKK Info-Service, Nr. 7a, 11. Jahrgang, Wien, Juli 1998. Vgl. Parlamentarische Materialien, Nr. 5563/AB XX. GP: Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5878/J betreffend Schaffung neuer Lehrstellen vom 25. Februar 1999.

⁵ Vgl. Budgetbegleitgesetz 1998, BGBl. I Nr. 79/1998, Artikel XIV: Änderung des Einkommenssteuergesetzes 1988, § 124b Z 31; Wirtschaftskammer Österreich (Hg.): Jetzt Lehrlinge ausbilden! – Karriere mit Lehre: Chancen für die Jugend – Chancen für die Ausbildungsbetriebe; Wien, Frühjahr 1999.

⁶ Vgl. Parlamentarische Materialien, Nr. 1766 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP: Regierungsvorlage (Nachdruck vom 16.06.1999), Artikel I: Änderung des Einkommenssteuergesetzes 1988, § 124b Z 31 (Steuerreformgesetz 2000).

1. Lehrjahr: - 8,00 %
2. Lehrjahr: - 8,10 %
3. Lehrjahr: - 4,15 %
4. Lehrjahr: - 0,20 %

Eine detaillierte Übersicht über die aktuellen Dienstgeber- und Lehrlingsanteile bei Lehrlingsentschädigungen für Arbeiter- und Angestellte-Lehrlinge nach Lehrjahren sowie über die im Zuge der Lehrlingspakete erfolgten Änderungen bietet Tabelle 1.

TABELLE 1: Dienstgeber- und Lehrlingsanteile bei Lehrlingsentschädigungen nach Lehrjahren¹
 Änderungen durch die Lehrlingspakete I und II in Kursivsetzung, (Stand: Sommer 1999)

Beiträge, Umlagen und Zuschläge	1. Lehrjahr		2. Lehrjahr		3. Lehrjahr		4. Lehrjahr	
	LL	DG	LL	DG	LL	DG	LL	DG
	in Prozenten der Brutto-Lehrlingsentschädigung							
Pensionsversicherungsbeitrag	10,25	12,55	10,25	12,55	10,25	12,55	10,25	12,55
Krankenversicherungsbeitrag	-	<i>6,40⁴</i>	-	<i>7,90⁴</i>	3,95	3,95⁴	3,95	3,95
Unfallversicherungsbeitrag	-	<i>4,40⁵</i>	-	1,40	-	1,40	-	1,40
Arbeitslosenversicherungsbeitrag	-	-	(²)	(²)	3,00 ³	3,00 ³	3,00	3,00
Insolvenz-Entgeltsicherungszuschlag	-	-	-	(²)	-	0,70	-	0,70
Entgeltfortzahlungsbeitrag	-	2,10 ⁶	-	2,10 ⁶	-	2,10 ⁶	-	2,10 ⁶
Familienlastenausgleichsfonds (ohne DZ)	-	4,50	-	4,50	-	4,50	-	4,50
Kommunalsteuer	-	3,00	-	3,00	-	3,00	-	3,00
Gesamt aktuell	10,25	22,15	10,25	23,55	17,20	27,25	17,20	31,20
Differenz in %-Punkten vor/nach Lehrlingspaket I und II		-8,00		-8,10		-4,15		-0,20

LL = Lehrlingsanteil, DG = Dienstgeberanteil, DZ = Dienstgeberzuschlag

- ¹ Gilt für Arbeiter- und Angestellte-Lehrlinge
- ² Falls 2. Lehrjahr = letztes Lehrjahr oder Anspruch auf Hilfsarbeiterlohn: Dienstgeber und Lehrling entrichten je 3 Prozent Arbeitslosenversicherungsbeitrag, der Dienstgeber zusätzlich 0,7 Prozent Insolvenz-Entgeltsicherungszuschlag => Dienstgeberanteil gesamt = 27,25 Prozent, Lehrlingsanteil gesamt = 13,25 Prozent
- ³ Gilt, wenn 3. Lehrjahr = letztes Lehrjahr oder für 2. Hälfte des 3. Lehrjahres bei 3½-jährigen Lehrberufen oder bei Anspruch auf Hilfsarbeiterlohn; ansonsten entfällt der Dienstgeber- und Lehrlingsanteil des Arbeitslosenversicherungsbeitrages
- ⁴ Mit 1. Juli 1997 ist der Dienstgeberanteil zur Krankenversicherung für die ersten drei Lehrjahre entfallen (Lehrlingspaket I, 1997).
- ⁵ Der Unfallversicherungsbeitrag im 1. Lehrjahr entfällt für zwischen 1.7.1998 und 31.12.1999 geschlossene Lehrverhältnisse (Lehrlingspaket II, 1998).
- ⁶ Mit 1. April 1998 wurde der Entgeltfortzahlungsbeitrag von 2,3 auf 2,1 Prozent reduziert.

Quelle: Wiener Gebietskrankenkasse: Informationsblatt der Wiener Gebietskrankenkasse, WGKK Info-Service, Nr. 6a, 10. Jahrgang, Wien, Juni 1997; Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich: Lohn- und Gehaltsnebenkosten, WIF1-Produkt-Nr. 9901, Wien 1999; ibw-Berechnungen

Fallbeispiel: Eisen- und metallverarbeitendes Gewerbe - Lehrlingsentschädigung, Arbeitskosten, Nettoauszahlung an den Lehrling

Nachfolgend werden die Relationen zwischen Lehrlingsentschädigung, Arbeitskosten des Unternehmens und Nettoauszahlung an den Lehrling am Beispiel eines Lehrlings im dritten Lehrjahr im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe bei dreijähriger Lehrzeit demonstriert. Die *kollektivvertragliche* Lehrlingsentschädigung 1999 beträgt für diesen Fall ATS 9.185,-- (drittes Lehrjahr).

Was kostet nun der Lehrling dem ausbildenden Unternehmen? Anteilig in Prozenten der Brutto-Lehrlingsentschädigung pro Monat hat der Betrieb zusätzlich zu der an den Lehrling auszubezahlenden Lehrlingsentschädigung Dienstgeberbeiträge zu entrichten. Diese betragen für das dritte Lehrjahr - wenn das dritte Lehrjahr gleichzeitig das letzte Lehrjahr ist - in Summe 27,25 Prozent (vgl. Tabelle 1 und Tabelle 2). Unter Berücksichtigung von Weihnachtsremuneration und Urlaubszuschuß haben diese Dienstgeberbeitragsabgaben nicht 12, sondern 14 mal jährlich zu erfolgen. Die Beiträge, Umlagen und Zuschläge, die der Betrieb zu entrichten hat, setzen sich für das dritte Lehrjahr wie folgt zusammen: Pensionsversicherungsbeitrag 12,55 Prozent, Arbeitslosenversicherungsbeitrag 3,00 Prozent (da im Beispiel das 3. Lehrjahr als letztes Lehrjahr angenommen wird), Unfallversicherungsbeitrag 1,40 Prozent, Familienlastenausgleichsfonds (ohne Dienstgeberzuschlag) 4,50 Prozent, Kommunalsteuer 3,00 Prozent, Entgeltfortzahlungsbeitrag 2,10 Prozent und dem Insolvenz-Entgeltsicherungszuschlag von 0,70 Prozent (siehe Tabelle 2).

Ein ausbildendes Unternehmen im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe zahlt demnach als Mindestbetrag 14 mal jährlich rund ATS 11.700,-- für einen Lehrling im dritten Lehrjahr (Tabelle 2). Hieraus resultieren Gesamtkosten in der Höhe von knapp ATS 164.000,-- pro Lehrling im dritten Lehrjahr.

Die in die Berechnung eingegangene Lehrlingsentschädigung ist als Ergebnis von Kollektivvertragsverhandlungen ein „*Mindestlohn*“ und stellt somit eine gesetzliche Untergrenze dar. Überzahlungen sind in diesem Beispiel daher genausowenig berücksichtigt wie Zuschläge jeder Art und etwaige vom Arbeitgeber zu tragende Quartierkosten während der berufsschulischen Ausbildung.

Wieviel bekommt der Lehrling ausbezahlt? Im konkreten Fallbeispiel (eisen- und metallverarbeitendes Gewerbe, drittes Lehrjahr bei dreijähriger Lehrzeit) sind vom Lehrling 17,20 Prozent von seiner Brutto-Lehrlingsentschädigung an Sozialversicherungsabgaben zu entrichten. Diese setzen sich aus 10,25 Prozent Pensionsversicherungsbeitrag, 3,95 Prozent Krankenversicherungsbeitrag und 3,00 Prozent Arbeitslosenversicherungsbeitrag zusammen (siehe Tabelle 2).

Der Lehrling bekommt somit 14 mal jährlich einen Netto-Auszahlungsbetrag von rund ATS 7.600,--.

TABELLE 2:

Exemplarische Darstellung der Dienstgeber- und Lehrlingsanteile
 anhand der kollektivvertraglichen Lehrlingsentschädigung für gewerbliche
 Lehrlinge im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe im 3. Lehrjahr
 eines dreijährigen Lehrberufs 1999

		%	ATS
Gesamtkosten für den Betrieb			11.689
Summe der Dienstgeberanteile (DG 1 bis DG8)		27,25	2.504
↑ zuzüglich	DG 8 Insolvenz-Entgeltsicherungszuschlag	0,70	64
	DG 7 Entgeltfortzahlungsbeitrag *	2,10	193
	DG 6 Kommunalsteuer	3,00	276
	DG 5 Familienlastenausgleichsfonds (ohne DZ)	4,50	413
	DG 4 Unfallversicherungsbeitrag	1,40	129
	DG 3 Arbeitslosenversicherungsbeitrag	3,00	276
	DG 2 Krankenversicherungsbeitrag	**	**
	DG 1 Pensionsversicherungsbeitrag	12,55	1.153
Brutto-Lehrlingsentschädigung (pro Monat)			9.185
abzüglich			
↓	LL 1 Pensionsversicherungsbeitrag	10,25	941
	LL 2 Krankenversicherungsbeitrag	3,95	363
	LL 3 Arbeitslosenversicherungsbeitrag	3,00	276
Summe der Lehrlingsanteile (LL 1 bis LL 3)		17,20	1.580
Auszahlungsbetrag an den Lehrling			7.605

* Der Entgeltfortzahlungsbeitrag wurde mit Beginn April 1998 von 2,3 auf 2,1 Prozent gesenkt.

** Seit 1. Juli 1997 entfällt der Dienstgeberanteil zur Krankenversicherung für die ersten drei Lehrjahre.

Quelle: Kollektivvertrag für Arbeiter im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe 1999; Wiener Gebietskrankenkasse: Informationsblatt der Wiener Gebietskrankenkasse, WGKK Info-Service, Nr. 6a, 10. Jahrgang, Wien, Juni 1997; Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich: Lohn- und Gehaltsnebenkosten, WIFI-Produktnummer 9901, Wien 1999; lbw-Berechnungen

Beispiel der Kostenersparnis für einen Lehrbetrieb im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe durch die Maßnahmen der beiden Lehrlingspakete

Bei dieser exemplarischen Berechnung soll von einem dreijährigen Lehrberuf und einem Lehrbetrieb im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe ausgegangen werden, der in den Genuß sämtlicher Erleichterungen, die die beiden Lehrlingspakete für die ausbildenden Unternehmen brachten, kommt. Dies hat zur Voraussetzung, daß das betrachtete Lehrverhältnis nach dem 1. Juli 1998 geschlossen wurde.

Dadurch entfallen für den Betrieb einerseits die Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung für die ersten drei Lehrjahre⁷ und der Unfallversicherungsbeitrag für das erste Lehrjahr⁸, andererseits reduziert sich der Entgeltfortzahlungsbeitrag von 2,3 auf 2,1 Prozent⁹, und es kann für Lehrlinge im 1. Lehrjahr ein Steuerfreibetrag in der Höhe von ATS 20.000,-- als Betriebsausgabe verbucht¹⁰ sowie bei Ablauf der Lehrzeit und abermals bei erfolgreich abgelegter Lehrabschlußprüfung geltend gemacht werden¹¹.

Dieses Beispiel soll auf Basis der kollektivvertraglichen Lehrlingsentschädigungen im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe für 1999 mit jener Situation verglichen werden, wie sie ohne die Entlastungen der beiden Lehrlingspakete sein würde. Tabelle A-1 im Kapitelanhang zeigt hierzu die Kostensituation auf Basis der Dienstgeberbeiträge vor den beiden Lehrlingspaketen, d.h. vor dem 1. Juli 1997, Tabelle A-2 informiert entsprechend über die Situation seit dem Inkrafttreten des Lehrlingspaketes II. Aufschluß über die Differenz, d.h. über die Höhe der monatlichen und jährlichen

⁷ seit 1. Juli 1997

⁸ für zwischen 1. Juli 1998 bis 31. Dezember 1999 abgeschlossene Lehrverhältnisse

⁹ seit 1. April 1998

¹⁰ seit 1. Juni 1998

¹¹ ab dem Jahr 2000

Entlastung pro Lehrling durch die Reduktion der Arbeitgeberabgaben gibt die nachfolgende Tabelle.

TABELLE 3:

**Kostenersparnis für einen Lehrbetrieb pro Lehrling
durch Senkung der Dienstgeberbeiträge
nach Lehrjahren in ATS**

(Beispiel auf Basis des Kollektivvertrags für Arbeiterlehrlinge im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe 1999)

Dienstgeberanteile	1.	2.	3.	Gesamt (1.-3.Lj)
	Lehrjahr	Lehrjahr	Lehrjahr ¹ in ATS	
Pensionsversicherungsbeitrag	0	0	0	0
Krankenversicherungsbeitrag	326	539	363	1.228
Unfallversicherungsbeitrag	71	0	0	71
Arbeitslosenversicherungsbeitrag	0	0	0	0
Insolvenz-Entgeltsicherungszuschlag	0	0	0	0
Entgeltfortzahlungsbeitrag	10	14	18	42
Familienlastenausgleichsfonds (ohne DZ)	0	0	0	0
Kommunalsteuer	0	0	0	0
Summe	407	553	381	1.341
Kostenersparnis pro Jahr (14 x)	5.698	7.742	5.334	18.774

¹ 3. Lehrjahr = letztes Lehrjahr

Quelle: Kollektivvertrag für Arbeiter im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe 1999; Wiener Gebietskrankenkasse: Informationsblatt der Wiener Gebietskrankenkasse, WGKK Info-Service, Nr. 6a, 10. Jahrgang, Wien, Juni 1997; Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich: Lohn- und Gehaltsnebenkosten, WIFI-Produkt-Nr. 9901, Wien 1999; ibw-Berechnungen

Die abgabenrechtlichen Änderungen und die Maßnahmen der Lehrlingspakete I und II bringen einem Ausbildungsbetrieb im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe pro Lehrling und Monat Kostensenkungen zwischen ATS 407 (1. Lehrjahr), ATS 553 (2. Lehrjahr) und ATS 381 (3. Lehrjahr) auf Basis des für dieses Gewerbe gültigen Kollektivvertrags 1999. Hieraus resultieren unter

Berücksichtigung von Weihnachtsremuneration und Urlaubszuschuß jährliche Einsparungen pro Lehrling von rund ATS 5.700 für das 1. Lehrjahr, ATS 7.700 für das 2. Lehrjahr und ATS 5.300 für das 3. Lehrjahr. Über die ganze Ausbildungszeit eines dreijährigen Lehrberufes wird folglich eine *Kostenreduktion von rund ATS 18.800* erzielt.

Eine weitere Möglichkeit der Entlastung von Ausbildungskosten ergibt sich durch die Geltendmachung der Steuerfreibeträge des Lehrlingspaketes II. Tabelle 4 zeigt die Einsparungsmöglichkeiten des steuerpflichtigen Lehrbetriebes in Abhängigkeit von seiner Steuerleistung.

Methodischer Exkurs:

Wieviel sich ein steuerpflichtiger Lehrbetrieb durch Geltendmachung eines Freibetrages in beliebiger Höhe ersparen kann, ist durch eine einfache Multiplikation der Freibetragshöhe mit dem jeweils höchsten Steuerprozentsatz, der bei der Einkommensbesteuerung des Betriebes zur Anwendung kommt, zu errechnen. Daß zur Berechnung der Entlastung die Kenntnis des anzuwendenden Steuerprozentsatzes genügt, d.h. die Kenntnis der Gewinn- bzw. Einkommenshöhe selbst, aus der ja der relevante Steuersatz resultiert, in der Regel nicht nötig ist, zeigt folgende einfache algebraische Ableitung:

Ersparnis:	x	$x = (y \cdot z) - [(y - FB) \cdot z] \Rightarrow$
Einkommen/Gewinn:	y	$x = z \cdot (y - y - FB) \Rightarrow$
betr. Höchststeuersatz:	z	$x = z \cdot FB$
Freibetrag:	FB	

TABELLE 4:

**Kostenentlastung des Lehrbetriebs pro Lehrling bei einer dreijährigen
Lehrzeit durch die beiden Lehrlingspakete in Abhängigkeit
der Steuerleistung des Betriebes in ATS**

Entlastung durch ...	Einkommenssteuersatz				
	10 %	22 %	32 % in ATS	42 %	50 %
a) DGS 1. Lehrjahr	5.698	5.698	5.698	5.698	5.698
b) StFB 1. Lehrjahr	2.000	4.400	6.400	8.400	10.000
<i>Zwischensumme a+b</i>	7.698	10.098	12.098	14.098	15.698
c) DGS 2. und 3. Lehrjahr	13.076	13.076	13.076	13.076	13.076
<i>Zwischensumme a+b+c</i>	20.774	23.174	25.174	27.174	28.774
d) StFB (zu Ende der Lehrzeit)	2.000	4.400	6.400	8.400	10.000
<i>Zwischensumme a+b+c+d</i>	22.774	27.574	31.574	35.574	38.774
e) StFB (bei erfolgreicher LAP)	2.000	4.400	6.400	8.400	10.000
Gesamtentlastung	24.774	31.974	37.974	43.974	48.774

DGS = Dienstgeberbeitragsenkungen, StFB = Steuerfreibetrag, LAP = Lehrabschlussprüfung

Quelle: Wiener Gebietskrankenkasse: Informationsblatt der Wiener Gebietskrankenkasse, WGKK Info-Service, Nr. 6a, 10. Jahrgang, Wien, Juni 1997; Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich: Lohn- und Gehaltsnebenkosten, WIFI-Produkt-Nr. 9701, Wien 1997 und WIFI-Produkt-Nr. 9901, Wien 1999; Einkommenssteuergesetz 1988; ibw-Berechnungen

Der Blick auf das erste Lehrjahr (Zwischensumme a+b) läßt in Tabelle 4 erkennen, daß unter Berücksichtigung des Steuerfreibetrages von ATS 20.000 Kostensenkungen von rund ATS 7.700 bis rund ATS 15.700 in Abhängigkeit der Steuerleistung eines Lehrbetriebes möglich sind. Selbst in der niedrigsten „Steuerklasse“ ist somit eine Entlastung in Höhe der 1,5fachen Brutto-Lehrlingsentschädigung des ersten Lehrjahres gegeben, womit ein solcher Lehrbetrieb von den Lohnkosten (inklusive Arbeitgeberbeiträge), die ihm der erste Monat des Berufsschulbesuchs eines Lehrlings im 1. Lehrjahr verursacht, entlastet ist.

Tabelle 4 zeigt weiters, daß im vorliegenden Beispiel in Abhängigkeit der Steuerleistung eines Lehrbetriebes eine Kostenentlastung in der Höhe von rund ATS 24.800 (niedrigste Steuerklasse) bis zu rund ATS 48.800 (bei Grenzsteuerbelastung) bei Geltendmachung sämtlicher Freibeträge und unter Berücksichtigung der Erleichterungen durch die Reduktion der Arbeitgeberbeiträge zu erzielen ist. Für Betriebe, die als Kapitalgesellschaften der Körperschaftssteuer (34 Prozent) unterliegen, ergibt sich ein Betrag von rund ATS 39.200.

Mit Inkrafttreten der *Steuerreform 2000* werden neue niedrigere Einkommenssteuersätze Gültigkeit erlangen.¹² Die Einkommenssteuer beträgt dann 0 Prozent für die ersten ATS 50.000 (bisher 10 Prozent), 21 Prozent für die nächsten ATS 50.000 (bisher 22 Prozent für die nächsten ATS 100.000), 31 Prozent für die nächsten ATS 200.000 (bisher 32 Prozent für die nächsten ATS 150.000), 41 Prozent für die nächsten ATS 400.000 (bisher 42 Prozent) und 50 Prozent für alle weiteren Beträge des Einkommens.

Für Ausbildungsbetriebe mit dem bisher niedrigsten Einkommenssteuersatz bedeutet dies eine Reduktion ihrer möglichen Gesamtentlastung von ATS 24.774 auf ATS 18.774 oder um jene ATS 6.000, die aufgrund der gewährten Freibeträge in Summe zu lukrieren waren. Da sie nach der Steuerreform 2000 in dieser „Steuerklasse“ keine Steuern mehr bezahlen, können sie auch keine Steuerfreibeträge geltend machen. Für Betriebe, die sich im (unveränderten) Grenzsteuersatz befinden, ergeben sich keine Veränderungen, und für alle jene, die ihre Einkommensbesteuerung zwischen dem niedrigsten und dem Grenzsteuersatz erfahren, ergibt sich eine Reduktion ihrer Entlastungsmöglichkeiten von je ATS 600, da die entsprechenden Steuersätze jeweils um einen Prozentpunkt gesenkt werden (1 Prozent von der möglichen maximalen Gesamtfreibetragshöhe von ATS 60.000 = ATS 600).

¹² Vgl. Parlamentarische Materialien, Nr. 1766 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP: Regierungsvorlage (Nachdruck vom 16.06.1999), Artikel I: Änderung des Einkommenssteuergesetzes 1988, § 33 Abs.1 (Steuerreformgesetz 2000).

Vergleicht man die Höhe der Gesamtentlastungen für die Ausbildungsbetriebe pro Lehrling (von der Lehrvertragsunterzeichnung bis zur erfolgreichen Lehrabschlußprüfung) mit den Ergebnissen einer Befragung von Lehrbetrieben im Jahre 1995, die für das Gewerbe und Handwerk Nettokosten zu Ende der Ausbildung in der Höhe von rund ATS 32.000 ermittelt hat¹³, würde dies bedeuten, daß, solange die (derzeit teilweise befristeten) Entlastungsmaßnahmen der beiden Lehrlingspakete bestehen, für einen Teil der Lehrbetriebe wieder die Chance gegeben ist, im Hinblick auf Ausbildungsaufwendungen und -erträge am Ende der Lehrzeit ausgeglichen zu bilanzieren.

Voraussetzung einer ausgeglichenen bzw. positiven Bilanz in der Lehrzeit sind – und das darf auch angesichts signifikanter Kostentlastungen der Lehrbetriebe nicht übersehen werden – fachliche Eignung und persönliche Motivation des Lehrlingenden sowie die Modernisierung der Lehrberufe und der Lehrberufsstruktur.

Unabhängig von den Kosten und Erträgen in der Lehrzeit sind die *nach* der Lehrzeit zu erzielenden „*Opportunitäts*erträge“, d.h. die Vorteile, die ausbildende Betriebe z.B. durch geringere Personalrekrutierungs- und Einarbeitungskosten gegenüber nicht ausbildenden Betrieben haben.

¹³ Lassnigg, Lorenz / Peter Steiner: Die betrieblichen Kosten der Lehrlingsausbildung. Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.); Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 67, Wien, Juni 1997, Tabellenanhang S. 12.

TABELLE A-1: Brutto-Lehrlingsentschädigung im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe und Dienstgeberbeiträge nach Lehrjahren

(Beispiel vor den Lehrlingspaketen)

Dienstgeberanteile ¹	1. Lehrjahr		2. Lehrjahr		3. Lehrjahr ³		4. Lehrjahr	
	%	ATS	%	ATS	%	ATS	%	ATS
Pensionsversicherungsbeitrag	12,55	639	12,55	857	12,55	1.153	12,55	1.549
Krankenversicherungsbeitrag	6,40	326	7,90	539	3,95	363	3,95	487
Unfallversicherungsbeitrag	1,40	71	1,40	96	1,40	129	1,40	173
Arbeitslosenversicherungsbeitrag	-	-	-	-	3,00	276	3,00	370
Insolvenz-Entgeltsicherungszuschlag	-	-	-	-	0,70	64	0,70	86
Entgeltfortzahlungsbeitrag	2,30	117	2,30	157	2,30	211	2,30	284
Familienlastenausgleichsfonds (ohne DZ)	4,50	229	4,50	307	4,50	413	4,50	555
Kommunalsteuer	3,00	153	3,00	205	3,00	276	3,00	370
Summe (der Dienstgeberbeiträge (DG))	30,15	1.535	31,65	2.161	31,40	2.885	31,40	3.874
Brutto-Lehrlingsentschädigung ²	100,00	5.090	100,00	6.825	100,00	9.185	100,00	12.340
Gesamt (Brutto-L-ENT + Summe DG)	130,15	6.625	131,65	8.986	131,40	12.070	131,40	16.214

L-ENT = Lehrlingsentschädigung, DG = Dienstgeberbeitrag, DZ = Dienstgeberzuschlag

¹ Stand vor dem 1. Juli 1997

² Brutto-Lehrlingsentschädigungen laut Kollektivvertrag für Arbeiter im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe 1999, gültig von 01.01.1999 – 31.12.1999

³ Das 3. Lehrjahr ist in diesem Bsp. gleichzeitig das letzte Lehrjahr => inkl. Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und Insolvenz-Entgeltsicherung

Quelle: Wiener Gebietskrankenkasse: Informationsblatt der Wiener Gebietskrankenkasse, WGKK Info-Service, Nr. 6a, 10. Jahrgang, Wien, Juni 1997; Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich: Lohn- und Gehaltsnebenkosten, WIFI-Produkt-Nr. 9701, Wien 1997; ibw-Berechnungen

TABELLE A-2: **Brutto-Lehrlingsentschädigung im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe und Dienstgeberbeiträge nach Lehrjahren**
(Beispiel nach den Lehrlingspaketen)

Dienstgeberanteile ¹	1. Lehrjahr		2. Lehrjahr		3. Lehrjahr ³		4. Lehrjahr	
	%	ATS	%	ATS	%	ATS	%	ATS
Pensionsversicherungsbeitrag	12,55	639	12,55	857	12,55	1.153	12,55	1.549
Krankenversicherungsbeitrag	-	-	-	-	-	-	3,95	487
Unfallversicherungsbeitrag	-	-	1,40	96	1,40	129	1,40	173
Arbeitslosenversicherungsbeitrag	-	-	-	-	3,00	276	3,00	370
Insolvenz-Entgeltsicherungszuschlag	-	-	-	-	0,70	64	0,70	86
Entgeltfortzahlungsbeitrag	2,10	107	2,10	143	2,10	193	2,10	259
Familienlastenausgleichsfonds (ohne DZ)	4,50	229	4,50	307	4,50	413	4,50	555
Kommunalsteuer	3,00	153	3,00	205	3,00	276	3,00	370
Summe (der Dienstgeberbeiträge (DG))	22,15	1.128	23,55	1.608	27,25	2.504	31,20	3.849
Brutto-Lehrlingsentschädigung ²	100,00	5.090	100,00	6.825	100,00	9.185	100,00	12.340
Gesamt (Brutto-L-ENT + Summe DG)	122,15	6.218	123,55	8.433	127,25	11.689	131,20	16.189

L-ENT = Lehrlingsentschädigung, DG = Dienstgeberbeitrag, DZ = Dienstgeberzuschlag

¹ Stand: Sommer 1999

² Brutto-Lehrlingsentschädigungen laut Kollektivvertrag für Arbeiter im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe 1999, gültig von 01.01.1999 – 31.12.1999

³ Das 3. Lehrjahr ist in diesem Bsp. gleichzeitig das letzte Lehrjahr => inkl. Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und Insolvenz-Entgeltsicherung

Quelle: Wiener Gebietskrankenkasse: Informationsblatt der Wiener Gebietskrankenkasse, WGKK Info-Service, Nr. 6a, 10. Jahrgang, Wien, Juni 1997; Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich: Lohn- und Gehaltsnebenkosten, WFI-Produkt-Nr. 9901, Wien 1999; ibw-Berechnungen



Literatur- und Quellenverzeichnis

BGBI. II Nr. 105/1998 (Verordnung: Festsetzung des Beitragssatzes nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz).

Budgetbegleitgesetz 1998, BGBI. I Nr. 79/1998, Artikel XIV: Änderung des Einkommenssteuergesetzes 1988, § 124b Z 31.

Kollektivvertrag für Arbeiter im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe 1999.

Lassnigg, Lorenz / Peter Steiner: Die betrieblichen Kosten der Lehrlingsausbildung. Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.); Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 67, Wien, Juni 1997.

Parlamentarische Materialien, Nr. 5563/AB XX. GP: Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5878/J betreffend Schaffung neuer Lehrstellen vom 25. Februar 1999.

Parlamentarische Materialien, Nr. 1766 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP: Regierungsvorlage (Nachdruck vom 16.06.1999), Artikel I: Änderung des Einkommenssteuergesetzes 1988, § 124b Z 31 (Steuerreformgesetz 2000).

Wiener Gebietskrankenkasse: Informationsblatt der Wiener Gebietskrankenkasse, WGKK Info-Service, Nr. 6a, 10. Jahrgang, Wien, Juni 1997.

Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich: Lohn- und Gehaltsnebenkosten, WIFI-Produkt-Nr. 9901, Wien 1999.

Wirtschaftskammer Österreich (Hg.): Jetzt Lehrlinge ausbilden! – Karriere mit Lehre: Chancen für die Jugend – Chancen für die Ausbildungsbetriebe; Wien, Frühjahr 1999.



ADDITAMENTUM II

Arthur Schneeberger

***Modernisierung beruflicher Bildung
als Reaktion auf sozialen und
wirtschaftlichen Wandel***



INHALTSVERZEICHNIS

DER KONTEXT	101
AUF DEM WEG ZU EINER FAST VOLLSTÄNDIGEN BILDUNGSBETEILIGUNG DER JUGENDLICHEN	102
BILDUNGSBETEILIGUNG UND ARBEITSMARKTINTEGRATION IM INTERNATIONALEN VERGLEICH	102
BILDUNGSWEGE NACH DER PFLICHTSCHULE IN ÖSTERREICH	106
OUTPUT DER BILDUNGSWEGE NACH DER PFLICHTSCHULE	107
SEKTORALER UND BERUFLICHER STRUKTURWANDEL	111
KONSEQUENZEN FÜR DIE BERUFLICHE BILDUNG	118
NEUE LEHRBERUFE	118
MODULE UND OFFENE BERUFSBILDER ALS ZUKUNFTSORIENTIERUNG	121
VERTIKALE STUFUNG UND DURCHLÄSSIGKEIT ALS ANSATZ DES LEBENSBEGLEITENDEN LERNENS	124
NEUE BASISQUALIFIKATIONEN FÜR DIE INDUSTRIELLE DIENSTLEISTUNGSGESELLSCHAFT	125
TABELLENANHANG	128
ZUSAMMENFASSUNG	135
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	140



Der Kontext

Die berufliche Bildung in Österreich wird - wie in anderen hochentwickelten Ländern auch - durch langfristige soziale und wirtschaftliche Veränderungen vor Anpassungsprobleme und Herausforderungen gestellt, die eine weitgehende vertikale und horizontale Flexibilität der Ausbildungen erfordern. Insbesondere sind hierbei folgende Veränderungen zu nennen, die neue Antworten auf Seiten des Bildungssystems erfordern:

- Der Trend zur nahezu vollständigen Bildungsbeteiligung der Jugendlichen nach Absolvierung der Schulpflicht.
- Der Strukturwandel in Richtung der technologisch und industriell fundierten Dienstleistungsgesellschaft, der veränderte Beschäftigungsmöglichkeiten und berufliche Anforderungen nach sich zieht.

Ziel der Grundlagenforschung ist es, strukturelle Veränderungen und die damit verbundenen Reaktionen im Berufsbildungsbereich sowie institutionelle Gestaltungsmöglichkeiten anhand der Erfahrungen verschiedener Länder zu studieren und zur Diskussion zu stellen. Die vorliegende Ausarbeitung ist vorläufiges Ergebnis der Analyse der österreichischen Entwicklung und von Überlegungen über zukünftige Optionen. Empirisch beruht die Darstellung auf Analysen von Daten des Mikrozensus, der Schulstatistik und von Vergleichsdaten der OECD.

Auf dem Weg zu einer fast vollständigen Bildungsbeteiligung der Jugendlichen

Bildungsbeteiligung und Arbeitsmarktintegration im internationalen Vergleich

Steigende Bildungsbeteiligung der Jugendlichen ist ein internationaler Megatrend. Im Vergleich zur Mitte der 80er Jahre zeigen aktuelle OECD-Daten einen generellen Wandel zu erhöhter Bildungsintegration nach Absolvierung der Schulpflicht.

TABELLE 1:

Bildungsteilnahme der 14- bis 17jährigen in Prozent, 1985 – 1995

Länder	1985	1995	Differenz
Belgien	91,8	100,0	8,2
Niederlande	93,0	97,4	4,4
Schweden	91,5	97,1	5,6
Norwegen	90,0	96,1	6,1
Finnland	90,1	95,4	5,3
Österreich	86,6	94,5	7,9
Neuseeland	74,1	93,7	19,6
Vereinigte Staaten	92,0	93,0	1,0
Dänemark	90,4	92,9	2,5
Kanada	92,5	92,5	0,0
Schweiz	88,5	91,8	3,3
Vereinigtes Königreich ¹	77,8	89,6	11,8
Spanien	67,3	88,1	20,8
Portugal	46,2	80,6	34,4

¹ Ohne tertiäre Bildung, daher für 1985 zu niedriger Wert

Quelle: OECD 1998; eigene Berechnungen.

Für Österreich wird eine Zunahme der Bildungsteilnahme der 14- bis 17jährigen im Vergleich 1985 bis 1995 von 87 auf 95 Prozent ausgewiesen. Die skandi-

navischen Länder und die Niederlande kommen auf Anteile, die noch 1 bis 2 Prozentpunkte darüber liegen; die USA, Kanada und Dänemark liegen mit 93 Prozent geringfügig darunter.¹

TABELLE 2:

Verteilung der Schüler der oberen Sekundarstufe nach Bildungswegen, 1996

Rangreihung nach dem Anteil beruflicher Bildung

Länder (Auswahl)	Allgemein- bildung	Berufliche Bildung	Verteilung der beruflichen Bildung:	
	%	%	Schulische berufliche Bildung %	Duale berufliche Bildung %
Österreich	24	76	42	34
Deutschland	24	76	24	52
Italien	28	72	72	-
Niederlande	30	70	47	23
Schweiz	31	69	9	60
Belgien	32	68	65	3
Australien	33	67	-	-
Luxemburg	35	65	50	15
Norwegen	42	58	-	-
Vereinigtes Königreich	43	57	-	-
Frankreich	46	54	43	11
Dänemark	47	53	5	48
Finnland	48	52	47	5
Schweden	46	51	-	-
Korea	58	42	42	-
Spanien	61	39	37	2
Neuseeland	62	38	30	8
Griechenland	68	32	32	-
Japan	72	28	28	-
Portugal	74	26	26	-
Irland	80	20	15	5

Quelle: OECD, Education at a Glance, 1998, S. 169.

¹ OECD: Bildungspolitische Analyse 1998, Paris 1998, S. 87.

Global ist der Trend zu weitergehender Bildungsintegration, landesspezifisch dessen Ausprägung. Die Art der Bildungsintegration unterscheidet sich weitreichend nach der *kulturellen* Tradition der Länder. Als wesentlicher Indikator der Differenz kann hierbei der Anteil der Jugendlichen in beruflichen Bildungsgängen herangezogen werden. Dieser Anteil beträgt in Österreich oder in Deutschland 76 Prozent, in Frankreich 54, in Japan aber lediglich 28 Prozent.

Nimmt man die Beschäftigung der Jungerwachsenen zum Prüfstein der Bildungspolitik, so lag Österreich Mitte der 90er Jahre an der Spitze im internationalen Vergleich. Während im Mittel der EU-Länder 10 Prozent der Jungerwachsenen (in der Bevölkerung) ohne Beschäftigung waren, waren es in Österreich nur 3 Prozent. Der Schwerpunkt der Bildungswege nach der Schulpflicht im Bereich der beruflichen Bildung hat sich bislang bewährt.

Der österreichische Weg der Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration der Jugendlichen ist durch Vielfalt der Bildungswege nach der Pflichtschule gekennzeichnet und hat über Jahrzehnte eine erfolgreiche Entwicklung gesichert. Mit dem Auftreten der Lehrstellenlücke Mitte der 90er Jahre ist eine intensive Diskussion über neue und zusätzliche Angebote bzw. Reformmaßnahmen entstanden.² Die OECD vermerkt für 1997 als zentrale Fragen der Bildungspolitik einerseits die Lücke an Ausbildungsplätzen und „the problems which this caused for educational low achievers“³, andererseits die Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen im Zusammenhang mit dem - durch die Budgetkonsolidierung bedingten - restriktiven Einstellungsverhalten im öffentlichen Sektor. Gleichzeitig wird auf bislang gut funktionierende Übergangsmöglichkeiten und die besondere Problematik der Jungerwachsenen ohne Ausbildungsabschluß hingewiesen:

² Siehe dazu: Lorenz Lassnigg / Arthur Schneeberger: Transition from Initial Education to Working Life. Country Background Report (OECD): Austria, Research report commissioned by the Federal Ministry of Education and Cultural Affairs, Vienna, July, 1997, S. 9ff. und 18ff.

³ OECD: Thematic Review of the Transition from Initial Education to Working Life. Interim Comparative Report, DEELSA/ED(98)11, October 1998, S. 29.

„A well organised system of general and vocational education together with an apprenticeship system serving less than 40 per cent of each cohort have so far been able to protect young Austrians from the transition problems experienced in many other OECD countries, such as high rates of unemployment, unstable jobs and ill-defined pathways towards qualified employment.“⁴

TABELLE 3:

Arbeitsmarktintegration der Jugendlichen im europäischen Vergleich, 1995

Länder	Arbeitslosenquote der 15- bis 24jährigen	Anteil der 15- bis 24jährigen Bevölkerung, der arbeitslos ist
Österreich	6	3
Deutschland	9	5
Dänemark	10	7
Niederlande	12	7
Portugal	17	7
Belgien	24	9
Irland	20	9
Schweden	19	9
Frankreich	27	10
Griechenland	28	10
Vereinigtes Königreich	16	10
Italien	33	13
Spanien	43	18
Finnland	38	20
14 EU-Länder ¹	22	10

¹Für Luxemburg keine Daten aufgrund der zu geringen Stichprobengröße

Quelle: OECD, Bildungspolitische Analyse 1998, S. 92.

⁴ OECD: Thematic Review of the Transition from Initial Education to Working Life. Interim Comparative Report, DEELSA/ED(98)11, October 1998, S. 29.

Bildungswege nach der Pflichtschule in Österreich

Die Wege, die Jugendliche nach Absolvierung der Pflichtschule in Österreich beschreiten, haben sich in den letzten Jahrzehnten weitreichend verändert. Nahezu 100 Prozent versuchen heute, in eine Ausbildung zu gelangen. Der direkte Einstieg ins Erwerbsleben und der Verzicht auf eine Ausbildung wird immer seltener.

TABELLE 4:

Bildungswege der Jugendlichen nach Absolvierung der Schulpflicht Schätzung auf der Basis von Schülerzahlen und demographischen Daten

Jahrgang	Lehre / BPS	BMS	BHS	AHS	Nicht in Aus- bildung	Theoretisch vergleichbare Bevölkerung (gerundet)	
	%	%	%	%	%	%	Absolut
1975/76	47,3	16,3	9,1	14,8	12,5	100,0	123.100
1985/86	46,7	15,8	16,3	16,3	4,9	100,0	115.800
1995/96	40,2	14,0	22,7	20,2	2,9	100,0	93.800
1997/98	40,3	13,8	25,5	20,4	n.b.	100,0	99.700*

*Zahl der Schüler der 10. Schulstufe und Lehrlinge im ersten Lehrjahr
n.b. = nicht berechenbar
BPS = Berufsbildende Pflichtschulen

Quelle: Berechnungen nach Daten von BMUKA, AMS/BIQ und WKÖ

Die weitreichende Erhöhung der Bildungsbeteiligung in den letzten Jahrzehnten in Österreich zeigt folgendes Bild:

Soweit statistisch erfaßbar, kann man konstatieren, daß im österreichischen Durchschnitt - bei erheblichen Unterschieden nach Bundesländern - rund 54

Prozent der Jugendlichen nach Absolvierung der Schulpflicht in eine berufsfachliche Erstausbildung (Lehre oder Fachschule) einströmen.

Bereits mehr als ein Viertel der Jugendlichen geht den Weg einer „Doppelqualifizierung“ in einer BHS, welche die Optionen berufliche Bildung und Universitäts- bzw. Fachhochschulzugang zusammen vermittelt.

Die präakademische AHS-Oberstufe vereinigt etwa ein Fünftel der altersmäßig vergleichbaren Wohnbevölkerung auf sich.

Output der Bildungswege nach der Pflichtschule

Ebenso wichtig wie der „Bildungsinput“ ist die Betrachtung des „Bildungoutputs“ der oberen Sekundarstufe (Bildungswege nach der Pflichtschule). Bei den 20- bis unter 25jährigen erreichen - nach Daten für 1998 - heute 83 Prozent ein Abschluszeugnis einer mittleren oder höheren Schule oder einer Lehrlingsausbildung. Hierbei entfallen 49 Prozent auf eine berufsfachliche Erstausbildung (Lehrlingsausbildung oder Fachschulen) und 34 Prozent auf höhere schulische Bildung.

TABELLE 5:

Erreichte Bildung der 20- bis 24jährigen Wohnbevölkerung in Österreich, 1998

Angaben in Zeilenprozenten

Pflichtschule	Lehre	Berufsbildende mittlere Schule	Allgemeinbildende höhere Schule	Berufsbildende höhere Schule	Hochschule u. verwandte Lehranstalten
16,9*	39,2	9,8	17,6	14,9	1,7

*Schätzungsweise 10-12 Prozent mit mehrjähriger schulischer oder dualer Ausbildung, aber ohne Abschluß

Quelle: ÖSTAT, Mikrozensus 1998; (n= 507.400); s. Tab. A-1; eig. Berechnungen

Etwa 17 Prozent der Jungerwachsenen haben keinen Abschluß einer Ausbildung nach Absolvierung der Pflichtschule erreicht. Anzumerken ist, daß die Mehrheit dieser heterogenen statistischen Kategorie sehr wohl jedoch in Ausbildung - sei es in einer Schule oder einem Lehrbetrieb - war. Was fehlt, ist der positive Abschluß. Schätzungsweise 10 bis 12 Prozent fallen in diese statistische Kategorie. Rund 5 Prozent haben keine Ausbildung aufgenommen oder eine solche relativ bald wieder abgebrochen.

Wichtig am Problem des fehlenden Ausbildungsabschlusses ist, daß bei den 30- bis 34jährigen eine Quote von 16,5 Prozent zu verzeichnen ist. Weitere Rückgänge sind also im Vergleich zu den 20jährigen in der Bevölkerung nicht mehr festzustellen, eher Stagnation. Um weitergehenden Anteilen der jungen Menschen Ausbildungen anbieten zu können, die sie auch abschließen, werden neuartige Angebote erforderlich sein (gestufte Bildungsgänge, modulare Elemente, Verbindung von Erstausbildung und Weiterbildung), worauf wir abschließend noch näher eingehen.

TABELLE 6:

Wachstum und Stagnation der weiterführenden Bildungsabschlußquote

Alter in Jahren	Anteil der Wohnbevölkerung <i>ohne</i> weiterführenden Bildungsabschluß in %	Anteil der Wohnbevölkerung <i>mit</i> weiterführendem Bildungsabschluß in %
20 bis 24	16,9	83,1
25 bis 29	16,8	83,2
30 bis 34	16,5	83,5
35 bis 39	20,1	79,9
40 bis 44	24,5	75,5
45 bis 49	30,8	69,2
50 bis 54	30,5	69,5
55 bis 59	36,4	63,6
60 bis 64	48,9	51,1
65 bis 69	52,7	47,3

Quelle: ÖSTAT, Mikrozensus 1998; siehe Tabelle A-1; eigene Berechnungen

Geschlechtsspezifisch zeigt sich für die Ebene der Fachkräftebildung das bekannte Bild einer stärkeren Teilnahme von männlichen Jugendlichen an der dualen Berufsbildung, während die Mädchen stärkere Anteile in den Fachschulen aufweisen. Zusammengenommen ergibt sich jedoch etwa der gleiche Anteil bei den 20- bis 24jährigen. Von den Männern dieser Altersgruppen haben 53,4 Prozent eine berufsfachliche Erstausbildung mit der Verteilung Lehre 47 Prozent und Fachschule 6,4 Prozent; bei den gleichaltrigen Frauen resultiert aus der Verteilung Lehre 31,2 Prozent und Fachschulen 13,2 Prozent ein nahezu gleicher Gesamtwert (44,4 Prozent).

Problematisch an der weiterführenden Ausbildungsintegration der Mädchen ist der zwar leicht gesunkene, aber immer noch relativ hohe Anteil ohne Abschluß (18,2 Prozent). Bei den Burschen steigt der Anteil der Personen in der Wohnbevölkerung ohne Abschluß nach der Pflichtschule im Vergleich der 30- bis 34-jährigen und der 20- bis 24jährigen wieder an: von 11,6 auf 15,5 Prozent.

Dieser Befund ist, wenn man die besondere Arbeitsmarktproblematik der Erwerbspersonen ohne Abschluß berücksichtigt, von weitreichender Bedeutung für die Entwicklung ergänzender Ausbildungsangebote und von Möglichkeiten des Nachholens bzw. der Komplettierung von Erstausbildungen in der Erwachsenenbildung. Die Weiterführung und Komplettierung nicht abgeschlossener Ausbildungen würde durch die Strukturierung von Ausbildungen in Modulen (Zusammenfassung von Ausbildungsinhalten zu sinnvollen Abschnitten oder Bausteinen) erleichtert und motiviert. Aber auch für jene, die eine komplette Ausbildung letztlich nicht bewältigen, würde die Möglichkeit der Anerkennung jener Abschnitte, die sie absolviert haben, verbessert.

TABELLE 7:

**Bildungsstand der männlichen und weiblichen Wohnbevölkerung,
nach ausgewählten Altersgruppen, 1998**
Angaben in Zeilenprozenten

Geschlechts- zugehörigkeit, Alter (Wohn- bevölkerung)	Pflicht- schule	Lehre	Berufs- bildende mittlere Schule	Allge- mein- bildende höhere Schule	Berufs- bildende höhere Schule	Hoch- schule und ver- wandte Lehran- stalten
	%	%	%	%	%	%
MÄNNER						
20-24 Jahre (n=245.600)	15,5	47,0	6,4	16,8	13,1	1,2
25-29 Jahre (n=317.500)	14,0	48,5	6,7	9,6	13,9	7,4
30-34 Jahre (n=368.900)	11,6	50,9	8,8	7,0	12,2	9,5
Über 15j. Wohnbevöl- kerung (n=3,213.300)	26,6	44,4	7,0	6,2	8,4	7,5
FRAUEN						
20-24 Jahre (n=242.300)	18,2	31,2	13,2	18,4	16,7	2,2
25-29 Jahre (n=314.200)	19,7	32,2	13,3	11,4	15,9	7,6
30-34 Jahre (n=351.800)	21,6	33,8	15,2	7,6	11,3	10,6
Über 15j. Wohnbevöl- kerung (n=3,485.000)	42,4	26,2	12,4	6,5	7,2	5,3

Quelle: ÖSTAT, Mikrozensus 1998

Sektoraler und beruflicher Strukturwandel

In der beobachtbaren Qualifikationsstrukturentwicklung im Sinne formaler Bildung schlägt sich der veränderte Bedarf der Wirtschaft, aber auch in einem gewissen Maß der Einfluß des Qualifikationsneuangebotes (also der Bildungsexpansion)⁵ nieder. Aufgrund von sektor- und berufsspezifischen Bildungs- und Rekrutierungstraditionen und -routinen ist aber doch ein relevanter Effekt des beruflichen Strukturwandels auf bildungsspezifische Beschäftigungsmöglichkeiten, berufliche Anforderungen, Bildungsentscheidungen und auch das Ausbildungs- und Rekrutierungsverhalten der Unternehmen zu erwarten. Wirtschaftlicher und beruflicher Strukturwandel sind empirisch evident. So machten Erwerbspersonen in landwirtschaftlichen Berufen und Grundstoffhersteller Anfang der siebziger Jahre noch 20 Prozent der Beschäftigten in Österreich aus; Anfang der neunziger Jahre waren es nur noch etwa 10 Prozent. Anfang der 90er Jahre lassen sich 67 Prozent der Beschäftigten Berufsabteilungen, die - allerdings bei grober kategorialer Zuordnung - fast durchgängig als Dienstleistungsberufe zu klassifizieren sind, zuordnen; Anfang der achtziger Jahre waren es 61 Prozent, Anfang der siebziger Jahre erst 53 Prozent.⁶

Die Entwicklung in den 90er Jahren läßt sich anhand von Mikrozensusdaten (jeweils Jahresergebnisse) der Tendenz nach aufzeigen. Bei insgesamt weiter steigender Zahl an Erwerbspersonen (Zuwachs von 3,4 auf 3,8 Millionen im Vergleich 1987 - 1998) manifestiert sich eine Verschiebung der Berufsstruktur

⁵ Zur Rolle des Bildungsneuangebots für die Höherqualifizierung in Österreich siehe z.B.: Lorenz Lassnigg, Peter Prenner, Peter Steiner: Ausbildung – Beruf – Beschäftigung, in: SWS-Rundschau, 38. Jg., Heft 3, 1998, Wien, S. 292. Die „autonomen“ Effekte der Bildungsexpansion auf die Beschäftigungsentwicklung nach Qualifikationen, die oft unterschätzt werden, zeigt eine Analyse anhand der Volkszählungen (1971 – 1991) in Relation zum Branchen- und Berufsstrukturwandel; siehe dazu: Gudrun Biffi, Hedwig Lutz: Die Zukunft der österreichischen Berufs- und Qualifikationslandschaft. WIFO, Wien, November 1998, S. 28 und 31f.

⁶ Die Zahlen beruhen auf Berechnungen auf Basis der Volkszählungen, zitiert nach: Peter Prenner, Michael Mesch: Beschäftigungstendenzen im österreichischen Dienstleistungssektor 1971-97 (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 70), Wien 1998, S. 41.

in Richtung der Dienstleistungen auf der Basis eines Vergleichs von Erwerbspersonen. Privatwirtschaftlich und öffentlich erbrachte Dienstleistungen sind zwischen 1987 und 1998 im Anteil an den Beschäftigten von 58 auf 66 Prozent gewachsen. In Absolutzahlen bedeutet dies ein Wachstum von fast 516.000 Erwerbspersonen.

TABELLE 8:

Erwerbspersonensaldo nach Berufsabteilungen, 1998 - 1987

Berufsabteilungen (bzw. Berufsobergruppen)	Saldo
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	-62200
Produktionsberufe in Bergbau, Industrie und Gewerbe	-51900
Bauberufe	15300
Elektriker	6100
Maschinisten, Heizer	5800
Spengler, Rohrinstallateure, Metallverbinder	5600
Übrige Metallwarenmacher, Metalloberflächenveredler	1500
Maschineneinrichter, Berufe der maschinellen Metallbearbeitung	1000
Andere Produktionsberufe	-4200
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	-4800
Holzverarbeiter und verwandte Berufe	-5300
Chemie, Gummi, Kunststoff	-5500
Mechaniker und verwandte Berufe, Schmuckwarenmacher	-10800
Schmiede, Schlosser, Werkzeugmacher	-13900
Textil, Bekleidung, Schuhe	-42700
Dienstleistungsberufe	515800
Tourismus, Haushalt, Friseure, Schönheitspfleger u.a. Dienstleistungsberufe	82900
Gesundheitsberufe	77500
Technische Berufe	66900
Übrige Büroberufe, Verwaltungshilfsberufe	61100
Händler, Ein- und Verkäufer; Handelsvertreter, Werbefachleute, Vermittler und verwandte Berufe	57400
Lehrer und Erzieher	44900
Kulturberufe, Sozialberufe u.a.	40300
Verwaltungs- und Rechtsberufe, Buchhalter, Kassiere u. verwandte Berufe u.a.	36300
Rauchfangkehrer, Gebäudereinigung, Chemischputzer und andere Reinigungsberufe	25300
Verkehrs- und Nachrichtenverkehrsberufe u.a.	23200
Anderes	-7300
Erwerbspersonenzuwachs insgesamt	394300

Quelle: ÖSTAT; Mikrozensus; eigene Berechnungen, siehe Tabellenanhang

Im gleichen Zeitraum hat sich der Produktionssektor von 32 auf 27 Prozent im Anteil an den Erwerbspersonen reduziert. In Absolutzahlen macht dies allerdings nur einen Rückgang von knapp 52.000 Erwerbspersonen aus. Grund hierfür ist die gestiegene Erwerbspersonenzahl insgesamt (+394.000 Zuwachs im Vergleich 1987 - 1998). Der Beschäftigungsrückgang in den Produktionsberufen bedarf aber einer Differenzierung. Führt man die Analyse über die Berufsabteilung hinausgehend nach Berufsobergruppen durch, so zeigen sich für Bau- und Baunebengewerbeberufe, Maschinisten, Maschineneinrichtern, Metallwarenmachern und -oberflächenveredlern wachsende Absolutzahlen an Erwerbspersonen im Beobachtungszeitraum.

Der Strukturwandel der Beschäftigung in Richtung Dienstleistungen lässt sich neben der Beschreibung nach Berufen ebenso nach Wirtschaftssektoren und -abschnitten aufzeigen. In sektoraler Betrachtung zeigt sich primär der quantitative Beschäftigungsverlust des Primärsektors. Der Anteil des sekundären Sektors war auch Anfang der 90er Jahre mit 36 Prozent der Beschäftigten relativ hoch, der Tertiärsektor legte zunehmend stärker zu, wenn man die Entwicklung in den Zehnjahressprüngen verfolgt: 29,5 Prozent der Beschäftigten (1951), 35,2 Prozent (1961), 41,9 Prozent (1971), 50,5 Prozent (1981) und 58,6 Prozent (1991).⁷

Bei der Darstellung der neuesten Entwicklung spielen auch *kategoriale Veränderungen* der Statistik eine gewisse Rolle, ohne aber das Ergebnis wesentlich zu beeinflussen. Auf Basis der neuen Klassifikation (ÖNACE 1995) ergibt sich für 1997 ein Anteil von 68 Prozent an unselbständig Beschäftigten im Dienstleistungssektor in Österreich insgesamt.⁸ Quantitativ wichtig an der neuen

⁷ Die Zahlen beruhen auf Berechnungen auf Basis der Volkszählungen, zitiert nach: Peter Prenner, Michael Mesch: Beschäftigungstendenzen im österreichischen Dienstleistungssektor 1971-97 (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 70), Wien 1998, S. 23.

⁸ Siehe dazu: Peter Prenner, Michael Mesch: Beschäftigungstendenzen im österreichischen Dienstleistungssektor 1971-97 (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 70), Wien 1998, S. 102.

Klassifikation⁹ ist z.B. die Zurechnung der *Kraftfahrzeugreparatur und -wartung zum Handel* und damit zum Dienstleistungssektor.

Internationale Vergleichsdaten lassen auf weitere Verschiebungen in Richtung Dienstleistungssektor schließen. Bereits 1996 wies die OECD Tertiärquoten z.B. für die USA, Kanada, Australien und die Niederlande von 72 bis 74 Prozent aus; auch andere hochentwickelte Länder, wie Schweden, Norwegen oder Belgien kommen auf etwas über 70 Prozent der Erwerbstätigkeit im Dienstleistungssektor.

Für Österreich liegen *mittelfristige* Prognosedaten vor¹⁰. Diese sind nicht nur im Hinblick auf das weitere Dienstleistungswachstum, sondern auch im Hinblick auf eine wesentliche Differenzierung der zu erwartenden Beschäftigungsentwicklung im Produktionssektor aufschlußreich. Interessant ist hierbei zunächst, daß der weitere Tertiärisierungsprozeß der Beschäftigung innerhalb der Sachgüterproduktion in der Projektion von gegensätzlichen Entwicklungen gekennzeichnet ist, da der Technologiesektor seinen Beschäftigtenanteil von 6,5 auf 6,6 Prozent erhöhen dürfte, während die übrigen Abschnitte des sekundären Sektors weiter schrumpfen sollten. In Summe würde der Beschäftigtenanteil der Sachgüterproduktion im Jahr 2002 auf unter 20 Prozent sinken (siehe Tabelle 9).

Berücksichtigt man die sektor- und berufsspezifischen Qualifikationsstrukturen, die von funktionalen Bedarfen mitbestimmt sind (siehe Tabelle A-3a), und die Wahrscheinlichkeiten der sektor- und branchenspezifischen Beschäftigung je nach Bildungswegen (siehe Tabelle A-3b), so wird der Veränderungsdruck, der

⁹ Seit 1995 wird die ÖNACE-Klassifikation anstelle der früheren „Betriebssystematik 1968“ verwendet. Wesentlich dabei erscheint z.B., daß nunmehr Kfz-Reparatur, Tankstellen, Reparatur von Gebrauchsgegenständen, Reparatur von Büromaschinen u.a. nicht mehr Wirtschaftsklassen der Sachgüterproduktion, sondern Wirtschaftsabschnitten des Handels und der Dienstleistungen zugeordnet werden.

¹⁰ Quelle: WIFO-Datenbank, siehe dazu: AMS-Österreich: Arbeitsmarktvorschau 1999, Endbericht, Wien, 1999, S. 198.

auf das Erstausbildungssystem gerichtet ist, verständlich. Von den 1,6 Millionen berufstätigen Lehrabsolventen 1998 waren 39 Prozent in Produktionsberufen tätig, deren Beschäftigung sich bei interner Differenzierung nur zu einem kleinen Teil als stabil oder wachsend erwiesen hat. Weitere Schwerpunkte sind in den distributiven und den freizeit- und haushaltsbezogenen Dienstleistungsberufen, aber auch den Verwaltungs- und Büroberufen gegeben. In Zukunft werden Ausbildungen stärker als in der Vergangenheit in die Dienstleistungen hineinführen müssen, soll die duale Ausbildung nach wie vor etwa 4 von 10 Jugendlichen eine Ausbildung in der Praxis und der Teilzeitberufsschule bieten können.

Die Fachschulen, die stärker von den Mädchen frequentiert werden, führen zu 90 Prozent in Dienstleistungsberufe, hierbei zu einem hohen Anteil in öffentliche und soziale Dienstleistungssektoren. Ihr Beitrag zur Überleitung von der Pflichtschule ins Erwerbsleben wird aufgrund des anhaltenden Wachstums einschlägiger Berufe kaum zurückgehen können, zumal Lehrlingsausbildungen dabei oft schon aus Altersgründen nicht möglich oder auch nicht sinnvoll sind; viele Ausbildungen sind auch erst für Erwachsene konzipiert. Die BHS hat ebenfalls ihre Schwerpunkte in den Dienstleistungsberufen, wobei der hohe Anteil in den technischen Berufen im Vergleich zu den anderen Bildungswegen auffällt (siehe Tabelle A-3b).

TABELLE 9:

Unselbständig Beschäftigte nach Branchen, 1997 - 2002

Wirtschaftssektor/Branche	Beschäftigte 1997	Beschäftigte 2002	1997/2002 in %-Punkten
<i>Land- und Forstwirtschaft, Energie, Wasser</i>	1,9	1,7	-0,2
Versorgungsindustrie	3,6	3,2	-0,4
Grundstoffindustrie	3,0	2,8	-0,2
Bekleidung	1,5	1,3	-0,2
Sonstige Sachgüterproduktion	6,0	5,7	-0,3
Technologiesektor	6,5	6,6	+0,1
<i>Sachgüterproduktion</i>	<i>20,6</i>	<i>19,7</i>	<i>-0,9</i>
<i>Bau- und Baunebengewerbe</i>	<i>8,7</i>	<i>8,2</i>	<i>-0,5</i>
Handel, Lagerung, Instandhaltung, Reparatur	15,7	15,6	-0,1
Beherbergungs- und Gaststätten- wesen	4,7	4,6	-0,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	7,3	7,3	0,0
Geld- und Kreditwesen	3,6	3,5	-0,1
Wirtschaftsdienste	6,7	8,4	+1,7
Öffentliche Verwaltung, Sozial- versicherung	15,4	15,5	+0,1
Unterricht und Forschung	3,8	3,9	+0,1
Gesundheit, Veterinär-, Sozialwesen	4,5	4,7	+0,2
Sonstige öffentliche und private Dienste	4,3	4,8	+0,5
<i>Dienstleistungen</i>	<i>65,9</i>	<i>68,2</i>	<i>+2,3</i>
Alle Wirtschaftsklassen	97,1	97,7	+0,6
Präsenzdiener und Karenzgeld- bezieherinnen	2,9	2,3	-0,6
Unselbständig Beschäftigte insgesamt	100,0 (n=3,055.600)	100,0 (n=3,172.500)	--

Quelle: Berechnungen nach Daten aus: Arbeitsmarktservice Österreich,
Arbeitsmarktvorschau 1999, Endbericht, Wien, Februar 1999, S. 198

Konsequenzen für die berufliche Bildung

Neue Lehrberufe

Konsequenz des Strukturwandels ist der Anpassungsbedarf in der Erstausbildung. Am deutlichsten wird dies in der Ausbildung für die Informatikberufe. Wie zuvor z.B. in der Elektrotechnik oder der Mechanik findet heute eine breite Umsetzung der auf Ingenieurebene errungenen technischen Innovation auf der Fachkräfteebene statt. Ein zahlenmäßig stark steigender Bedarf an Installations- und Instandhaltungsaufgaben in der IT-Branche erfordert eine breite Ausbildung von Technikern. Zu lange hat man in Österreich den Informatikerbedarf zu eng an die Ingenieurberufe gebunden. Internationale Erfahrungen zeigen aber, daß es einen breiten Bedarf an Informatikfachkräften gibt, die primär mit Wartungs- und Reparaturaufgaben befaßt sind und über eine Lehrlingsausbildung oder eine Fachschule herangebildet werden können.

Erste Erfolge sind hierbei zu verzeichnen. So wurden 1998 die neuen Lehrberufe „EDV-Techniker“, „EDV-Kaufmann“ und „Medienfachmann – Medientechne“ sowie „Medienfachmann – Medientechnik“ eingeführt.¹¹ Weitere neue Lehrberufe zur Umsetzung der Informations- und Kommunikationstechnik auf Ebene der Erstausbildung sind in Vorbereitung. Kaum bekannt ist, daß im Herbst 1999 erstmals eine BMS für Informatik in Österreich eröffnet wurde. Der Aufbau von Ausbildungskapazitäten in Betrieben und Fachschulen ist in der IT-Branche deshalb so schwierig, weil ein drastischer Engpaß an Spezialisten zu einem noch größeren Engpaß bei Trainern und Lehrern führt.

Die augenfälligste Konsequenz des wirtschaftlichen und beruflichen Strukturwandels war die veränderte sektorale Struktur der Lehrlingsausbildung. Der Lehrstellenrückgang in der Industrie läßt sich weitgehend als Anpassung von Ausbildungskapazitäten an den zukünftigen Personalbedarf interpretieren. Aber

¹¹ BMwA: Berufsbildungsbericht 1999, Wien, 1999, S. 46ff.

auch im Handel - obgleich insgesamt die Beschäftigung in Handelsberufen nicht gesunken ist - ist ein überdurchschnittlicher Rückgang der Lehrstellen zu verzeichnen. Hier ist die Forcierung von flexiblen Lehrberufen dringend angezeigt, die stärker auf branchenspezifische Bedarfe eingehen (z.B. Baustoffachhandel) und generell stärker den Verkäufer/Berater gegenüber dem Kaufmann betonen. Der Rückgang dürfte allerdings auch mit der steigenden Absolventenzahl von berufsbildenden kaufmännischen und wirtschaftsorientierten berufsbildenden Schulen als Alternativvariante der Personalrekrutierung zu erklären sein.

TABELLE 10:

Entwicklung der Lehrlingszahl nach Sektionen

Jahr	Gewerbe u. Hand- werk	Industrie	Handel	GKV	Verkehr	Touris- mus u. Freizeit- wirtschaft	Nicht- kammer- bereich	Nicht- kammer- bereich §§ 29 u. 30	Gesamt
1990	76120	21815	26352	687	2689	13941	3912	0	145516
1996	68942	13837	19006	699	1770	11589	4089	0	119932
1998	69092	14442	18925	786	2065	13031	5255	1903	125499
Index									
1990	100	100	100	100	100	100	100	0	100
1996	91	63	72	102	66	83	105	0	82
1998	91	66	72	114	77	93	134	0	86

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Lehrlingsstatistik; ibw-Berechnungen

Der Strukturwandel der Beschäftigung nach Branchen und Berufen, aber auch die Breite der Bildungsbeteiligung nach der Pflichtschule und nicht nur demographische Überlast¹² erfordern zunehmend den Aufbau von neuen Lehrbe-

¹² Auch die OECD betont die strukturellen und curricularen Antworten, die auf den Wandel der Wirtschaft und der Berufstätigkeiten gefunden werden müssen, vgl.: OECD: Bildungspolitische Analyse 1998, Paris, 1998, S. 50ff.

rufen und zum Teil auch von Fachschulen für die wachsenden Sektoren, aber auch die Förderung und Festigung von fachübergreifenden Basis- und Schlüsselqualifikationen, sei es im kognitiven oder im sozialen Verhalten, die mit den steigenden Dienstleistungsanteilen in der Beschäftigung zusammenhängen.

Im Bereich der Lehre geht es im Hinblick auf Ausbildungsberufe um die

- Entwicklung neuer Berufe im Dienstleistungsbereich (IT-Berufe, aber auch im Handel und bei den persönlichen Dienstleistungen) und die
- Entwicklung zweijähriger Lehrberufe mit Aufbaumöglichkeiten.

In den 1997 und 1998 eingeführten neuen Lehrberufen wurden per 31. 5. 1999 insgesamt 2.139 Lehrverträge gezählt. Rund 1.600 Betriebe haben in den neuen Lehrberufen bei den Lehrlingsstellen ein Verfahren zur Feststellung der Ausbildungseignung beantragt. Bei den 1998 eingeführten Lehrberufen liegt der „Bankkaufmann“ an erster Stelle, gefolgt vom „EDV-Techniker“, dem „Gartencenterkaufmann“ und dem „EDV-Kaufmann“.¹³ Dringend gefordert wurde von Seiten der Wirtschaftskammer die baldige Umsetzung des Lehrberufes „Fleischer“ mit zwei Fachrichtungen „Verarbeitung“ und „Verkauf“. Speziell für die Fachrichtung „Verkauf“ rechnet die Fleischerinnung mit einem Bedarf von 200 bis 300 Lehrlingen (bei Fleischern und Handelsketten zusammengekommen).

Trotz aller Erfolge mit den neuen Lehrberufen muß darauf hingewiesen werden, daß ein gravierendes Problem bislang noch nicht gelöst werden konnte. Alle Versuche zur Einführung von kurzen Lehrberufen sind bislang gescheitert. Zum Zwecke der Verbreiterung des Ausbildungsangebotes wäre es aber sinnvoll und notwendig, eine gewisse Anzahl an vereinfachten Varianten von bestehenden Lehrberufen einzurichten. Wichtig wäre dabei auch eine gewisse Flexibilität bei der Ausbildungsdauer dieser einfachen Lehrberufe. Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß die Lehrzeit kürzer ist als die des umfassenden

¹³ Siehe dazu: Berufsbildungsbericht 1999, a.a.O., S. 46.

Lehrberufes, weil auch nur ein Teil des Berufsbildes ausgebildet wird. Es sollte aber berücksichtigt werden, daß gerade Lehrlinge mit Lernschwierigkeiten unter Umständen länger brauchen, um ihren Beruf zu erlernen. Auch darf die Notwendigkeit einer gewissen Übungszeit nicht unterschätzt werden. Es sollte deshalb die Möglichkeit vorgesehen werden, die Lehrzeit im Bedarfsfall (bei Lernschwierigkeiten oder im Einvernehmen) verlängern zu können.

Module und offene Berufsbilder als Zukunftsorientierung

Langfristig wird auch an der curricularen Struktur der dualen Ausbildung angesetzt werden müssen, um ein breites und flexibles betriebliches Ausbildungssystem nach der Pflichtschule zu erhalten, das auf die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen reagiert und dabei schrittweise Anpassungen versucht und erprobt. Hierbei ist vor allem an folgende Aspekte zu denken:

- modulare Fassung der Ausbildungsinhalte
- Entwicklung flexibler Berufsbilder mit Kern- und Erweiterungsbereichen

Modularisierung meint die Aufteilung von Ausbildungen in einzelne Bausteine (Module). Um ein Beispiel zu geben: Die Inhalte eines Lehrberufes könnten in etwa 15 Modulen zusammengefaßt werden, von denen wiederum etwa 10 Module zum Kernbereich zählen und *im Regelfall* in den ersten zwei Jahren zu erlernen sind. Dieser Ansatz soll aber keineswegs bis zu einer Auflösung von Berufsausbildung in eine Summe von Weiterbildungskursen führen. Es geht um eine „gemäßigte“ Modularisierung, welche das Berufskonzept zwar verändert, flexibler macht, aber nicht zur Gänze verabschiedet.

Die Vorteile einer *Modularisierung im Rahmen des Berufskonzeptes* liegen vor allem darin, daß eine größere Flexibilität im Ausbildungsangebot und im Lernen zu erreichen ist. Dies involviert Vorteile für die Jugendlichen und die Betriebe.

- So könnten Einstiegs- und Kernmodule und aufbauende Module der branchenspezifischen Spezialisierung, aber auch der Höherqualifizierung angeboten werden.
- So könnten sich durch die Modularisierung durchaus mehr Betriebe als ohne diese an der Lehrlingsausbildung beteiligen. Fehlende Module könnten im Ausbildungsverbund oder in einer Weiterbildungseinrichtung gemacht werden.
- Auf Seite der Jugendlichen sind ebenso verbesserte Möglichkeiten auszumachen: gestufte Einstiegs- und Aufbaumöglichkeiten – entsprechend der Neigungen und Fähigkeiten bzw. deren Wandel.
- Auch die Korrekturmöglichkeit eines eingeschlagenen Weges ist für die Jugendlichen leichter möglich als bei nicht modular strukturierten Ausbildungen.

Modularisierung im Rahmen des Berufskonzeptes erhöht die Möglichkeiten, entsprechend den eigenen Befähigungen, Neigungen und Interessen zu lernen, aber auch die branchenspezifischen Qualifikationsbedarfe rascher und besser zur Geltung zu bringen. Ausbildungsphasen und Bindungen werden kürzer, ohne dabei Diskontinuität zu erzeugen. Diese Flexibilisierung ist sowohl für Dienstleistungs- als auch Produktionsberufe von Bedeutung. In der Vergangenheit haben zum Teil Doppellehren die Funktion bedarfsspezifischer Kombinationen erfüllt. Im Handel zeigen sich in den letzten Jahren zunehmend Bedarfe von branchenspezifischen Ausbildungen, die auf eine breite Handelsausbildung aufsetzen (z.B. EDV-Verkäufer, Gartencenterkaufmann, Baustofffachhändler, Sportartikelmonteur, Fleischverkäufer u.a.). Auch in Produktionsberufen werden „hybride“ Qualifikationen (z.B. Metall-Elektro) und branchen- bzw. firmenspezifische Spezialisierung und Zusatzkenntnisse auf der Basis solider fachlicher Kernausbildung immer wichtiger und auch zum Teil bereits umgesetzt.¹⁴

¹⁴ Siehe dazu: Arthur Schneeberger: Aktuelle Entwicklungen der dualen Ausbildung in Österreich. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Duale Berufsausbildung

Das Berufskonzept sichert den Jugendlichen den Einstieg in eine ganzheitliche Erstausbildung, die eine gewisse Breite und überbetriebliche und überregionale Anerkennung des Zertifikates sichert. Die zugrundeliegenden Berufsbilder sind in der Regel das Ergebnis langwieriger Ausarbeitung von Fachexperten und der Verhandlungen der Sozialpartner. Damit ist ein hoher Grad an Verlässlichkeit zu erreichen. Wie steht es aber mit der Flexibilität der Berufsbilder angesichts des raschen Wandels der beruflichen und technischen Anforderungen?

Das Modularisierungskonzept ist ein Ansatz zur Flexibilisierung und Modernisierung der Ausbildungen.¹⁵ Will man aber gleichzeitig die Vorteile der Beruflichkeit von Ausbildung nicht aufgeben, braucht man zusätzlich zur Modularisierung ein *offenes Konzept der Beruflichkeit*.¹⁶ Ein solches sollte mit einer Grund- oder Kernausbildung, die etwa zwei Jahre dauern könnte, beginnen, und den Rest der Lehrzeit für Spezialisierungen vorsehen.

Mit dem offenen, flexiblen Berufskonzept könnte das Problem der Lösbarkeit problematischer Lehrverhältnisse organisatorisch überwunden werden, wenn keine 100prozentige Automatik der Verlängerung nach Absolvierung der Kern-

an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend, Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen. Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz. 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn 1999, S. 49ff.

¹⁵ Aufgrund der Herkunft des Konzepts aus der angelsächsischen Bildungstradition waren anfänglich scharfe Kontroversen in der deutschsprachigen Bildungsforschung nahezu erwartungsgemäß. Allgemein zur Thematik siehe u.a.: Rolf Dubs: Berufliches Lernen im Wandel? Aktuelle Entwicklungstendenzen in der Berufsbildung. In: Dieter Euler (Hrsg.): Berufliches Lernen im Wandel – Konsequenzen für die Lernorte? Dokumentation des 3. Forums Berufsbildungsforschung 1997 an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, (=Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 214), Nürnberg, 1998, S. 21ff.; Philipp Gonon: Modularisierung als reflexive Modernisierung. In: Dieter Euler (Hrsg.): Berufliches Lernen im Wandel – Konsequenzen für die Lernorte?, a.a.O., S. 305ff.

¹⁶ In diese Richtung weisen für Deutschland Vorschläge von Gerald Heidegger und Felix Rauner von der Universität Bremen im Rahmen des Gutachtens „Reformbedarf in der beruflichen Bildung“ für das Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Oktober 1997, S. 10 u. 21.

ausbildung (etwa 2 Jahre) gegeben wäre. Hier könnten Bedingungen der automatischen Verlängerung definiert werden.

Zudem würde das flexible Berufskonzept und die modulare Zusammenfassung von Ausbildungsinhalten eine neuartige Verkoppelung von Aus- und Weiterbildung ermöglichen. Insbesondere könnten nicht komplettierte berufliche Ausbildungen auch im Rahmen der Erwachsenenbildung fortgesetzt und abgeschlossen werden. Für jene fast 17 Prozent der Bevölkerung in Österreich, die ohne Abschluß nach der Pflichtschule verbleiben, könnte die Modularisierung einerseits die Teilzertifizierung jener Abschnitte der Ausbildung, die bewältigt wurden, ermöglichen, andererseits die spätere Fortsetzung und Komplettierung.

Nicht zuletzt kann eine moderate Modularisierung eine Annäherung der deutschen und der angelsächsischen Berufsbildungstraditionen, also des Berufskonzepts und der modularen Further Education, in der Zukunft erbringen. Es gibt bereits Konzepte eines EURO-Apprenticeship, das auf europäische Mobilität in Ausbildung und Berufstätigkeit gerichtet ist. Mit 1. 1. 2000 soll in allen Ländern der Europäischen Union der „EURO-PASS-Berufsbildung“ eingeführt werden. Dieser soll im Inland und Ausland erworbene berufliche Bildung nachweisen und international transparent machen. Auch hierfür ist die modulare Fassung von Ausbildung in flexiblen Berufsbildern eine passende Orientierung.

Vertikale Stufung und Durchlässigkeit als Ansatz des lebensbegleitenden Lernens

Mit der Berufsreifeprüfung ist ein wesentlicher Modernisierungsschritt im österreichischen Bildungssystem gelungen. Zumindest 3.000 Personen sind derzeit in Vorbereitungskursen.

Während die „vertikalen“ Aufbaumöglichkeiten nach Lehre und Fachschule damit verbessert sind, fällt es viel schwerer, „Eingangsstufen“ vor der heutigen Erstausbildung einzurichten. Eine Stufe vor der Fachausbildung hat naturgemäß weniger öffentliche Attraktivität, ist aber für die Schaffung von Ausbil-

dungsmöglichkeiten für die Jugendlichen ebenso wichtig. Um der gestiegenen Bildungsbeteiligung gerecht zu werden, ist eine neuartige „Eingangsstufe“ von großer Bedeutung.

Berufliche Bildung im Zeitalter des lebensbegleitenden Lernens bedarf der Aufbaumöglichkeiten von einfachen fachlichen Tätigkeiten bis hin zu hochqualifizierten Abschlüssen. Diese umzusetzen, ist eine der zentralen mittelfristigen Herausforderungen der Berufsbildungspolitik. Stufung der beruflichen Bildung ist ein allgemeiner international zu beobachtender Bedarf der Modernisierung der Qualifizierung, wie z.B. die Reformen in den Niederlanden zeigen.¹⁷

Neue Basisqualifikationen für die industrielle Dienstleistungsgesellschaft

Auf der Basis der Einschätzung von Vermittlungsexperten des Arbeitsmarktservice¹⁸ kann man zwei wesentliche Gründe für Vermittlungshindernisse am Lehrstellenmarkt konstatieren: Mangelnde Ausbildungsvoraussetzungen der Bewerber, Mangel an Lehrstellen in Wunschberufen. Die Mängel in den Ausbildungsvoraussetzungen können schulischer Art sein und sich z.B. in fehlenden Grundkenntnissen niederschlagen, sie können aber auch in der persönlichen Reife der Jugendlichen liegen. Auch die Frage der beruflichen Orientierung und der Klarheit der Ausbildungs- und Berufswahl sind zu beachten. Maßnahmen zur Förderung der Basisqualifikationen, die für die Bewältigung einer Lehre oder Fachschule notwendig sind, werden zunehmende Bedeutung gewinnen, da sich die beruflichen Anforderungen in den meisten Tätigkeitsfeldern eher erhöht als reduziert haben. Mit dem Strukturwandel verschwinden immer mehr Jobs, die

¹⁷ Siehe dazu: Fons van Wieringen: Systembedingungen für neuen Qualifikationsbedarf und neue Ausbildungsberufe in den Niederlanden. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend, Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen. Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz. 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn 1999, S. 53ff.

¹⁸ Maria Hofstätter, Hans Hrudá, Ewald Rosenthal: Lehrstellensuche aus Sicht der Jugendlichen und der AMS-BeraterInnen. Eine empirische Untersuchung zur derzeitigen Lage auf dem Lehrstellenmarkt und zur Sicht der Betroffenen, Wien, April 1997, S. 7. u. 56ff.

relativ geringe schulische Voraussetzungen haben, z.B. in der Landwirtschaft. Die Ausbildungsvoraussetzungen werden daher zu einer Schlüsselstelle im Übergang von der Pflichtschule zu Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit.

Die Frage einer „minimum learning platform for all“¹⁹ ist in Europa ein viel beachtetes Thema der Berufsbildungsforschung. Das bloße Durchlaufen der Pflichtschule - auch bei noch genügender Beurteilung - reicht in der technologisch fundierten Industrie- und Dienstleistungswirtschaft immer weniger aus, um Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit zu erreichen. In den USA werden Basisqualifikationen diskutiert, die ein High-School-Absolvent haben sollte, um z.B. als Facharbeiter in der Autoindustrie auf heutigem Technologiestand eingeschult zu werden.²⁰

Wesentlich hierbei sind, wie man in Anlehnung an die Ergebnisse Murnane / Levy formulieren kann, vor allem ...

- ... schulische Voraussetzungen (etwa die solide Beherrschung des Stoffes der 8. Schulstufe in Mathematik und Deutsch),
- ... angewandte Problemlösungskompetenz auf diesem Level (Lösung z.B. von einfachen Textbeispielen in der Mathematik),
- ... zunehmend soziale Kompetenz (Kommunikation in der Gruppe, Teamfähigkeit)
- ... und erste Erfahrungen mit EDV (etwa auf dem Niveau der Nutzung von Textverarbeitung).

Einerseits wird heute in der Öffentlichkeit erwartet, daß alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz angeboten bekommen, andererseits liegt die Frage der Vor-

¹⁹ Hilary Steedman: Low Skills - How the Supply is Changing Across Europe. CEDEFOP, Contribution to Cedefops's reference publication on 'European trends in occupations and qualifications', 1998, forthcoming.

²⁰ Richard J. Murnane / Frank Levy: Teaching The New Basic Skills. New York, The Free Press, 1996, p. 31ff.

aussetzungen für eine berufsfachliche Erstausbildung in einem Betrieb oder einer Fachschule noch im Dunkeln; auch die Frage der erforderlichen Ausweitungen und Veränderungen des Angebotes nach der Pflichtschule wird erst ansatzweise zur Kenntnis genommen. De facto wird aber die Schulleistung zum entscheidenden Auswahl- und Erfolgskriterium, wie Lehrstellenannoncen, aber auch die Verbleibsanalysen zur dualen oder vollzeitschulischen Berufsbildung zeigen.

Tabellenanhang

TABELLE A-1:

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen und formaler Bildung 1998, Angaben in Zellenprozenten

Alter in Jahren	Pflichtschule	Lehre	Berufsbildende mittlere Schule	Allgemeinbildende höhere Schule	Berufsbildende höhere Schule	Hochschule u. verwandte Lehranstalten	Gesamt (Absolutzahl)
	%	%	%	%	%	%	%
15 bis 19	80,9	8,4	4,2	5,0	1,5	0,0	100,0 (n=478.400)
20 bis 24	16,9	39,2	9,8	17,6	14,9	1,7	100,0 (n=487.900)
25 bis 29	16,8	40,4	10,0	10,5	14,9	7,5	100,0 (n=631.700)
30 bis 34	16,5	42,5	11,9	7,3	11,8	10,0	100,0 (n=720.700)
35 bis 39	20,1	42,6	12,2	6,1	8,8	10,2	100,0 (n=680.700)
40 bis 44	24,5	40,8	12,2	5,3	7,6	9,5	100,0 (n=574.600)
45 bis 49	30,8	40,8	9,6	4,0	6,1	8,8	100,0 (n=518.500)
50 bis 54	30,5	40,8	10,7	4,1	6,7	7,3	100,0 (n=478.200)
55 bis 59	36,4	37,7	10,1	4,1	6,2	5,4	100,0 (n=526.600)
60 bis 64	48,9	31,3	8,5	3,2	4,2	3,9	100,0 (n=353.800)
65 bis 69	52,7	29,6	6,9	3,3	3,6	3,9	100,0 (n=360.200)
70 bis 74	51,9	26,4	9,3	3,9	4,7	3,8	100,0 (n=338.100)
75 u.mehr	59,1	20,1	8,6	4,6	3,3	4,3	100,0 (n=548.900)
Insge- samt	34,8	34,9	9,8	6,3	7,8	6,4	100,0 (n=6,698.300)

Quelle: ÖSTAT, Mikrozensus 1998

TABELLE A-2a:

Wandel der Berufsstruktur 1987 – 1998

Berufsabteilungen (bzw. Berufsobergruppen)	1987	1998
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	8,5	6,0
Produktionsberufe in Bergbau, Industrie und Gewerbe	31,8	27,1
Bauberufe	5,4	5,3
Schmiede, Schlosser, Werkzeugmacher	3,9	3,1
Elektriker	3,3	3,1
Holzverarbeiter und verwandte Berufe	2,8	2,3
Mechaniker und verwandte Berufe,	2,5	1,9
Schmuckwarenmacher		
Spengler, Rohrinstallateure, Metallverbinder	1,6	1,6
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	1,6	1,3
Textil, Bekleidung, Schuhe	2,7	1,3
Maschinisten, Heizer	1,0	1,1
Chemie, Gummi, Kunststoff	1,0	0,8
Maschineneinrichter, Berufe der maschinellen	0,7	0,7
Metallbearbeitung		
Übrige Metallwarenmacher, Metalloberflächenveredler	0,6	0,6
Anderer Produktionsberufe	4,5	4,0
Dienstleistungsberufe	58,3	65,7
Verkehrs- und Nachrichtenverkehrsberufe u.a.	6,1	6,1
Händler, Ein- und Verkäufer; Handelsvertreter,	9,0	9,6
Werbefachleute, Vermittler und verwandte Berufe		
Tourismus, Haushalt, Friseure, Schönheitspfleger u.a.	7,5	8,9
Dienstleistungsberufe		
Rauchfangkehrer, Gebäudereinigung, Chemischputzer	3,1	3,5
und andere Reinigungsberufe		
Technische Berufe	3,6	5,0
Verwaltungs- und Rechtsberufe, Buchhalter, Kassiere u.	8,3	8,4
verwandte Berufe u.a.		
Übrige Büroberufe, Verwaltungshilfsberufe	11,6	12,0
Kulturberufe, Sozialberufe u.a.	1,3	2,2
Gesundheitsberufe	3,6	5,2
Lehrer und Erzieher	4,2	4,9
Anderes	1,4	1,1
Insgesamt	100,0	100,0

Quelle: ÖSTAT; Mikrozensus; Lebensunterhaltskonzept; eigene Berechnungen

TABELLE A-2b:

Erwerbspersonen nach Berufsabteilungen in Österreich, 1987 – 1998

Berufsabteilungen (bzw. Berufsobergruppen)	1987	1998
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	292500	230300
Produktionsberufe in Bergbau, Industrie und Gewerbe	1089100	1037200
Bauberufe	185900	201200
Schmiede, Schlosser, Werkzeugmacher	132300	118400
Elektriker	111900	118000
Holzverarbeiter und verwandte Berufe	94500	89200
Mechaniker und verwandte Berufe, Schmuckwarenmacher	85300	74500
Spengler, Rohrinstateure, Metallverbinder	54400	60000
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	56300	51500
Textil, Bekleidung, Schuhe	93800	51100
Maschinisten, Heizer	35800	41600
Chemie, Gummi, Kunststoff	35800	30300
Maschineneinrichter, Berufe der maschinellen Metallbearbeitung	25600	26600
Übrige Metallwarenmacher, Metalloberflächenveredler	21500	23000
Andere Produktionsberufe	156000	151800
Dienstleistungsberufe	1998600	2514400
Verkehrs- und Nachrichtenverkehrsberufe u.a.	210700	233900
Händler, Ein- und Verkäufer; Handelsvertreter, Werbefachleute, Vermittler und verwandte Berufe	308000	365400
Tourismus, Haushalt, Friseure, Schönheitspfleger u.a.	256700	339600
Dienstleistungsberufe		
Rauchfangkehrer, Gebäudereinigung, Chemischputzer und andere Reinigungsberufe	107400	132700
Technische Berufe	124800	191700
Verwaltungs- und Rechtsberufe, Buchhalter, Kassiere u. verwandte Berufe u.a.	284500	320800
Übrige Büroberufe, Verwaltungshilfsberufe	397000	458100
Kulturberufe, Sozialberufe u.a.	43900	84200
Gesundheitsberufe	122900	200400
Lehrer und Erzieher	142700	187600
Anderes	49700	42400
Insgesamt	3430000	3824300

Quelle: ÖSTAT; Mikrozensus; Lebensunterhaltskonzept; eigene Berechnungen

TABELLE A-3a:

Berufsbereichsspezifische formale Bildungsstruktur, 1998

Berufsabteilung	Pflicht- schule	Lehre	BMS	AHS	BHS	Univer- sität, Akade- mien	Insgesamt
	%	%	%	%	%	%	%
Land- und forst- wirtschaftliche Berufe (n= 230.300)	44,6	37,1	12,6	0,9	3,4	1,3	100,0
Produktionsbe- rufe in Bergbau, Industrie und Gewerbe (n=1.037.200)	30,8	61,4	4,1	1,2	1,9	0,6	100,0
Handels- und Verkehrsberufe (n=599.300)	20,8	58,5	8,3	4,6	5,5	2,2	100,0
Dienstleistungs- berufe (n=472.300)	43,4	41,7	6,6	3,2	3,5	1,7	100,0
Technische Berufe (n=191.700)	2,2	17,0	8,6	9,9	41,1	21,2	100,0
Mandatare, Rechts-, Verwaltungs- und Büroberufe (n=778.900)	7,7	31,1	22,3	11,2	17,0	10,7	100,0
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe (n=472.200)	6,3	13,7	16,6	8,3	17,4	37,7	100,0
Unbestimmter Beruf (n=7.500)	53,0	8,1	10,5	4,1	8,3	16,0	100,0
Militärpersonen (n=34.900)	8,3	51,3	8,5	15,5	11,1	5,4	100,0
Insgesamt	22,3	42,6	11,1	5,5	9,8	8,8	100,0

Quelle: ÖSTAT, Mikrozensus (Jahresdurchschnitt); Erw. nach Lebensunterhalts-
konzept

TABELLE A-3b:

**Verteilung der Erwerbspersonen nach Berufsabteilung
auf der jeweiligen Bildungsebene, 1998**

Berufsabteilung	Pflicht- schule	Lehre	BMS	AHS	BHS	Universi- tät, Aka- demien
	%	%	%	%	%	%
Land- und forstwirt- schaftliche Berufe	12,0	5,2	6,8	1,0	2,1	0,9
Produktionsberufe in Bergbau, Industrie und Gewerbe	37,5	39,1	10,0	6,1	5,2	1,9
Handels- und Verkehrsberufe	14,6	21,5	11,8	13,2	8,8	4,0
Dienstleistungsberufe	24,0	12,1	7,3	7,3	4,4	2,3
Technische Berufe	0,5	2,0	3,9	9,1	21,0	12,1
Mandatare, Rechts-, Verwaltungs- und Büroberufe	7,0	14,9	40,9	41,8	35,3	24,9
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	3,5	4,0	18,4	18,8	21,9	53,0
Berufstätige mit un- bestimmtem Beruf	0,5	0,0	0,2	0,1	0,2	0,4
Militärpersonen	0,3	1,1	0,7	2,6	1,0	0,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
in Absolutzahlen	852.800	1.628.000	424.600	208.700	374.200	336.000

Quelle: ÖSTAT, Mikrozensus (Jahresdurchschnitt); Erw. nach Lebensunterhalts-
konzept

TABELLE A-4:

**Prognose der 15jährigen Wohnbevölkerung in Österreich
1999-2015**

Jahr	Altersjahrgang der 15jährigen
1999	94.275
2000	93.813
2001	93.397
2002	92.920
2003	92.980
2004	92.953
2005	93.056
2006	94.624
2007	95.823
2008	96.021
2009	94.525
2010	91.351
2011	89.668
2012	87.359
2013	82.697
2014	79.663
2015	78.011

Quelle: ÖSTAT



Zusammenfassung

Die Fortsetzung der lange Zeit erfolgreichen österreichischen beruflichen Bildungsstrategie bedarf zusätzlicher und neuer Ausbildungsangebote und Modelle, um dem Wandel in der Bildungsnachfrage der Jugendlichen und im Qualifikationsbedarf des Beschäftigungssystems gerecht zu werden. Die vorliegende Studie geht von *zwei langfristigen Trends* aus, welche die beruflichen Bildungssysteme vor neue Herausforderungen stellen: Dies ist einerseits die zunehmende, heute fast vollständige Bildungsbeteiligung der Jugendlichen (rund 95 Prozent 1995), andererseits der strukturelle Wandel des Beschäftigungssystems in Richtung Dienstleistungstätigkeiten.

1998 erreichten 83 Prozent der 20- bis 24jährigen Wohnbevölkerung in Österreich einen Ausbildungsabschluß nach der Pflichtschule (AHS, BHS, Fachschule, Lehrlingsausbildung oder postsekundärer Abschluß). Knapp die Hälfte davon hat eine berufsfachliche Erstausbildung (Lehre, Fachschule) absolviert, 34 Prozent einen höheren Bildungsabschluß und knapp 17 Prozent verbleiben ohne anerkannten Abschluß. Hiervon waren aber schätzungsweise 10 bis 12 Prozent in einer Ausbildung oder einer weiterführenden Schule, haben diese aber nicht abgeschlossen.

Das Wachstum an Beschäftigungsmöglichkeiten in Dienstleistungstätigkeiten manifestiert sich in Österreich in einer Zunahme der Erwerbspersonen in einschlägigen Berufen zwischen 1987 und 1998 um über eine halbe Million, bei einer insgesamten Zunahme von 3,4 auf 3,8 Millionen Berufstätige. Demgegenüber ist für Produktionsberufe – allerdings mit einigen quantitativ wichtigen Ausnahmen (z.B. Bau, Elektro, Maschinenführung und -bedienung) – ein Verlust von etwa 50.000 im genannten Zeitraum zu verzeichnen.

Diese Veränderung der Beschäftigungsmöglichkeiten hat zu deutlichen Veränderungen im Ausbildungsverhalten der Unternehmen (z.B. überdurchschnittlicher Rückgang in der Lehrlingsausbildung der Industrie) und zugleich zu ver-

änderten Anforderungen an bestehende Berufsbilder und Curricula der Erstausbildung und damit zu Innovationsbedarf geführt.

Mit der Einführung neuer Lehrberufe und konzipierten Fachschulen im EDV-Bereich wird auf den veränderten Ausbildungsbedarf reagiert. Der Neuerungsbedarf geht aber noch darüber hinaus. Erforderlich sind Berufsbilder, welche eine breite generelle Ausbildung mit einem erhöhten branchenspezifischen Anteil verbinden. Erste Erfolge sind z.B. im Handel (Gartencenterkaufmann, der Schulversuch „Baustofffachhändler“) oder in den neuen „hybriden“ Metall-Elektroberufen zu verzeichnen.

Die seit Mitte der 90er Jahre auftretenden Probleme der Versorgung mit Ausbildungsplätzen (Lehre, Fachschulen v.a.) verweisen auf die Wichtigkeit von Maßnahmen zur beruflichen Orientierung und vor allem der Festigung und Förderung einer *neuen Basisbildung* als Mindestvoraussetzung des Ausbildungseinstiegs. Insgesamt wird der wirtschaftliche und soziale Wandel aber vor allem eine erhöhte Flexibilität erfordern, um den inhaltlichen Anforderungen und den Möglichkeiten der Jugendlichen je nach Fähigkeiten, Interessen und Ausbildungsreife gerecht zu werden.

Dies sollte durch die Neufassung von Berufsbildern und Curricula in Form von Modulen (Bildungsbausteine) im Rahmen von zu schaffenden Kernbereichen (etwa 2 Jahre) und Erweiterungsteilen (übrige Lehrzeit) von Lehrberufen erfolgen. *Langfristiges Ziel ist damit die Modularisierung im Rahmen des Berufskonzepts.* Das Berufskonzept würde hierdurch nicht aufgelöst, sondern geöffnet für mehr Flexibilität, was sowohl den Unternehmen nützt, die mit mehr betriebspezifischem Anteil im Erweiterungsbereich rechnen könnten, als auch für die Jugendlichen, für die in höherem Maße begabungs- und interessensgemäße Ausbildungsziele und -abstufungen möglich wären, Vorteile bringt. Auch im Hinblick auf die Nutzung von Ausbildungsverbänden und der Lehrstellenschaffung könnten sich hieraus neue Möglichkeiten ergeben. Die Skala der Möglichkeiten der beruflichen Bildung würde dann von einer zweijährigen Lehre bis zu

Höherqualifizierungen reichen, die zur Meisterprüfung, der Berufsreifeprüfung oder der Fachhochschule führen.

Mit der Modularisierung ließe sich auch die Transparenz der erreichten Teilabschlüsse und der Abschlüsse im internationalen Kontext erhöhen. Auch das Nachholen oder die Weiterführung von beruflicher Bildung in der Erwachsenenbildung kann durch die Modularisierung motiviert und erleichtert werden.

TABELLE Z-1:

**Bildungsstand der österreichischen Wohnbevölkerung
im Haupterwerbsalter, 1998,**

Angaben in Zeilenprozenten

<i>Alter in Jahren</i>	<i>Pflicht- schule</i>	<i>Lehre</i>	<i>Berufs- bildende mittlere Schule</i>	<i>Allgemein- bildende höhere Schule</i>	<i>Berufs- bildende höhere Schule</i>	<i>Hoch- schule u. verwandte Lehran- stalten</i>
	<i>%</i>	<i>%</i>	<i>%</i>	<i>%</i>	<i>%</i>	<i>%</i>
20 bis 24	16,9	39,2	9,8	17,6	14,9	1,7
25 bis 29	16,8	40,4	10,0	10,5	14,9	7,5
30 bis 34	16,5	42,5	11,9	7,3	11,8	10,0
35 bis 39	20,1	42,6	12,2	6,1	8,8	10,2
40 bis 44	24,5	40,8	12,2	5,3	7,6	9,5
45 bis 49	30,8	40,8	9,6	4,0	6,1	8,8
50 bis 54	30,5	40,8	10,7	4,1	6,7	7,3
55 bis 59	36,4	37,7	10,1	4,1	6,2	5,4
60 bis 64	48,9	31,3	8,5	3,2	4,2	3,9
65 bis 69	52,7	29,6	6,9	3,3	3,6	3,9

Quelle: ÖSTAT, Mikrozensus 1998

TABELLE Z-2:

**Jobzuwachs oder -verluste
nach Berufsbereichen 1998 - 1987**

Land- und forstwirtschaftliche Berufe	-62200
Produktionsberufe in Bergbau, Industrie und Gewerbe	-51900
Bauberufe	15300
Maschinenbedienung, maschinelle Metallbearbeitung	8300
Elektriker	6100
Spengler, Rohrintallateure, Metallverbinder	5600
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	-4800
Holzverarbeiter und verwandte Berufe	-5300
Chemie, Gummi, Kunststoff	-5500
Mechaniker und verwandte Berufe	-10800
Schlosser, Werkzeugmacher, Schmiede	-13900
Textil, Bekleidung, Schuhe	-42700
Dienstleistungsberufe	515800
Freizeit, Tourismus, Haushalt, Friseure u.a.	82900
Gesundheitsberufe	77500
Technische Berufe	66900
Übrige Büroberufe, Verwaltungshilfsberufe	61100
Handelsberufe	57400
Lehrer und Erzieher	44900
Kulturberufe, Sozialberufe u.a.	40300
Verwaltungs-, Rechtsberufe, Rechnungswesen u.a.	36300
Gebäudereinigung, Chemischputzer u.a.	25300
Verkehrs- und Nachrichtenverkehrsberufe u.a.	23200
Jobsaldo insgesamt (1987-1998)	394300

Quelle: ÖSTAT; Mikrozensus; eigene Berechnungen

Quellen- und Literaturverzeichnis

- AMS-Österreich: Arbeitsmarktvorschau 1999, Endbericht, Wien, 1999.*
- Biffl, Gudrun / Lutz, Hedwig: Die Zukunft der österreichischen Berufs- und Qualifikationslandschaft. WIFO, Wien, November 1998.*
- BMWA- Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten: Berufsbildungsbericht 1999, Wien, 1999.*
- Dubs, Rolf: Berufliches Lernen im Wandel? Aktuelle Entwicklungstendenzen in der Berufsbildung. In: Dieter Euler (Hrsg.): Berufliches Lernen im Wandel – Konsequenzen für die Lernorte? Dokumentation des 3. Forums Berufsbildungsforschung 1997 an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, (=Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 214), Nürnberg, 1998.*
- Gonon, Philipp: Modularisierung als reflexive Modernisierung. In: Dieter Euler (Hrsg.): Berufliches Lernen im Wandel – Konsequenzen für die Lernorte? Dokumentation des 3. Forums Berufsbildungsforschung 1997 an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, (=Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 214), Nürnberg, 1998.*
- Heidegger, Gerald / Rauner, Felix: Reformbedarf in der beruflichen Bildung, Gutachten für das Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Oktober 1997.*
- Hofstätter, Maria / Hrudá, Hans / Rosenthal, Ewald: Lehrstellensuche aus Sicht der Jugendlichen und der AMS-BeraterInnen. Eine empirische Untersuchung zur derzeitigen Lage auf dem Lehrstellenmarkt und zur Sicht der Betroffenen, Wien, April 1997.*
- Hofstätter, Maria / Hrudá, Hans: Lehrlinge und FacharbeiterInnen am Arbeitsmarkt. Prognose bis zum Jahr 2011/2013, Arbeitsmarktservice Österreich, BIQ-Berufsinformations- und Qualifikationsforschung, Wien, Juni 1998.*
- Lassnigg, Lorenz / Schneeberger, Arthur: Transition from Initial Education to Working Life. Country Background Report (OECD): Austria, Research report commissioned by the Federal Ministry of Education and Cultural Affairs, Vienna, July, 1997.*
- Lassnigg, Lorenz / Prenner, Peter / Steiner, Peter: Ausbildung – Beruf – Beschäftigung, in: SWS-Rundschau, 38. Jg., Heft 3, 1998, Wien.*
- Murnane, Richard J. / Levy, Frank: Teaching The New Basic Skills. New York, The Free Press, 1996.*

- OECD*: Bildungspolitische Analyse 1998, Paris, 1998.
- OECD*: Education at a Glance, OECD-Indicators 1998, Paris, 1998.
- OECD*: Thematic Review of the Transition from Initial Education to Working Life. Interim Comperative Report, DEELSA/ED(98)11, October 1998.
- ÖSTAT- Österreichisches Statistisches Zentralamt*: Mikrozensus Jahresergebnisse 1987 (= Beiträge zur österreichischen Statistik, 898. Heft), Wien, 1988.
- ÖSTAT- Österreichisches Statistisches Zentralamt*: Mikrozensus Jahresergebnisse 1998 Wien, Publikation in Vorbereitung.
- Prenner, Peter / Mesch, Michael*: Beschäftigungstendenzen im österreichischen Dienstleistungssektor 1971-97 (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 70), Wien, 1998.
- Schneeberger, Arthur*: Aktuelle Entwicklungen der dualen Ausbildung in Österreich. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend, Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen. Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz. 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn 1999.
- Steedman, Hilary*: Low Skills - How the Supply is Changing Across Europe. CEDEFOP, Contribution to Cedefops's reference publication on 'European trends in occupations and qualifications', 1998, forthcoming.
- Van Wieringen, Fons*: Systembedingungen für neuen Qualifikationsbedarf und neue Ausbildungsberufe in den Niederlanden. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend, Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen. Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz. 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn 1999.



ZU DEN AUTOREN

Dr. Arthur Schneeberger

Studium an der Universität Wien: Promotion mit einer Untersuchung zur Methodologie der Sozialwissenschaften.

Berufliche Tätigkeit: Forschung am Institut für Angewandte Soziologie (IAS) in Wien; anschließend Forschungs- und Lehrtätigkeit an der Universität Erlangen-Nürnberg im Rahmen des Lehrstuhls für Soziologie und Sozialanthropologie; seit 1986 Mitarbeiter des ibw-Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft, Leiter des Fachbereichs „Empirische Bildungs- und Arbeitsmarktforschung“, Forschungskordinator des ibw-Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft.

Ing. Mag. Bernd Kastenhuber

KFZ-Mechanikerlehre, HTL-Ausbildung zum Wirtschaftsingenieur, Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Wien: Diplomarbeit im Fach Soziologie.

Forschungstätigkeit: Studienbegleitende Forschungstätigkeit am Institut für Stadt- und Regionalforschung (SRZ) in Wien; seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter des ibw-Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft; derzeitige Arbeitsschwerpunkte: empirische Bildungs- und Arbeitsmarktanalysen, EU-Projekte im Bereich technisch-gewerblicher Aus- und Weiterbildung, Finanzierung der beruflichen Bildung.